

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Braune Äpfel

Der Niedersachse Holger Apfel aus der neuen Faschistengeneration ist der NPD-Fraktionsvorsitzende im Dresdner Landtag. Insgesamt 12 braune Äpfel faulen in dessen Horde. Oder eigentlich sind es sogar 17, rechnet man jene Abgeordneten anderer Parteien hinzu, die bei geheimen Abstimmungen die Nazis unterstützt haben. Die besondere Infamie des Geschehens besteht darin, daß diese durch die BRD-Verhältnisse ausgerechnet dort wieder etabliert worden sind, wo ihnen der antifaschistische deutsche Staat – die DDR – den sozialen Nährboden und die Handlungsgrundlage entzogen hatte. Zu seinen Zeiten wäre die Diskussion darüber, ob eine Partei wie die NPD verboten gehört oder nicht, undenkbar gewesen. Aktive Faschisten und Rassisten kamen in der DDR hinter Gitter, ihre Keimzellen wurden mit aller Härte des Gesetzes zerschlagen. Denn der Faschismus ist eine verbrecherische Ideologie, die zu Auschwitz, Buchenwald und Sachsenhausen geführt hat. Ihr eigentlicher Kern aber ist rabiater Antikommunismus. Das erklärt wohl am ehesten die Tatsache, daß sich die bürgerliche Demokratie so schwer tut, gegen Nazis vorzugehen. Anfang Februar 2005 wurden der NPD sogar 700000 Euro aus Staatsmitteln überwiesen. Offenbar wollen die eigentlichen Machthaber nicht auf eine jederzeit abrufbare Reserve gegen Rot verzichten. Eines Tages könnte man sie ja benötigen. Dann nämlich, wenn der Protest heftiger wird, weil heute noch abgesicherte Teile der Gesellschaft vom Sozialabbau härter betroffen sind. Vorerst ist Schilys Polizei damit befaßt, die „Kontrahenten auseinanderzuhalten“, wobei die Präferenzen der „Ordnungshüter“ eindeutig sind: Die Zahl der bei Zusammenstößen festgenommenen Faschisten ist immer weitaus niedriger als die der arretierten Antifaschisten. Schilys Verfassungsschutz sorgte überdies durch gezielte Infiltration der NPD-Spitze dafür, daß die Regierung vor dem Verfassungsgericht den Kürzeren zog. Der Bundesinnenminister, der bei Warnungen vor neuerlichen NPD-Verbotsanträgen das große Wort führt, scheint de facto zum Schutzpatron rechtsradikaler Feinde des Grundgesetzes geworden zu sein. Während Schröder verkündet, er denke wieder darüber nach, wie man den „allmächtigen“ Juristen in Karlsruhe ein NPD-Verbot schmackhaft machen könne, marschiert die Faschisierung in der BRD kräftigen Schrittes. Ihre Exponenten wagten es, ausgerechnet für den 60. Jahrestag der Befreiung eine Zusammenrottung vor dem Brandenburger Tor anzumelden. Am 30. Januar 1933 waren durch diese Säulenportale Hitlers fackeltragende Kohorten gezogen, um

anschließend ganz Europa in Brand zu setzen. Gleich, ob der NPD-Aufmarsch stattfindet oder nicht – die Ankündigung allein ist ein Fanal: Von Deutschland geht erneut der Ruch des Faschismus aus! Und dieses Deutschland will sich – im Bunde mit Frankreich, wo Le Pens Front National über 15 % der Stimmen verfügt, den Kontinent Zug um Zug unterordnen, wobei im EU-Land Italien der Faschist Fini bereits Stellvertreter des selbst von der eigenen Justiz für mafios gehaltenen Regierungschefs Berlusconi ist. Doch vermeiden wir jede Übertreibung. Noch stehen wir nicht am Beginn einer Entwicklung, die unabwendbar im Faschismus münden muß. Und schon gar nicht in eine Diktatur, wie sie die Hitleristen einst errichteten. Der heutige Faschismus trägt Nadelstreifen und ist in den bürgerlichen Parteien verankert. SA-Stiefel gehören da nicht zur Mode. Der für Straßenterror rekrutierte Abschaum rechter Schlägergarden ist nur das sichtbare Drohpotential. Der Faschismus dürfte sich hierzulande kaum in den bekannten Farben wiederholen. Die Situation ist anders als 1933. Damals stand der deutschen Großbourgeoisie das Wasser am Hals. 300000 Kommunisten, die 6 Millionen Stimmen bekamen, waren eine gewaltige alternative Kraft. Diktatur des Proletariats oder braune Nazi-Herrschaft, so sah das Kapital die Zukunft. Es entschied sich für Hitler, der nur mit SA und SS zu haben war. Heute gibt es auf der Linken keine Kraft, die die Herrschenden ernsthaft zügeln könnte. Die Zahl der Unerschrockenen ist klein, die linke Opposition zersplittert oder handzahn, die von rechts gibt den Ton an. SA und SS sind da nicht vonnöten. Und dennoch machen Faschisten und Rassisten mobil, mit sozialer und nationaler Demagogie, innerhalb und außerhalb von Parlamenten. Sie terrorisieren ganze Landstriche. Sie verfügen über Verbündete in einflußreichen Positionen und Apparaten. Die braunen Äpfel ersetzen die ganze Horde. Die Geschehnisse im Dresdner Landtag werfen ihre Schatten voraus. 2006 sind Bundestagswahlen. Wird es dann auch in Sichtweite zum Holocaust-Memorial eine NPD-Fraktion geben, damit sich die Welt wie einst vor Deutschland schüttelt? Zusammenschluß aller Antifaschisten – bis weit ins bürgerliche Lager hinein und unter Einbeziehung von Menschen verschiedener Ideologien, Glaubensbekenntnisse und Parteien – ist das Gebot der Stunde. Im Antifaschismus müssen sich alle einig sein, die unser Land vor einer Ausbreitung der Nazi-Seuche bewahren wollen.

Klaus Steiniger



INHALT

Guido Knopp als „Geschichtslehrer der Nation“	S. 2
Die Seelower Höhen	S. 3
Das Trugbild vom Epochenwechsel	S. 4
Klassen und Klassenkampf	S. 5
Unser Gruß zum 8. März	S. 6
Rote Fliege	S. 6
Zum Verhältnis Lenin – Kautsky vor dem Ersten Weltkrieg	S. 7
Politiker als Lebenskünstler	S. 8
Adolf Hennecke zum Hundertsten	S. 9
Graf Lamsdorff contra Mitbestimmung	S. 10
Der „weltliche“ Staat!	S. 11
Wie der DDR-Freidenkerverband entstand	S. 12
Doktorarbeit über die CDU	S. 13
Ein Held der westlichen Welt	S. 14
Brzezinski und die „Umwälzung des Ostens“	S. 14
Was ist Terrorismus?	S. 15
Warum nicht in Nürnberg?	S. 16
Strategiedebatte des Kapitals: Ein Zug ohne Bremsen	S. 17
Rechtsstaat BRD: Legende und Wirklichkeit	S. 18
Wofür steht ISOR?	S. 19
Ein Judas namens Gorbatschow	S. 20
Erinnerungen des Spanienkämpfers Fritz Teppich	S. 21
Carlos Marx in Managua	S. 22
Chinas Weg zum Sozialismus (1)	S. 23
Lukaschenko: Diplom aus Übersee	S. 24
Vor 100 Jahren: „Petersburgs blutiger Sonntag“	S. 24
Hollands Polizei-Partei	S. 24
Helsinki unter roten Fahnen	S. 25
Die Mord-GmbH	S. 26
Antikommunismus als Grundkonsens	S. 26
Bei Effi zu Gast	S. 27
Der Rote Reporter Pelle Igel	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Zweifelsohne, Prof. Guido Knopp ist rüh- rig. Unter seiner Federführung entstan- den seit 1991 im ZDF eine Vielzahl von Serien zur Geschichte des Faschismus. Und Erfolg darf man ihm bescheinigen, wenn darunter die hohen Einschaltquo- ten verstanden werden. Die Mühe ist verständlich, geht es doch darum, die Deutungshoheit über die Geschichte, bezo- gen auf den Zeitraum 1933–1945, un- angreifbar zu machen. Sein Strickmuster ist nicht originell und schon gar nicht neu. Seit etwa 2002 dominieren die Themen „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa“ und der Bombenkrieg der RAF und USAF gegen Nazideutschland, kurz: die Leiden der deutschen Zivilbevöl- kerung, verursacht durch die Staaten der Antihitlerkoalition und deren Streitkräfte. Im Mittelpunkt der Geschichtspropa- ganda steht „endlich“ der Opfergang der Deutschen, um einen Rezeptionsinhalt zu erzeugen, der etwa so lautet: Die Kriegführung der Alliierten war ähnlich grausam und inhuman, ja verbrecherisch, wenn nicht noch grausamer, inhumaner und verbrecherischer als die des faschi- stischen Deutschlands. „Hauptwaffe“ der Darstellung Knopps ist die durchgängige Arbeit mit Zeitzeugen.

Die Perspektive von Opfern und Tätern wird nicht getrennt, abgesehen davon, daß die Bekenntnisse von ehemaligen Angehörigen der faschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS zu objektiven Wahr- heiten stilisiert werden. Gesellschaftliche Strukturen werden bewußt ausge- klammert und Hitler (nebst Paladinen), seit langem ein Axiom bundesdeutscher

Geschichtsschreibung, zum Alleinschul- digen gemacht. Die Kombination von indi- vidueller Aussage, Bildmaterial und einer eingängigen Wortwahl ermöglicht eine schnelle, aber gewollt oberflächliche Kon- sumtion. Gegen die Befragung von Zeit- zeugen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn die Ergebnisse in den historischen Gesamtkomplex eingeordnet würden. Das erfolgt bestenfalls in Ansätzen. Erforder- lich wäre, die Schuld der politischen und militärischen Eliten und ihrer Auftrag- geber und die Mitschuld der Mehrheit der Deutschen (auch an der eigenen Leid- erfahrung) klar zu thematisieren. Das hie- ße, die Gründe zu benennen, worin diese besteht. Auschwitz und den Bombenkrieg zusammenzudenken, setzt voraus, den

geführt: Als besonders „störend“ erweist sich die Tatsache, daß die UdSSR und deren Streitkräfte den entscheidenden Beitrag zum Sieg über die faschistische Koalition leisteten. Die Zerschlagung der Hauptkräfte der Nazi-Wehrmacht – darin besteht die bestimmende militärische Leistung der Roten Armee. Wer das nicht akzeptiert, will die historische Wahrheit nicht verbreiten. Spekuliert Knopp auf den Mangel an historischem Wissen, um seine „Korrekturen“ zu verkaufen? Der Fälschertrick wird um so deutlicher, wenn man die Serie „Der Sturm“ mit der Serie „Die Befreiung“ (Eröffnung der Zweiten Front in der Normandie am 6. 6. 1944) vergleicht. Zu diesem Zeitpunkt war die Niederlage Hitlerdeutschlands längst

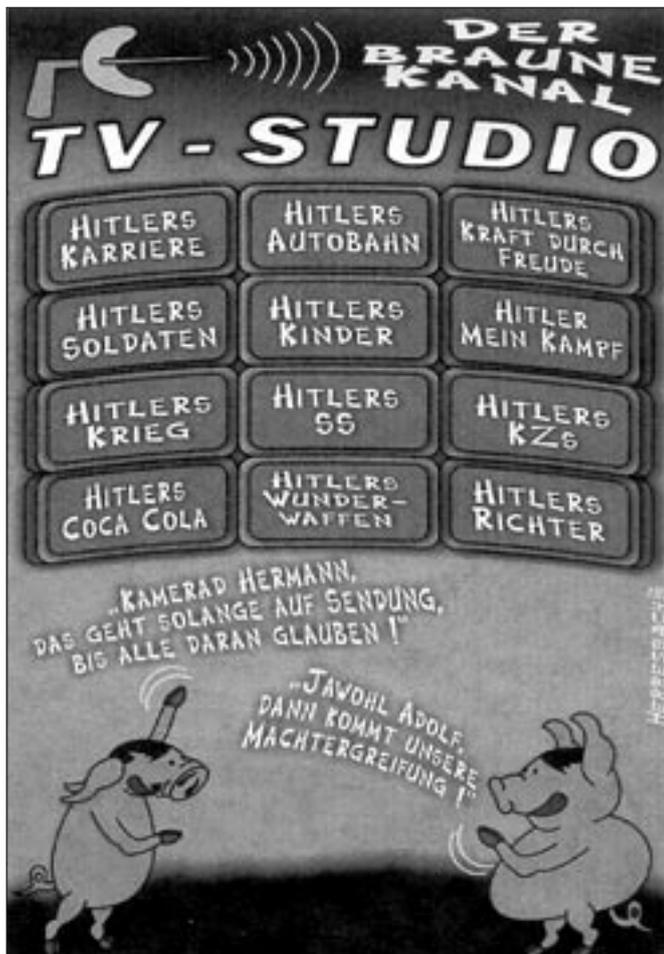
Guido Knopp als „Geschichtslehrer der Nation“

30. Januar 1933 als Ausgangspunkt zu setzen, also primär dem Schuldkonto des deutsch-faschistischen Imperialismus zuzuordnen, nicht den Kampfhandlungen der Streitkräfte der antifaschistischen Koalition. Nun liegt ein weiterer Beitrag aus der Geschichtswerkstatt des Herrn Knopp vor. Titel: „Der Sturm“, mehrteilig dargeboten, und wohl gedacht als sein Beitrag in Vorbereitung des 8. Mai 2005, der 60. Wiederkehr des Sieges der Antihitlerkoalition, der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus.

Wie geht nun Knopp an die Darstellung im „Sturm“ heran? Kurz: Der Duktus der seit 1991 produzierten Serien bleibt unverän- dert. Dennoch kommt ein inhaltlicher Akzent hinzu, der dem ZDF-Historiker wich- tig, ja entscheidend ist: Besteht das Hauptan- liegen der bundesdeut- schen Geschichtspo- litik bekannterweise darin, den in Europa beseitigten Sozialis- mus als Ganzes zu delegitimieren, so wird (bei Darstellung der Kampfhandlungen der Roten Armee von Ende 1944 bis zur Ein- nahme Berlins) dazu ein neuerlicher Stoß

besiegelt. Auffällig war, daß alle bürgerli- chen Medien den früher üblichen Begriff „Zweite Front“ tunlichst vermieden, denn das hätte ja die Anerkennung einer „Er- sten Front“ (nämlich der deutsch-sowjeti- schen) vorausgesetzt. Bezeichnungen wie „D-Day“, „Landung“, „Normandieschlacht“ oder „Operation Overlord“ sollten helfen, die Bedeutung der „Ersten Front“ als Gan- zes totzuschweigen, speziell die Leistun- gen der Roten Armee bei der Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte und deren militä- rische Folgen. Wie äußerte sich doch der ZDF-Historiker, dem allein die Tatsache zutiefst mißfällt, daß die rote Fahne des Sieges, und nicht irgendeine andere, über Berlin wehte, zur Frage der Bedeutung des 6. 6. 1944? Seine Antwort, arrogant und mit der Wahrheit auf Kriegsfuß stehend, lautete: „Die erste Stunde der Befreiung schlug an den Klippen der Normandie ...“ Er setzte noch eins drauf: „Befreit wurde das nationalsozialistische Deutschland nur im Westen. „In fröhlichem Gleich- klang mit den anderen bürgerlichen Me- dien, die gar vom „Tag, der die Wende im Krieg brachte“ bzw. vom „folgeschwer- sten Tag“ des 20. Jahrhunderts schwatzen, ist nur diese Wertung möglich: Guido Knopp ist ein Geschichtsfälscher.

Um nicht mißverstanden zu werden: Die Befreiung Deutschlands und Europas war das Ergebnis der gemeinsamen An- strengungen aller Völker und Armeen der Antihitlerkoalition, das Werk der Partisa- nen und aller Widerstandskämpfer. Und selbstverständlich waren die Eröffnung der Zweiten Front am 6. 6. 1944 bzw. die darauffolgenden siegreichen Kampfhand- lungen der Land-, See- und Luftstreitkräf- te ein wichtiger Beitrag zum Sieg über Hitlerdeutschland. **Dr. Peter Fisch**



Die Seelower Höhen

Am 8. Mai 1945, Punkt 24.00 Uhr, öffnete sich die Seitentür des in einen Festsaal verwandelten Offizierskasinos der Wehrmachtspionierschule in Karlshorst. Die Wände waren mit den Staatsflaggen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs geschmückt. Die Vertreter des Oberkommandos der Alliierten Streitkräfte der Antihitlerkoalition betraten den Saal und nahmen an einem Tisch Platz. Marschall Shukow saß in der Mitte. Er wies an, die Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, Generaladmiral von Friedeburg und Generaloberst Stumpff, hereinzuführen. Sie unterzeichnen die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht. Die Unterschriften nahmen Marschall Shukow als sowjetischer Oberkommandierender und der britische Air-Marshal Tedder für das westliche Hauptquartier entgegen, dazu als Zeugen der amerikanische General Spaatz und der französische General de Lattre de Tassigny. Vorausgegangen war am 7. Mai 1945 die Kapitulation der deutschen Generale Jodl (Heer), von Friedeburg (Kriegsmarine) und Oxenius (Luftwaffe) vor US-General Dwight Eisenhower in Reims.

Drei Wochen zuvor, am 16. April 1945, begann beiderseits der Reichsstraße 1 die Erste Belorussische Front mit der „Berliner Operation“. Sie ist als Schlacht um die Seelower Höhen in die Geschichte eingegangen. Über 33000 sowjetische, etwa 5000 polnische und mehr als 12000 deutsche Soldaten starben nach unvollständigen Erkenntnissen in diesen Kämpfen. Heute sprechen die Historiker sogar von über 100000 gefallenen Soldaten. Der Schriftsteller Helmut Preißler erinnert: „Ich steh' auf der Seelower Höhe, um mich die Gräber, blicke hinunter über die baumlose Ebene. Zwanzig Kilometer breit das Tal. Da sind sie gestürzt, die hier liegen, im April fünfundvierzig. Sie sind hineingestürzt in den Kugelregen, in die Salven der Artillerie. Achtmal Angriff, siebenmal liegengelieben im Feuer, und über dreißigtausend Gefallene hinweg sind sie gestürzt ein achttes Mal.“ Beseelt vom Willen, die faschisti-

sche Armee zu schlagen und sie für die Verbrechen an den Sowjetvölkern zu bestrafen, besiegten sie mit einer Übermacht an Kräften und Mitteln die Hitlersche Kriegsmaschinerie.

Daß dies zugleich die Rettung der Deutschen vor dem faschistischen Verfall in die Barbarei war, wird gerade in der „Erinnerungsschlacht“ um den 8. Mai häufig bestritten. Die Befreiungsmision der Sowjetunion wird zerredet, geleugnet. Heinrich Böll hat formuliert: „Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.“ Dabei ist der Streit um die Deutung des 8. Mai nicht neu. Richard von Weizsäcker hat als Bundespräsident und bürgerlicher Politiker in seiner berühmten Rede am 8. Mai 1988 eine Wertung versucht, die auch heute noch aner kennenswert

ist. „Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Schamhaft verborgen bleibt aber auch bei Weizsäcker, wo die Ursachen und Urheber des Faschismus zu suchen sind, die zum Grauen und zum Krieg führten. Jedenfalls kehrte dieser mit all seinen schrecklichen Folgen auf deutschen Boden zurück. Am 20./21. April 1945 auch nach Strausberg, das nicht nur von den Faschisten befreit, sondern auch am Leben erhalten wurde. Otto Langenbach, am 26. 4. 1945 als Bürgermeister eingesetzt, hat sich erinnernd aufgeschrieben: „Wenn die sowjetischen Freunde damals nicht geholfen hätten, wäre halb Strausberg verhungert. Die Sowjetarmee gab Mehl, Transportraum, Treibstoff und anderes, um das Notwendigste in der Versorgung zu gewährleisten.“

In diesem Frühjahr hat die Sparkasse Märkisch-Oderland eine Gedenkmünze „60 Jahre Seelower Höhen“ herausgegeben. Im Begleitpapier heißt es dazu: „Anlässlich des 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges wurde eine exklusive Sonderprägung aufgelegt. Die limitierte Medaille mit einer Auflage von 1000 Stück besteht aus reinem Silber (polierte Platte).“ Von einer Befreiung vom Faschismus ist hier genausowenig die Rede wie im Veranstaltungsplan 2005 der Gedenkstätte/Museum Seelower Höhen, der lediglich titelt: „1945–2005. 60 Jahre Kriegsende“.

Angesichts solcher Geschichtsverleugnung ist es um so wichtiger, die Wahrheit über die kriegsentscheidende Befreiungstat der Roten Armee für jedermann deutlich zu machen. Das auf den Seelower Höhen im Ansturm gegen die faschistische Bestie vergossene Blut darf nicht umsonst geflossen sein.

**Heinz Pocher,
Strausberg**



Grafik: Klaus Rößler

Wissenschaftliche

Klassen sind nichts Statisches, ein für allemal Gegebenes, sie verändern ihre Struktur. In der Zeit des Manchester-Kapitalismus erarbeiteten die Proletarier zweifellos in anderen Tätigkeiten den materiellen Reichtum der Gesellschaft als heute in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten, jedenfalls zumeist. Hat sich aber ihr Platz im System der gesellschaftlichen Produktion wesentlich verändert? Sind sie heute Eigentümer der Produktionsmittel? Spielen sie in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit etwa die führende Rolle? Können sie anders als durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft Anteil am gesellschaftlichen Arbeitsergebnis erlangen? Wird nicht der

ist keineswegs einer „verfehlten Politik“ der früheren Kohl- oder der gegenwärtigen Schröder-Regierung geschuldet, sie ist schlicht und einfach eine der Verwertungsbedingungen des Kapitals und – entgegen allen anderslautenden Reden – der Bourgeoisie hochwillkommen, um Löhne und Sozialstandards für die im Arbeitsprozeß Verbleibenden weiter zurückzufahren. Zahlreiche Großunternehmen erpressen ihre Beschäftigten mit der Drohung weiterer Produktionsverlagerungen ins Ausland und erzwingen so Lohnkürzungen und unbezahlte Arbeitszeitverlängerungen. In der EU läuft der Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Sozialstandards und Kapitalsteuern. Privatisierung

Von einem „Verschwinden“ der Arbeiterklasse kann keine Rede sein, auch wenn die „Nachfrage“ nach ihrer Arbeitskraft auf dem „Arbeitsmarkt“ weiter nachläßt und der Fortschritt der großen Industrie nicht mehr in gleicher Weise wie früher zur Konzentration der Arbeitermassen, zu ihrer Disziplinierung und Organisierung führt und mit der wachsenden Konkurrenz im Kampf um einen Arbeitsplatz auch ein gut Stück Entsolidarisierung einhergeht.

Gibt es heute einige, die glauben, das Proletariat sei eine Erscheinung der Vergangenheit, so gibt es noch mehr, die dieser Klasse nach der erlittenen Niederlage nicht zutrauen, eine neue, von Ausbeutung freie Gesellschaftsordnung zu errichten. Der „Zerfall der KPdSU und der Sowjetunion“ und die Auflösung des sozialistischen Weltsystems hätten die mit der Oktoberrevolution begonnene Epoche beendet, wird z. B. behauptet. „Epochenumbruch 1989“ titelte selbst die „junge Welt“.

Was die Arbeiterklasse als Subjekt der revolutionären Veränderung der Gesellschaft betrifft, so müssen wir nüchtern sehen, daß ihr gegenwärtig vor allem die Vorhut, nämlich eine auf die Massen gestützte, mit der marxistisch-leninistischen Theorie ausgerüstete Kampfpartei fehlt, ohne die sie ihre geschichtliche Aufgabe nicht zu erfüllen vermag. Was aber die Epoche betrifft, muß man fragen: Die Bewegung welcher anderen Klasse kann wohl heute Triebfeder möglichen Fortschritts sein? Hat die Konterrevolution eine solche Klasse hervorgebracht? Hat sie nicht vielmehr die imperialistische Bourgeoisie beträchtlich gestärkt, die nicht nur keinerlei Fortschritt für die Menschheit bringt, sondern deren Untergang heraufbeschwört? Wer könnte denn die Bedrohung durch Kriege und Massenvernichtungswaffen, erbarmungslose Ausbeutung ganzer Völker und der menschlichen Umwelt abwenden? Die sozialistische Gesellschaftsordnung hat bereits über sieben Jahrzehnte – in unserem Teil Deutschlands über 40 Jahre – unter widrigsten Umständen bewiesen, daß sie in der Lage ist, durch die Macht der Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung des Eigentums an den grundlegenden Produktionsmitteln zu bewirken, was das Wichtigste überhaupt ist: Frieden und eine Ordnung, in der den Arbeitenden die Früchte ihrer Arbeit zufallen.

Die Oktoberrevolution war und bleibt der Beginn des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, auch wenn sich die ökonomische Basis der neuen Gesellschaft im 20. Jahrhundert als noch zu schwach erwies, um in der Systemauseinandersetzung mit dem Imperialismus den Sieg zu erringen. Lenin sprach davon, daß mit dieser Revolution unsere Ära begonnen hat; es war unser Irrtum, den Sieg des Sozialismus bereits für unumkehrbar zu halten.

Dr. Ernst Heinz

Das Trugbild vom Epochenwechsel

Kopfarbeiter in der modernen kapitalistischen Industrie ebenso wie der Handarbeiter um seinen Arbeitsertrag gebracht, also ausgebeutet?

Die Arbeiterklasse ist – genau wie die Bourgeoisie – eine internationale Klasse. Sie verschwindet nicht dadurch, daß der Anteil der Handarbeit oder auch der lebendigen Arbeit überhaupt im Vergleich zum Anteil der vergegenständlichten Arbeit, die als Wissenschaft, als Maschinerie usw. im Produktionsprozeß wirkt, geringer wird. Auch die vergegenständlichte Arbeit ist Produkt menschlicher Tätigkeit. Allerdings führt der höhere Anteil von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus zum ständigen Anwachsen der industriellen Reservearmee. Die Massenarbeitslosigkeit im heutigen Deutschland

der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Trotz fortgesetzten Rückgangs der Binnen-Nachfrage floriert das Geschäft der BRD-Konzerne, und zwar durch den Export. Da ist Deutschland heute Weltmeister, wobei die Ausfuhr von Rüstungsgütern eine Rolle spielt – U-Boote, Fregatten, Korvetten, Panzerfahrzeuge, Handfeuerwaffen werden eben geordert, wenn in einem Jahr in der Welt (nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg) 42 Kriege geführt werden.

Am 13. Januar teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit, daß die Unternehmens- und Vermögensgewinne in der BRD 2004 um 10,7 % gestiegen sind. Die Polarisierung zwischen Kapital und Arbeit verschärft sich weiter. Während die Profite der im Aktienindex DAX verzeichneten Unternehmen um mehr als 60 % wuchsen, werden immer mehr Werktätige in die Arbeitslosigkeit entlassen, Arbeitsplätze „gesplittet“, so daß sich mehrere Beschäftigte für weniger Lohn und, ohne sozialversichert zu sein oder Kündigungsschutz zu genießen, eine Stelle teilen müssen; Mini-Jobs, „Ich-AGs“ und andere Scheinselbständigkeiten, „Outsourcing“ und Franchise-Systeme fördern die „Selbstausbeutung“, und jetzt treten noch Ein-Euro-Zwangsverpflichtungen an die Stelle regulärer Arbeitsverhältnisse. Doch blickt man über die BRD hinaus, überlegt man, woher der Reichtum stammt, der dem deutschen Großkapital so kräftig zuströmt, dann stößt man unweigerlich auf eine noch weit gravierendere Polarisierung im Weltmaßstab. Die Zahl der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen, hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten verfünffacht.

Lenin über den Begriff der Epoche

Es ist von großen geschichtlichen Epochen die Rede; in jeder Epoche gibt es wie bisher so auch künftig einzelne Teilbewegungen bald vorwärts, bald rückwärts, gibt es wie bisher so auch künftig verschiedene Abweichungen vom Durchschnittstypus und vom Durchschnittstempo der Bewegungen. Wir können nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und mit welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden. Wir können aber wissen und wissen tatsächlich, welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt.

(Lenin: *Unter fremder Flagge*.
In: LW 21, S. 132/133)

Weltanschauung

Die verheerende Niederlage des Sozialismus ist eine schwere Hypothek für die heranwachsenden Generationen.

In hundert Jahren wird in Geschichtsbüchern stehen: Die sozialistischen Staaten hatten den Kalten Krieg verloren. In der Sowjetunion war die Gesellschaft zertrümmert, so daß ein Konterrevolutionär namens Gorbatschow an die Spitze von Partei und Staat gelangen konnte. Aus den Ländern des Kapitals jubelte man ihm zu. Weniger verständlich war, daß auch in den sozialistischen Ländern viele auf ihn hereinfielen.

Im Osten Deutschlands gaben die Gegner der Macht der Arbeiterklasse vor, sie wollten nur den verkrusteten Sozialismus

Westen mußte man mit Betroffenheit zur Kenntnis nehmen, daß sich die „neuen Bundesländer“, da man „Mißwirtschaft“ durch weitgehende Beseitigung der Wirtschaft geheilt hatte, als wenig profitabel erwiesen.

Es gab auch noch Marxisten, die nicht bereit waren, widerstandslos der systematisch betriebenen Volksverblödung nachzugeben. Sie benannten opportunistischen Verrat und Verräter, verwiesen jedoch zugleich auf Engels' Worte, nach schwersten Niederlagen komme es in erster Linie darauf an, gründlich zu analysieren, „warum das ‚Volk‘ sich derart verraten ließ“. (MEW, 8, S. 6)

So ungefähr wird man es lesen.

vom jeweiligen Demos und entscheidend von der herrschenden Klasse abhängt, scheint dem Vergessen anheimgefallen zu sein. Wieviel heilige Einfalt erfordert es, angesichts des Abgrunds zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zu glauben, alle seien gleichberechtigt in einem demokratischen und sozialen Gemeinwesen vereinigt, in dem von Diktatur nur übelgesinnte Patrone reden könnten?

Gerade in den Metropolen des Kapitals wuchern quer durch die Gesellschaft Nationalismus und latenter Rassismus. „Arbeiteraristokraten“ fürchten um ihre vergleichsweise gute Entlohnung. Das „Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft“, ist auch heute bereitwilliger, „sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen“ (MEW 4/472), als sich der Arbeiterbewegung anzuschließen und den Internationalismus zu verteidigen. Im geschrumpften Lager der Roten raufen sich außerdem zu viele Häuptlinge um zu wenige Indianer.

Diese schmerzenden Tatsachen taugen aber weder als Beweise für die Ewigkeit des Kapitalismus noch als Rechtfertigung für Opportunismus. Marx und Engels stellten klar: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.“ (MEW 2/38)

Es gibt also auch in dieser finsternen Zeit Gründe genug, zuversichtlich zu sein. Die Klassen entwickeln sich und der Kampf der Klassen ebenfalls.

Sturm kündigt sich an. Das ständig anschwellende Heer der Arbeitslosen signalisiert wachsende Unfähigkeit der Bourgeoisie, auf Dauer „die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“ (MEW 4/473)

Wohin die geschichtliche Entwicklung geht, hat Rosa Luxemburg gelehrt. Sie, die von Gegnern wie auch von zweifelhaften Freunden seit Jahren als eine Dutzendliberale präsentiert wird, hat die Quintessenz ihres großen Lebens hinterlassen, wenige Stunden, bevor Angehörige der Garde-Kavallerie-Schützendivision sie im Januar 1919 erschlugen. „Ordnung herrscht in Berlin!“, schrieb sie. „Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚rasselnd wieder in die Höhrichten‘ und zu Eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!“

Prof. Dr. Götz Dieckmann

Klassen und Klassenkampf

reformieren. Tatsächlich schlugen sie ihrem Gegenüber eine „Vereinbarung“ folgenden Inhalts vor: Wir verzichten darauf, euch zu erschießen wie 1919 in Berlin oder euch zu köpfen oder zu hängen, wie bei den Nazis üblich, wenn ihr bereit zum Hochverrat seid und darauf verzichtet, den Sozialismus zu verteidigen. Die deutschen Jünger Gorbatschows schlugen ein, aber auch viele andere, obwohl sie, Lenin zitierend, immer beteuert hatten, eine Revolution, die sich nicht zu verteidigen wisse, sei nichts wert.

In vorausseilendem Gehorsam entwaffneten sie zuerst die Kampfgruppen der Arbeiterklasse und beseitigten die Parteiorganisationen in den Betrieben. Schließlich stellte die Regierung des Ministerpräsidenten Modrow das in Jahrzehnten geschaffene Eigentum des Volkes vermittels einer „Treuhandanstalt“ zur freien Disposition des westdeutschen Kapitals, das natürlich, da Eigentum nie lange herrenlos bleibt, in Kolonialistenmanier sofort zugriff und die Arbeiter der DDR wieder in eigentumslose Proletarier verwandelte. Außerdem wurde eine kleine Kompradorenbourgeoisie aus Einheimischen geschaffen, damit die restaurierte kapitalistische „Ordnung“ befestigt werde. Die langfristigen schlimmsten Folgen waren weltanschaulichen Charakters. Unter dem betäubenden Triumphgeschrei der Sieger verbreitete sich Zweifel, daß Klassen und Klassenkampf überhaupt noch existierten. Eine Karikatur kursierte, die Karl Marx die Worte in den Mund legte: „Entschuldigt Jungs, es war nur so eine Idee von mir!“

Allerdings machte sich in der Folge Ernüchterung breit. Die Protagonisten der „Wende“ beteuerten, sie seien unbefleckt, denn sie hätten stets nur edelste Ziele verfolgt. Die Umstände hätten ihnen keine Wahl gelassen, und außerdem habe man sie hinters Licht geführt. Das Leben zerrieb solche Schutzbehauptungen. Im

Wie verhält es sich nun mit der Arbeiterklasse, die angeblich „verschwindet“, obwohl noch niemand mitgeteilt hat, wohin sie sich auflösen solle? Im Dezember 2004 hat das Internationale Arbeitsamt (ILO) eine Studie vorgelegt, die ausweist, daß weltweit 2,8 Milliarden Menschen lohnabhängig beschäftigt und (offiziell) 186 Millionen arbeitslos sind. 1,4 Milliarden, die zwar Arbeit haben, müssen sich und ihre Familien mit höchstens zwei Dollar pro Tag durchbringen und leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Einkünfte von knapp fünf Dollar pro Tag und Beschäftigten gelten in der Welt des Kapitals als „normal“.

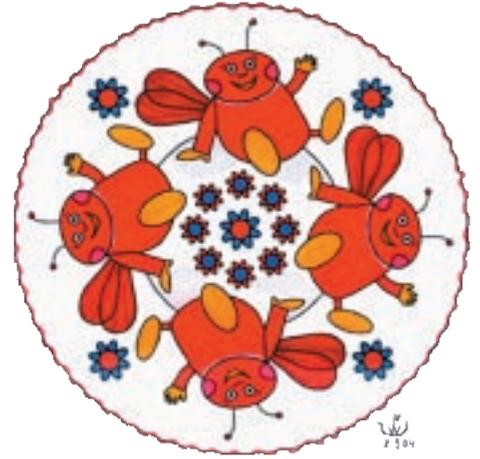
Die Arbeiterklasse umfaßt heute zwei Drittel der Erdbevölkerung, mehr als jemals zuvor. Aber Verlust an Klassenbewußtsein, Mangel an Organisiertheit und unzureichende politische Handlungsfähigkeit sind Realitäten. Es ist der feindlichen Propaganda erstaunlicherweise auch gelungen, vielen Menschen weiszumachen, der Graben in der Welt verlaufe zwischen Demokratie hier und Diktatur dort. Daß der Charakter der Demokratie

Lenins berühmte Klassendefinition

Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.

(*W. I. Lenin: Die große Initiative.*

In: LW 29, S. 410)



Rote Fliege

Da war mal eine Fliege
 Sehr groß – zugleich sehr rot
 Auch andres rot zu färben
 Hielt sie für ihr Gebot
 Ein Topf voll weißer Milch war's,
 Der zog sie mächtig an
 Ihn rötend zu verbessern
 Entschloß sie sich sodann
 Und landete sehr mutig
 Mit Schwung und mit Gebrumm
 Auf diesem weißen Teiche
 Und rief: Dich rühr ich um!
 Mit kräft'gem Flügelschlage
 Mach ich aus weißer Masse –
 Das steht ganz außer Frage –
 Rotsahne Erster Klasse!
 Sich wähnend in dem Wahne
 Aus Weiß wird rote Sahne
 Rührt sie mit aller Kraft.
 Doch lautet das Ergebnis:
 „Ich hab es nicht geschafft“.
 Die Masse, weil zu träge,
 Die nahm das Rot nicht an
 Sie fing nur an zu käsen
 Und roch nicht gut sodann.
 Ach ja, die rote Fliege
 Die meinte es zwar gut
 Vergeblich blieb ihr Mühen
 Und sie verlor den Mut
 Aus roter Fliege Scheitern
 Zu ziehen ist der Schluß
 Daß man beim Weltverbessern
 Auch damit rechnen muß:
 Daß sich denkträge Masse
 (Trotz Marxens Manifest)
 Zu selbstbewußter Klasse
 So leicht nicht formen läßt.

Wolfgang Clausner

Am 8. März

Tausend zarte Frühlingsblumen
 leuchten in bunter Pracht
 in Kinderhänden, auf festlichen
 Tischen, aus Dank und Liebe gebracht

Wenn wir unsere Lieder singen,
 grüßen wir in aller Welt
 die Frauen in Schulen, Geschäften,
 Betrieben und auf dem Bambofeld.
 Die schönste Blume für die Mutter,
 für sie unser schönstes Lied,
 die mit der ganzen Kraft ihres
 Herzens ihr Kind für den Frieden
 erzieht.

Viele Grüße

von Anja

Gruß einer
 zehnjährigen Schülerin
 aus der DDR
 zum 8. März 1984
 Zugesandt von
 Rolf und Gerda Greifzu aus Berlin

Zunächst ein zweifaches Resümee, aus dem im Teil 1 meines Beitrags Gesagten: Erstens: Man kann in den Jahren bis Mitte 1903 aus den Arbeiten und den Briefen Lenins spüren, daß er Kautskys Schriften sehr zugetan war und sie für seine eigenen Analysen nutzte.

Zweitens: Man darf Kautsky durchaus als einen der Lehrer Lenins betrachten. Von Lenin selbst ist eine solche Aussage nicht bekannt. Aber die Wertschätzung Kautskys durch Lenin, sein Ton und Umgang mit Kautsky erlauben m. E. eine solche Wertung.

Aber auch „Schüler“ sind schon selbstbewußte Persönlichkeiten, zumal wenn es sich dabei um Erwachsene handelt, die ihren Standpunkt haben und hartnäckig verteidigen. Daß zu theoretischen und taktischen Fragen unterschiedliche und sogar gegensätzliche Ansichten und Lösungsvorschläge entwickelt werden,

noch ein junger Mann. (Das bekam anfangs auch das „Fräulein Dr. Luxemburg“ zu spüren, sie als junge Frau unter einer Mehrheit von älteren Männern.) Aber selbstbewußt und von ihrer Sache überzeugt waren sie alle drei.

Kautsky urteilte über Lenin wohl vom Standpunkt eines Vertreters der großen und erfahrenen deutschen Sozialdemokratie, die das Sozialistengesetz überstanden und schon bedeutende außerparlamentarische und parlamentarische Kämpfe ausgefochten hatte, deren Mitgliederzahl und Reichstagsfraktion ständig anwuchsen, die von Marx und Engels beraten worden war und als deren Nachfolger auf theoretischem Gebiet Kautsky angesehen wurde. Was waren dagegen schon die Russen mit ihrer kleinen Partei, deren Führer im Exil gegeneinander die Feder wetzten?

Auf diese Jahre des Streits folgte wiederum eine Zeit, in der sich die Standpunk-

te als deren Fortsetzung, Ergänzung und Präzisierung) die Arbeit „Der Weg zur Macht“, mit dem Untertitel: „Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution“ (also nicht: „in den Sozialismus“).

Lenin schätzte den „Weg zur Macht“ – allerdings erst 1917 – hoch ein: „Diese Broschüre ist ein erheblicher Schritt vorwärts, da in ihr nicht von einem revolutionären Programm im allgemeinen, wie 1899 in der Schrift gegen Bernstein, nicht von den Aufgaben der sozialen Revolution ohne Bezugnahme auf die Zeit ihres Anbruchs, wie 1902 in der Broschüre ‚Die soziale Revolution‘, die Rede ist, sondern von den konkreten Bedingungen, die uns zwingen anzuerkennen, daß die ‚Ära der Revolution‘ anhebt.“ Und obwohl Lenin diese Arbeit Kautskys als dessen „letztes und bestes Werk ... gegen die Opportunisten“ charakterisierte, fand sie in seinen Schriften und Briefen bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs keine Erwähnung.

Über die Ursachen findet sich bei Lenin keine Aussage. An einer Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden allein kann es nicht gelegen haben (Ärger über Kautsky wegen der von diesem gemeinsam mit Franz Mehring und Clara Zetkin treuhänderisch verwalteten Gelder der SDAPR oder Kautskys negative Beurteilung der Lage in der SDAPR). Lenins Zeit und Aufmerksamkeit war in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg wohl vor allem dem Kampf um den Erhalt und die Festigung der SDAPR gewidmet. Wenn sich Kautsky allerdings zu Fragen der SDAPR äußerte, dann polemisierte Lenin zumeist heftig gegen ihn, ohne ihn allerdings vor Ausbruch des imperialistischen Weltkriegs des Zentrismus zu bezichtigen.

Wenn wir so das Verhältnis von Lenin zu Kautsky (und umgekehrt) bis zum Ersten Weltkrieg verfolgen – mit Zeiten der Hochachtung, der Würdigung Kautskys als progressiver marxistischer Denker durch Lenin, aber auch Zeiten erbitterten Streits und tiefer Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen, auch der Geringschätzung Lenins durch Kautsky – können wir durchaus die Schlußfolgerung ziehen, daß auch Kautsky in dieser Etappe einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Marxismus hat. Die kritischen Bemerkungen zu ihm sind zumeist Einschätzungen, die danach getroffen wurden und dann zum Teil zeitlich nach vorn transferiert wurden.

Prof. Dr. Gerhard Fricke

(Beim vorstehenden Text handelt es sich um eine stark geraffte Fassung eines Vortrags des Autors im Rahmen eines Kolloquiums zum 150. Geburtstag von Kautsky, das vom Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung veranstaltet wurde. Der Vortrag umfaßte nur den Zeitraum bis zum Ersten Weltkrieg. Die „Kurzbiographie“ Kautskys wurde dem Brockhaus-Konversationslexikon von 1902 entnommen. Verfasser der Kautsky-Biographie von 1993 ist Harald Koth.)

Zum Verhältnis Lenin – Kautsky vor dem Ersten Weltkrieg (2 und Schluß)

und das besonders in der Politik, bleibt da nicht aus. Lenin und Kautsky waren ausgeprägte Persönlichkeiten, die von ihrem (marxistischen) Standpunkt, von der Treue zum Marxismus überzeugt waren. Zu grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden sollte es nach dem II. Parteitag der SDAPR 1903, nach der Spaltung der Partei in Bolschewiki und Menschewiki, kommen. Kautsky und Lenin beurteilten die Frage der Einheit der Partei, den § 1 des Parteistatuts, völlig unterschiedlich. Hier vertrat Kautsky im Grunde den gleichen Standpunkt wie in den Jahren zuvor, als er meinte, daß die Differenzen mit Bernstein und den Anhängern des Revisionismus ideologisch und theoretisch, aber bei Verbleib in der SPD, ausgetragen werden sollten.

Die Meinungsverschiedenheiten Kautskys mit Lenin wurden aber nicht „fair“ behandelt. Sowohl in der „Neuen Zeit“ als auch in der „Leipziger Volkszeitung“, um allein diese zu nennen, wurden nur die kritischen Artikel zu Lenin und den Bolschewiki veröffentlicht, darunter der heute so oft gegen Lenin angeführte Artikel Rosa Luxemburgs „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“. Die Veröffentlichung der Antworten Lenins gegen Angriffe von Martow, Trotzki, aber auch von Rosa Luxemburg, wurde ihm in aller Regel verweigert.

Dazu traten „psychologische“ Momente, wie der Altersunterschied zwischen Kautsky und Lenin: Für den Mittfünfziger Kautsky war der Mittdreißiger Lenin

te Lenins und Kautskys „annäherten“: die Jahre der Revolution 1905–1907 in Rußland. Nach Kautskys Artikeln „Die russische Duma“ und „Die Aussichten der russischen Revolution“ fand dessen Untersuchung über die „Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution“ große Beachtung durch Lenin. Dieser sah den Standpunkt der Bolschewiki zur Strategie und Taktik in der Revolution gegenüber den menschowistischen Thesen durch Kautsky bestätigt.

1902 war Kautskys Schrift „Die soziale Revolution“ erschienen, 1909 folgte (qua-

Gratulation

Wir sind nicht immer einer Meinung, aber wir haben Hochachtung vor der Lebensleistung und dem Mut des Jubilars, der standhaft durch die Zuchthäuser Adenauers ging.

Am 24. März wird Genosse

Dr. Robert Steigerwald

aus Eschborn 80 Jahre alt.

Der „RotFuchs“ reiht sich unter seine Gratulanten ein.

Politiker als Lebenskünstler

Unser Land ist keineswegs pleite. Vielmehr ist es so, daß die Einnahmen unsere laufenden Ausgaben nicht decken. Und aus diesem Grunde nimmt die Regierung Kredite auf, wie jedes Unternehmen es tut. Damit werden die Zinsen der Altkredite getilgt. Was bleibt, ist die Hoffnung auf die Bundestagswahl 2006. Und daß die anderen gewinnen. Dann ist Hans Eichel die Schulden los.

Andere Minister haben es da schwerer. Herr Clement zum Beispiel. Er entdeckt das optionale Wachstum der deutschen Wirtschaft in sinkenden Wachstumswerten und verkündet einen zukünftigen strukturellen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf der Basis vorerst steigender Arbeitslosenzahlen. In solchen Erfolgen läßt sich trefflich baden!

Er hatte ja auch die Idee, die Sozialschmarotzer in den Irak zu verfrachten. Für einen Euro als Wachmann an die Front gegen den Terrorismus. Auslandserfahrung statt Hartz IV gewissermaßen. Leider wollen die Amis eher doch richtige Soldaten. Armer Arbeits- und Sozialminister.

In Niedersachsen ist man da schon weiter. Leicht getan, wenn man in der Hauptstadt nicht regieren muß und so in Hannover ein wenig Narrenfreiheit hat.

Innenminister Schönemann zum Beispiel will die überforderte Polizei mit Bürgerstreifen entlasten. Otto Normalverbraucher streift dann zu nachtschlafender Zeit in Gruppen durch Problemgebiete und beobachtet die Einhaltung von Recht und Ordnung. Bei Verstößen gegen die herrschende Leitkultur darf die Polizei gerufen werden. Auf diese Weise können noch weniger Beamte viel zielsicherer wirksam werden. So spart Herr Schönemann. Man könnte aber auch Herrn Schönemann sparen.

Busemann ist kein anderes Wort für Frau, sondern der niedersächsische Kultusminister mit Vornamen Bernd. Er will an Schulen und Kindertagesstätten Ein-Euro-Jobs für Arbeitslose schaffen. Über 7000 Fachleute aus Erziehungs- und Sozialberufen laben sich hierzulande am ALG II. Die könnten doch besser als Pausenaufsicht oder beim Reparieren von Geräten über ihr verfehltes Studium nachdenken, statt dem Staat auf der Tasche zu liegen. Recht so, Herr Kultusminister. Wo dem Minister die Kultur fehlt, kann man nicht mehr erwarten.

Und dann redet alles über die Nebeneinkommen der Politiker. Lassen wir den arbeitswütigen Volksvertretern doch die kargen Diäten! Wer kann hierzulande schon von wenigen tausend Euro im Monat leben? Unterstützen sollten wir die so arg Beschimpften! Nun muß es ja nicht gleich eine Spendengala oder ein Benefizspiel sein. Aber wie wäre es mit Ein-Euro-Jobbern?

Als Dummies sozusagen. Während der Volksvertreter das Volk bei Volkswagen, beim Energieerzeuger, im Pharmakonzern oder sonstwo vertritt, langweilt sich

an seiner Stelle ein ALG-II-Empfänger auf der Abgeordnetenbank. Er kann Zeitung lesen, muß an der richtigen Stelle klatschen oder müde abwinken und vor allem: Er füllt das Parlament. Das macht Eindruck auf die Besucher und in den Medien. Vielleicht hilft es sogar gegen die Politikverdrossenheit, weil die Menschen endlich mal so viele Abgeordnete auf einmal im Parlament sehen.

Natürlich müßten mehr Probeabstimmungen angesetzt und Schulungen durchgeführt werden. Aber Zeit hätten

die Volksvertretervertreter ja dank der Gesetze, die natürlich von den Chefs der richtigen Volksvertreter alle schon gemacht sind.

Politik ist die Kunst des Möglichen, soll mal ein alter Denker gesagt haben, als er noch ziemlich jung war. Heute, wo wir dank Toyota alle wissen: „Nichts ist unmöglich!“, begreifen wir endlich, daß Politik eine Kunst ist. Die Kunst des Lebens sozusagen. Und unsere Politiker sind die wahren Lebenskünstler.

Richard Georg Richter

Diäten-Verdrücker leben nicht nach der Diät von ALG-II-Beziehern

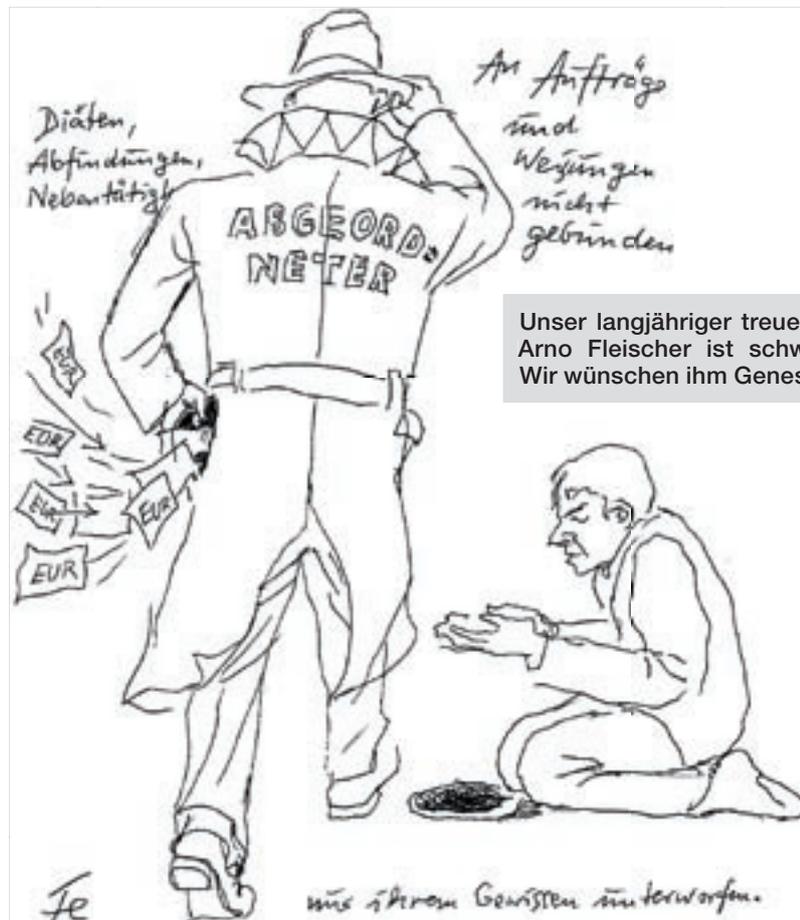
In letzter Zeit war viel von den „Nebeneinkünften“ und „Nebenjobs“ unserer Parlamentarier die Rede. Was aber bekommen „Leistungsträger“ in dieser deutschen Republik für ihre Hauptbeschäftigung – im Parlament zu sitzen und die Wähler zu vertreten oder zu zertreten, wie Friedrich Engels es ausdrückte?

Im Bundestag gibt es 603 Abgeordnete. Jeder von ihnen erhält im Monat 10 512 Euro, davon 7009 Euro Grundentschädigung (Gr.) und 3503 Euro Kostenpauschale (Kp.). Auch die Landtagsabgeordneten sahnen nicht schlecht ab. Hier Beispiele aus einigen östlichen Bundesländern:

Ein Landtagsabgeordneter bekommt im Monat

in Mecklenburg-Vorpommern (71 Abgeordnete)	4988 Euro (3890 Gr./1098 Kp.)
in Brandenburg (88 Abgeordnete)	5271 Euro (4399 Gr./ 882 Kp.)
in Sachsen-Anhalt (115 Abgeordnete)	4934 Euro (3937 Gr./ 997 Kp.)
in Sachsen (120 Abgeordnete)	5444 Euro (4283 Gr./1161 Kp.)
in Thüringen (88 Abgeordnete)	5367 Euro (4318 Gr./1049 Kp.)

Offensichtlich ist diese Absicherung für viele Abgeordnete mit Nebenjobs eher ein Taschengeld!



Unser langjähriger treuer Mitarbeiter Arno Fleischer ist schwer erkrankt. Wir wünschen ihm Genesung.

Grafik:
Arno
Fleischer

Einst kannte jedes Kind in der DDR den Bergmann Adolf Hennecke. Mehr als 30 Schulen trugen seinen Namen. Straßen wurden nach ihm benannt.

Warum rückte man ihn so in den Mittelpunkt? Ganz einfach: Er hat seiner Klasse mit einer außergewöhnlichen Leistung im richtigen Moment einen besonders wertvollen Dienst erwiesen.

Wie war die Situation im Bergbau nach dem faschistischen Zweiten Weltkrieg?

Der überwiegende Teil der Industriebetriebe im Osten konnte nur Steinkohle verwerten, und diese reichte bei weitem nicht aus. Deshalb betrachtete die sowjetische Militärverwaltung die Hilfe für die Kohleindustrie als eine der dringendsten Aufgaben. Der Steinkohle-Bergbau wurde aus der Wiedergutmachungspflicht für die Sowjetunion herausgelöst.

Sachsen war in der Steinkohleförderung mit ca. 600 m das tiefer gelegene Revier in Deutschland. Je tiefer man aber fördert, um so größer ist die Hitze. Es herrschten Bedingungen, die die Ruhrkumpel im Westen Deutschlands nicht kannten. So mußte in dieser Tiefe die Kohle mit dem Pickhammer manuell abgebaut werden. Maschinen einzusetzen, war nicht möglich. Dabei entfiel auf vier Hauer ein Pickhammer. Alle technischen Geräte waren veraltet, und der Schacht gab schon seit Jahren nicht mehr genug Kohle her. Das größte Problem aber waren die Arbeitskräfte.

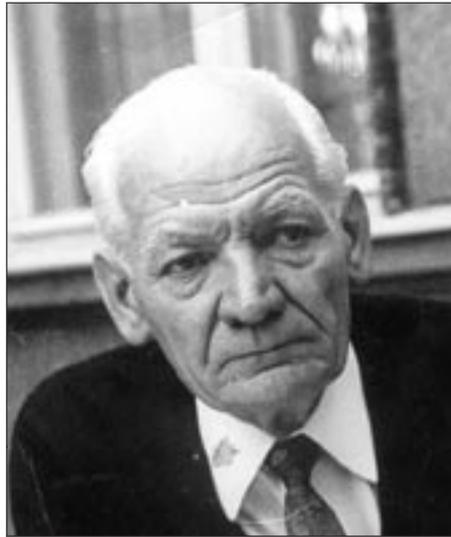
Der Krieg hatte viele Bergmänner das Leben gekostet. Man war auf Neuzuweisungen angewiesen, von denen die meisten noch nie im Bergbau gearbeitet hatten. Das waren z. B. ehemalige Nazi-Beamte, aber auch Umsiedler aus Schlesien und Pommern. Die schwere körperliche Arbeit hatten die meisten nicht kennengelernt.

Zur Steigerung der Produktion war eine bessere Versorgung der Bergleute notwendig. Die sowjetische Militärverwaltung sicherte ihnen besonders günstige soziale Bedingungen zu: höheren Lohn, erweiterten Urlaub, Sachprämien. Außerdem erhielten sie die Schwerstarbeiterkarte.

Im Westen Deutschlands wurde der Wiederaufbau der Industrie durch den Marshallplan angekurbelt. Im Osten hieß es: Wir bringen die Dinge selbst in Schwung! Instruktoren wurden unter Tage eingesetzt, um den Neuen die richtigen Handgriffe beizubringen. Die politisch Bewußten fuhren Sonntagsschichten, aber die Kohleproduktion stieg nicht.

Am 9. Oktober 1948 wollte die „Tägliche Rundschau“ – Organ der sowjetischen Militärverwaltung – vom Revierdirektor Wellershaus wissen, wie im Betrieb mit dem progressiven Leistungslohn gearbeitet wird. Wellershaus ließ Franz Franik kommen, um die Möglichkeit einer besonders guten Leistung zu besprechen, die beispielgebend für andere sein könnte. Dieser lehnte ab. Dann fiel der Name Hennecke. Er wurde gerufen. Man diskutierte stundenlang mit ihm, schließlich sagte er zu.

Er konnte sich den Abbau auswählen. Zwei Tage vorher suchte er sich die Stel-



Als ich mit meinen beiden Enkeln im Oktober 2004 im Bergbaumuseum Oelsnitz war, stellte ein Besucher aus der Gruppe fest: „Der Mann war doch sehr einsam. Er hatte keine Freunde. Die Schicht war sowieso ‚getürkt‘, wenn er sich die Stelle aussuchen durfte.“

Unsere bergmännische Begleitung führte mich als Tochter Henneckes ein und bat mich, darauf zu antworten. Was sagte ich ihm? Ich hatte die Zeit doch hautnah miterlebt. Der Mann war nur kurze Zeit einsam, vielleicht ein Jahr, wie er selbst sagte. Warum sollten ihn alle Bergleute auch gleich verstehen? Was gab es schon für Klassenbewußtsein, was für Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge? Wenn hohe Leistungen gefordert wurden, winkten die Kumpel ab. Gebt uns erst

Adolf Hennecke zum Hundertsten

le aus, wo er arbeiten wollte. Mit Kreide schrieb er daran: „Stehenlassen!“

Am Mittwoch, dem 13. Oktober, fuhr er eine Stunde früher – um 5 Uhr – ein, um die Strecke nochmals zu prüfen. Zwei Kumpel waren bei ihm, um für einen reibungslosen Ablauf und Abtransport der Kohle zu sorgen. Der Magen knurrte wie immer. Um 11.00 Uhr war schon absehbar, daß es eine gute Leistung würde. Um 13.15 Uhr wurde die Schicht abgenommen – das Arbeitsergebnis war ungewöhnlich: 387 % der Norm!

Als er ausfuhr, war er stolz und glücklich. Er hatte sein Vorhaben ausgeführt – ursprünglich wollte er die Norm mit 250 % erfüllen. Ein kleiner Kreis seiner Genossen und Kollegen, die die Schicht vorbereitet hatten, freute sich mit ihm. Es wurde ihm gedankt, und er bekam Blumen.

Nun folgten unruhige Tage und Wochen. Reporter breiteten ihre Utensilien in unserer Küche aus und interviewten unseren Vater. Für meine Schwester Christa und mich – ich war neun Jahre alt – gab es wochenlang kein schöneres Spiel als Rundfunkreporter und „Hennecke“. Wir amüsierten uns prächtig.

Etliche Kumpel lehnten die Tat ab. Er selbst sagte: „Ich wußte, worauf ich mich eingelassen hatte. Viele Arbeiter im Osten würden toben. Ich existierte nicht mehr für sie, ich war Luft. Drohbriefe gab es, selbst Morddrohungen. Drei Tage wußte ich nicht, was ich bin. Doch als der Glückwunschbrief von Pieck und Grotewohl kam, erhielt ich eine Bestätigung für meine Schicht.“ Die Hetze wurde natürlich vom Westen her kräftig unterstützt.

mehr zu essen, dann können wir auch besser arbeiten!

Nach der Schicht ging es darum, den Hennecke-Rekord zu brechen und ihn zu unterstützen. Fünf Männer waren sechs Tage später nach einigen Diskussionen zu einer sogenannten Hennecke-Schicht bereit. Sie schafften bis zu 260 % der Norm, später wurden von anderen über 500 % erreicht und noch mehr.

Im August 1949 wurde anlässlich des 200. Geburtstages Goethes in Weimar erstmals der Nationalpreis verliehen. Adolf Hennecke gehörte zu den Geehrten. Er, ein Arbeitersohn, fünftes von acht Kindern, ohne Eltern bei einem Onkel groß geworden, wurde von seinem Staat so hoch dekoriert.

Trotz der Auszeichnungen und Ehrungen blieb Adolf Hennecke immer bescheiden. Nach 1989 verteufelten ihn viele. Offizielle Stellen und Besserwisser bemühten sich, Schmutz über ihn und die Aktivistenbewegung auszukippen. Straßennamen wurden getilgt, Schulen umbenannt. Die Leistung des Bahnbrechers von 1948 wurde ja noch anerkannt, aber schließlich war Hennecke Mitglied des ZK der SED und Volkskammerabgeordneter. Das reichte zur Verächtlichmachung.

Heute – 15 Jahre nach dem Ende der DDR – hat sich die Sicht auf die Tat Adolf Henneckes relativiert. Sein Bild im Relief am Tor zum ehemaligen Karl-Liebkecht-Schacht trägt die Aufschrift: „Er sprengte den Ring.“

Am 25. März 2005 wäre mein Vater 100 Jahre alt geworden. **Hannelore Graff**

Das BRD-Mitbestimmungsmodell der „Trennung von operativer und strategischer Unternehmensleitung in Vorstand und Aufsichtsrat, dem immer auch Vertreter der Beschäftigten angehören müssen“, sowie das ganze Betriebsverfassungsgesetz sind dem Kapital und dessen politischen Aktivisten schon lange ein Dorn im Auge. Ihre „Sorge“ gilt der „Tragfähigkeit dieses Modells in Zeiten der Europäisierung und Globalisierung“, schrieb Otto Graf Lambsdorff am 1. 11. 04 in der „Welt“.

Für ihn war die Mitbestimmung ein „wichtiger Faktor für den Aufbauwillen und die jahrzehntelange Prosperität aller Wirtschaftszweige. Sie habe „zur konstruktiven Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Kapitaleignern und Beschäftigten beigetragen und so den sozialen Frieden gestärkt“. Bis heute funktioniere „der Interessenausgleich in Aufsichtsräten“. Das hört sich nach Sozialdemokratie an und macht deshalb bei einem wie Lambsdorff zunächst stutzig. Muß es aber nicht. Denn der Graf hat noch mehr dazu zu sagen: „Erfahrungsgemäß sind grenzüberschreitende Gesellschaften in Europa meist nicht bereit, das deutsche Mitbestimmungsmodell zu akzeptieren. Hier muß die Bundesregierung Anpassungen vornehmen, um zu verhindern, daß Neugründungen deshalb nur noch in unseren Nachbarländern stattfinden. Diese Entwicklung wäre im Hinblick auf die Arbeitsplätze fatal. Was wollen wir? Arbeitsplätze im Ausland ohne oder Arbeitslose im Inland mit deutscher Mitbestimmung?“

Nun, wenn die „Alternative“ so formuliert wird, dann erübrigt sich zaghaftes Nachhaken von allein. Wer möchte schon die „Verantwortung“ auf sich nehmen, mit der Forderung nach „Mitbestimmung“, wie viel oder wenig sie auch immer bewirkt hat, „Arbeitsplätze zu gefährden“. Da erscheinen Gewerkschafter und Sozialdemokraten, von Kommunisten ganz zu schweigen, als die reinsten „Jobkiller“. Bei Lambsdorff heißt es weiter: „Niemand spricht in diesem Zusammenhang über das durch Rot-Grün noch einmal bürokratisch aufgeblähte Betriebsverfassungsgesetz. Die Kostenbelastung der Unternehmen wurde durch noch mehr freigestellte Betriebsräte unerträglich erhöht.“ Mangelnde Direktheit konnte man dem Grafen noch nie vorwerfen.

Was fehlende Mitbestimmung bedeutet, zeigt das Beispiel der Lidl Stiftung GmbH & Co. in Neckarsulm, die in ihren tschechischen Niederlassungen gleich ein ganzes Bündel von frühkapitalistischen Widerlichkeiten erfolgreich auf dem Klassenkampfplatz erprobt hat. So wurden den Mitarbeitern Toilettengänge während der Arbeitszeit verboten. Eine „Ausnahme“ machte die Unternehmensleitung nur bei menstruierenden Frauen. Sie mußten ein Stirnband tragen, das sie berechtigte, auch während der Arbeitszeit die Sanitärräume aufzusuchen. Aus der Lidl-Niederlassung Bielefeld kam Ende August 2004 eine anonyme Mitteilung, persönliche

Treffen von Beschäftigten untereinander seien ein Entlassungsgrund.

Die stellvertretende Leiterin einer Lidl-Filiale im Raum Nürnberg kündigte nach einem dreistündigen Kreuzverhör durch die Vertriebsleitung. Offizieller Anlaß zur Vernehmung war die angebliche Unterschlagung von 12,50 Euro Pfandgeld. Die Frau wurde „auffällig“, weil sie sich erfolgreich für die Überstundenbezahlung von Kolleginnen eingesetzt hatte. Die Angestellten der Lidl-Filiale in Ansbach haben üblicherweise bis kurz vor 22 Uhr zu tun, bekommen ihre Arbeit aber nur bis 20 Uhr bezahlt. Während die Frühschicht

Chungskameras in Aufenthaltsräumen oder in der Nähe von Telefonen vor.

Im Januar 2004 wurde bekannt, daß „Testkäufe“ mit eingebauten Fallen in Lidl-Filialen dazu genutzt werden, Beschäftigte der höheren Gehaltsstufen oder Gewerkschaftsmitglieder aus dem Job zu drängen. Betriebsräte wurden in den 2500 Lidl-Filialen vom Unternehmen bislang gezielt und mit härtesten Mitteln verhindert. Neben ca. 460 weiteren Firmen hat sich Lidl unter dem Namen Alpha Finanz GmbH mit einem Briefkasten in dem nordfriesischen Ort Norderfriedrichskoog angesiedelt, in dem es bis 2004

Graf Lambsdorff contra Mitbestimmung

tatsächlich um 6 Uhr beginnt, erfolgt eine Entlohnung erst ab halb acht. Vom Unternehmen werden diese Überstunden als „freiwillige Vor- und Nacharbeiten“ deklariert. Nach Gewerkschaftsangaben liegen aus anderen Filialen Meldungen über das „Arbeitgeberrecht“ zur Kontrolle von Taschen, Kofferräumen und Autohandschuhfächern, zur Durchführung häuslicher Krankenkontrollen, zur heimlichen Installation von Mitarbeiter-Überwa-

keine Gewerbesteuer gab. Die Lidl-Unternehmensgruppe ist ein unübersehbares Imperium aus etwa 600 Einzelunternehmen und Stiftungen. Bilanzen und Anzahl der Filialen sind Geheimsache. Aber Lidl gilt als besonders billig. Der Preis dafür ist modernes Sklavenhaltertum.

Daß Leute wie die Lidl-Besitzer dem Grafen Lambsdorff applaudieren, der das Betriebsverfassungsgesetz „verschlanken“ will und das Modell der Mitbestimmung

im Europa der Monopole für „nicht mehr tragfähig“ hält, versteht sich wohl von selbst. (Der Autor dankt Rena Tangens für ihre Internet-Information über Lidl.)

Dr. Erhard Kegel



Die Krise ist für jedermann schwer.

Aus „Solidaire“, Brüssel

Der „weltliche“ Staat

Die Bundesrepublik Deutschland behauptet, in ihren Grenzen seien Staat und Kirche – wie in der DDR – strikt voneinander getrennt. Ist das wirklich der Fall? Aus dem Schreiben des Finanzamtes Berlin-Tempelhof an unseren Leser ... sowie aus dem an ihn verschickten Fragebogen ist ganz eindeutig zu entnehmen, daß sich der angeblich „säkulare“, also weltliche Staat

als höchst engagierter Steuereintreiber für die Kirchen des Landes – besonders für die beiden offiziellen Amtskirchen – betätigt. Sie gehören zu den Grundpfeilern der politischen Macht in der BRD. Kardinal Lehmann und Bischof Huber haben hier wohl kaum weniger zu sagen als die Bosse der Unternehmerverbände.

Finanzamt Tempelhof Kirchensteuerstelle

Steuernummer:

Finanzamt Tempelhof Kirchensteuerstelle
Tempelhofer Damm 234–236 12099 Berlin

Herrn

Kurfürstenstraße 12
Berlin

Berlin, den 06.01.2004

Finanzamt
Tempelhof
Kirchensteuerstelle

Telefon 030 - 7505 - 0

Bearb. Fr. Krüger Zi.-Nr.: 252
Tel. 030 - 7505-2861
Fax 030 - 7505-2811

Feststellung der Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft

Sehr geehrter Herr ...

wir wenden uns an Sie, weil Ihre Kirchenzugehörigkeit bisher nicht hinreichend geklärt werden konnte. Wir bitten um Verständnis, dass die Kirche das Anliegen hat, diese Frage zu klären. Sicherlich liegt das auch in Ihrem Interesse. Wer zur Kirche gehört, hat bestimmte Rechte und auch Verpflichtungen. Wir wollen uns deshalb um Klärung bemühen, brauchen dazu aber Ihre Mithilfe. Darum möchten wir Sie bitten.

Sie hatten bereits Angaben zur Frage Ihrer Religionszugehörigkeit gemacht, doch reichen sie leider nicht aus. Wir bitten Sie daher, den beiliegenden Vordruck auszufüllen, zu unterschreiben und möglichst bald an uns zurückzuschicken. Wir wären Ihnen dankbar, wenn dies innerhalb von zwei Wochen geschehen könnte.

Der Vollständigkeit halber möchten wir erwähnen, dass die Kirche befugt ist, solche Fragen zu stellen. Die Grundlage dafür ist Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 136 Absatz 3 der Weimarer Reichsverfassung sowie § 88 der Abgabenordnung. Die Abgabenordnung regelt außerdem in § 90, dass die Fragen vollständig und wahrheitsgemäß beantwortet werden müssen. Bitte haben Sie dafür Verständnis.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag



FRAGEN	ANTWORTEN	
Bitte die Fragen zu 1., 2. und 3. jeweils mit "ja" oder "nein" beantworten. Sind Sie		
1. evangelisch getauft?	_____	_____
2. römisch-katholisch getauft?	_____	_____
3. Mitglied einer Freikirche, welcher und seit wann?	_____	_____
4. aus der Kirche ausgetreten, ggf. aus welcher?	_____	_____
a) durch eigene Erklärung?	_____	_____
b) durch Erklärung ihrer Eltern?	_____	_____
c) Wann wurde der Austritt erklärt, zumindest in welchem Jahr?	_____	_____
d) amtliche Stelle, Aktenzeichen?	_____	_____
e) unter welchem Namen (Geburts-/Ehename)?	_____	_____
f) unter welcher Wohnanschrift?	_____	_____
5. wiederaufgenommen worden?	_____	_____
a) in die evangelische Kirche, wann und wo?	_____	_____
b) in die römisch-katholische Kirche, wann und wo?	_____	_____
6. übergetreten zur	_____	_____
a) evangelischen Kirche, wann und wo?	_____	_____
b) römisch-katholischen Kirche, wann und wo?	_____	_____
Ich versichere, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen gemacht zu haben.		
Datum/Unterschrift	Datum/Unterschrift	

Ende 1988 faßte das Politbüro auf Vorschlag Erich Honeckers den Beschluß, in der DDR den Freidenkerverband zu gründen. Von Anfang an war es ein offenes Geheimnis, daß er als Kampforganisation gegen die Kirchen gedacht war. So wurde uns die Sache auch im Problemrat von einem Vertreter des ZK erläutert. Die am 6. März 1978 bei dem Treffen zwischen Honecker und Bischof Schönherr getroffenen Vereinbarungen, durch die das Verhältnis zwischen Staat und Kirche annähernd normalisiert worden war, verloren angesichts der Entwicklungen in der DDR Ende der 80er Jahre zunehmend an Substanz, denn die Kirchen hoben die aufgetretenen gesellschaftlichen Probleme und

den?“ Aber natürlich verhinderte auch dieser Brief nicht die Weiterführung der Vorbereitungen zur Gründung des Verbandes.

Ich selbst wurde dabei einbezogen. Der Sekretär für Propaganda der SED-Bezirksleitung Schwerin lud mich für den 20. 1. 89 zu einem Gespräch ein und eröffnete mir, daß das Sekretariat der Meinung sei, mir solle die Leitung des Bezirksausschusses zur Vorbereitung der Verbandsgründung übertragen werden. Ich war zunächst verblüfft und machte darauf aufmerksam, daß ich mich seit Jahren in Theorie und Praxis sehr engagiert für den christlich-marxistischen Dialog eingesetzt hätte, was ja wohl mit

uns bei vielen zentralen Veranstaltungen kennengelernt. H. Klein begann das Gespräch mit dem Satz: „Wißt Ihr eigentlich, daß alles ganz anders gekommen ist, als es ursprünglich geplant war?“ In der Tat war von der vorgegebenen antikirchlichen Orientierung nicht mehr die Rede. In der von Erich Honecker unterschriebenen Grußadresse an den Verbandstag gab es in dieser Hinsicht nicht einmal eine Andeutung, und in der Satzung hieß es dann: „Religiös gebundenen Bürgern ... ist der Verband ein Partner.“ Diese Entwicklung, so H. Klein weiter, sei aktiv und wirkungsvoll von der Abteilung Propaganda des ZK unterstützt und befördert worden, in der Genossen säßen, die mit der ursprünglich beabsichtigten Orientierung des Freidenkerverbandes nichts am Hut hätten. Hier muß nun allerdings angemerkt werden, daß es bislang keine Abteilung des ZK gewagt hatte, einen Politbürobeschuß hinsichtlich seiner Absicht und seiner Ziele nicht konsequent und buchstabengetreu umzusetzen, sondern quasi ins Gegenteil zu verkehren. Daß dies hier offenbar geschehen ist, war sicher ein Ausdruck der gewachsenen Labilität und Unsicherheit der SED-Führung im Jahre 1989. Dafür gab es dann noch ein beredtes Beispiel auf dem Verbandstag selbst. H. Klein widmete einen ausführlichen Teil seines Referates dem Thema „Für partnerschaftlichen Dialog mit den Christen“ (Zwischenüberschrift), und in den Diskussionsreden fehlte jede Andeutung antikirchlicher oder antichristlicher Tendenzen. Als ich in meinem Beitrag dann ausführlich und ausschließlich über den Dialog mit Christen gesprochen hatte, kam in der darauffolgenden Pause das anwesende Politbüromitglied Schabowski förmlich auf mich zugestürzt, um zu bestätigen und zu erklären, wie politisch bedeutungsvoll der christlich-marxistische Dialog für den Freidenkerverband sei. Zunächst entwickelte sich nun vielerorts eine abwechslungsreiche und aktive Tätigkeit von Freidenkergruppen. Aber das währte nicht lange. Es zeigte sich sehr bald, daß der Verband in der DDR keine großen Chancen besaß. Die folgende konterrevolutionäre Entwicklung trug das Ihre dazu bei. Immer mehr Mitglieder traten wieder aus, was wohl auch eine Folge der Tatsache war, daß sie nur selten aus Überzeugung Mitglied geworden waren. Besonders dramatisch vollzog sich dies in jenen Regionen, in denen es keine Freidenkertraditionen gab, wie z. B. im Bezirk Schwerin. Der Freidenkerverband in der DDR wurde zunehmend instabil. Von den 3000 Mitgliedern zum Zeitpunkt der Gründung waren weit weniger als 1000 übriggeblieben. Im Jahr 1991 gab es dann die Vereinigung mit dem Westverband. Nicht in der diskriminierenden Weise, nicht vereinnahmend wie in vielen anderen bekannten Fällen, sondern auf wirklich gleichberechtigter Basis.

Prof. Dr. Hans Lutter

Unser Autor war bis 2000 stellvertretender Vorsitzender des Freidenkerverbandes.

Wie der DDR-Freidenkerverband entstand

Konflikte bewußt hervor. So wurden denn die Bezirks- und Kreisleitungen der SED beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen – vor allem in personeller Hinsicht – für die Gründung des Freidenkerverbandes zu schaffen.

Natürlich rief die Veröffentlichung des Beschlusses sofort die Kirchen auf den Plan. In Zeitungsartikeln und mit Dokumentationen der Theologischen Studienabteilung wurde auf die Traditionen des Freidenkerverbandes, vornehmlich auf dessen atheistisches und antikirchliches Verständnis und Handeln, verwiesen. Man äußerte massiv den Verdacht, daß diese Neugründung als „antikirchliche Speerspitze“ fungieren solle. Es wurde auch gefragt, welchen Sinn dieser Verband angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR habe. Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang vor allem ein offener Brief der evangelischen Theologen Joachim Garstecki und Erhardt Neubert an Olof Klohr, der zum Mitglied des zentralen Vorbereitungskomitees berufen worden war. Es handelte sich nicht um einen Protestbrief, es war kein persönlicher Angriff, sondern es wurden ohne Polemik Sorgen und Fragen vorgebracht, etwa solche: Welchen Sinn hat ein Freidenkerverband in der DDR mit seinen Angeboten zu Lebenshilfen, Festkultur und der Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung, wo es doch dafür hinreichend entsprechende Organe und Institutionen gäbe (Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, Volkssolidarität, vielfältiges Bildungswesen, Urania, Jugendweiheausschüsse usw.). „Es erhebt sich die Frage, was kann und will der Verband der Freidenker hier zusätzlich leisten? Und warum muß für diese Fragen gerade das Freidenkertum belebt wer-

der beabsichtigten antikirchlichen Intention nicht zu vereinbaren sei. Mein Gegenüber beruhigte mich und versprach, daß in die vorgesehene Pressenotiz über die Bildung des Bezirksausschusses der Satz aufgenommen werde, daß sich der Verband auch für den Dialog mit Christen einsetze – was dann auch geschah. Ich ließ mich also darauf ein. Eine Ablehnung wäre sowieso vergeblich gewesen. Am 22. 2. 89 wurde der Bezirksausschuß konstituiert, wobei ich als Vorsitzender gewählt wurde. In der Folgezeit entstanden die Kreisausschüsse und die intensive Mitgliederwerbung bzw. Beauftragung zur Mitgliedschaft durch die Bezirks- und Kreisleitungen begann. Erwähnenswert ist hier wohl noch, daß ich einen „Antrittsbesuch“ beim damaligen Schweriner Bischof Stier abstattete, bei dem ich über Inhalte und Ziele des Freidenkerverbandes – unter besonderer Betonung der Dialogbereitschaft gegenüber Christen – informierte. Das Gespräch verlief sehr sachlich und freundlich, der Bischof zeigte sich von meinem Besuch recht angetan, war aber nicht bereit, eine gemeinsame Presseerklärung, die ich vorschlug, zu akzeptieren.

Für den 7. 6. 89 war die offizielle Gründung des Verbandes der DDR in Berlin vorgesehen. Am Vorabend fand nochmals eine Sitzung des Zentrallausschusses zur Vorbereitung des Verbandstages statt. Im Anschluß daran ergab sich abends etwas sehr Interessantes. Wir saßen zu viert bei einem Glas Bier zusammen: H. Klein, der designierte Präsident des Verbandes, und die Bezirksvorsitzenden von Rostock, Magdeburg und Schwerin. Wir kannten uns sehr gut, denn wir waren allesamt einmal Rektoren von Hochschuleinrichtungen gewesen und hatten

Anfang Dezember 2004 schrieb mir Herr Sch. einen Brief, in dem er mich um ein „Zeitzeugeninterview“ bat. Im Rahmen einer Doktorarbeit am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Uni Rostock untersuche er „Entstehungsbedingungen und Entwicklungslinien christlich-demokratischer Politik in Mecklenburg und Vorpommern“. Doktorvater sei Prof. Dr. Nikolaus Werz, Lehrstuhlinhaber für Vergleichende Regierungslehre. Er wolle „den Erfahrungsschatz langjähriger CDU-Mitglieder einbeziehen“; denn „gerade für den zeithistorischen Abschnitt, der die eingeschränkte Manövrierfähigkeit einer Blockpartei im Schlepptau der SED in den drei Nordbezirken ... herausstellen“ solle, seien die „persönlichen Eindrücke und Erfahrungen der damaligen Akteure unverzichtbar“.

Damit folgt Herr Sch. einer dem Brief beigelegten „Kurzfassung des Forschungsvorhabens“. Darin heißt es u. a.: „Von der Gründung des Landesverbandes der CDU im Jahre 1945 über Gleichschaltung und Unterwerfung der Partei unter den Führungsanspruch der SED 1948–52, die Emanzipation aus der Rolle als Blockpartei nach der politischen Wende 1989/1990 bis hin zur Übernahme der Regierung im wieder gegründeten Land M-V 1990 ... sind nahezu 50 Jahre vergangen, die auch im Interesse der Selbstfindung die Frage nach der Identität und dem eigenen Geschichtsbewußtsein aufwerfen. Zu untersuchen ist deshalb, inwiefern die Christdemokraten in SBZ und DDR Opfer eines diktatorischen Regimes waren, das zur Anpassung zwang und Opportunismus begünstigte, aber auch Täter im Sinne ihrer Mitverantwortung.“ Es gehe auch um „Veränderungen auf der Akteursebene“.

Nun wußte ich, warum auch ich befragt werden sollte, obwohl ich diese Partei schon Anfang 1990 verlassen habe. Mit dem Fahrplan ist das Ergebnis der Arbeit bereits vorgezeichnet.

Daß ich für ein solches Anliegen sicher nicht der geeignetste Partner bin, wußte mein Gast, denn dank seiner bisherigen Recherchen kannte er meinen Weg als Staats- und CDU-Parteifunktionär in der DDR mit Ausnahme der Anfänge recht gut, wußte einiges über dessen Ende und sein Zustandekommen. Er hatte übrigens meine „RotFuchs“-Beiträge im Internet nachgelesen. Herr Sch. kam trotzdem. Ich vermute, daß ich und meinesgleichen in seiner Schrift die Rolle abartiger Exoten spielen sollen, mit deren Erwähnung sich die „Objektivität“ der Untersuchung belegen ließe. Wir sollten indes auch mit solchen jungen Leuten sprechen, um zumindest den einen oder anderen Grübelkeim bei ihnen zu legen. Nebenbei gesagt: Der Doktorand berichtete mir, daß die CDU-Landesverbände im Osten heute nur noch ein Drittel Altmitglieder haben. Meinen Weg sind offensichtlich manche früheren Parteifreunde mitgegangen.

Das Gespräch mit Herrn Sch. bezog sich dann auf die Gesamtentwicklung in Deutschland. Ich versuchte zu erklären,

wie zwei ganz verschiedene Staaten entstanden, die sich von ebenso unterschiedlichen Gründungsimpulsen leiten ließen. Es entwickelten sich unter gleichem Namen auch zwei unvergleichbare Parteien. Während die West-CDU die Restaurierung des Kapitalismus, die Spaltung Deutschlands und die Remilitarisierung des westlichen Teils betrieb, stellte sich die gleichnamige Partei im Osten dem Anliegen des einstmaligen gemeinsamen Gründungsauftrags „zum Aufbau einer neuen Heimat“. In einem vielschichtigen Prozeß entwickelte sich die CDU in der DDR zu einer „Partei des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus“ (Satzung) von eigener Identität, die mit der Partei im

Wählerstimmen. Herrn Sch. fiel es schwer zu akzeptieren, daß wir in der DDR die am längsten regierende, stabilste Koalition der deutschen Geschichte hatten, in der dem die Führungsrolle übertragen wurde, der das meiste einzubringen hatte.

Zu denken gab ihm vielleicht jener Teil unseres Gesprächs, der sich mit der Rolle der DDR-CDU und ihrer Mitglieder während des konterrevolutionären Umsturzes von 1989/90 befaßte. Es ging dabei um alle, die sich als Funktionsträger auf neue Herren und „Partner“ einstellten, bis dahin geäußerte Überzeugungen über Bord warfen. Programm und Satzung ihrer Partei verrieten und sie in die West-CDU führten. Ich

Eine Doktorarbeit über die CDU

Westen wirklich nur noch Start und Namen gemeinsam hatte und sich natürlich als deren politischer Gegner verstand. Reserviert stand mein Gast dem freiwilligen Bündnis der Parteien in der DDR gegenüber, das sich unter Auflösung von Widersprüchen seit 1945 entwickelt hat. Sich überschneidende Interessen und Ziele führten zu gemeinsamem Handeln der fünf Blockparteien CDU, DBD, LDPD, NDPD und SED. Wer allerdings inzwischen dazu erzogen wurde, sich dem bürgerlichen Wertekodex verpflichtet zu fühlen, kann im Verhältnis von Parteien zueinander nichts anderes sehen als harten Konkurrenzkampf um „Macht“ und

räumte ein, das gebe zweifellos auch uns ehemaligen Führungskräften der DDR-CDU zu denken. Hüteten wir ein Nest, in dem sich notorische Opportunisten und spätere Überläufer verstecken konnten? Oder sind das etwa „U-Boote“ des Ostens in der derzeitigen CDU? Letzteres dürfte kaum zutreffen. Ich habe Herrn Sch., der selbst der CDU angehört, gefragt, ob er solchen Leuten die von einem Christen erwartete Redlichkeit zubillige.

In der Geschichte der Rostocker Universität hat es Höhen und Tiefen gegeben. Einst trug sie den Namen Wilhelm Piecks. Jetzt befindet sie sich in einem Wellental. Bereiche wie das Institut für Politik- und

Verwaltungswissenschaften gehen in „Lehre“ und „Forschung“ eigenartige Wege. Die ideologische Instrumentalisierung der universitären Arbeit führt dazu, daß Fakten und Abläufe bewußt verfälscht oder umgedeutet werden. Da ist es Sache der Studierenden und Promovierenden, der Wahrheit auf der Spur zu bleiben. Auch durch Gespräche mit unbestochenen Zeitzeugen.

Wolfgang Mäder

Wenn wir erst dran sind!

Aus: „Der Funke“, Hamburg



Wir haben es nicht vergessen: In der Nacht zum 19. Dezember 1975 ermordete der Kriminelle Werner Weinhold, der wegen verschiedener schwerer Delikte zu insgesamt sechs Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden war, an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik nahe der Ortschaft Harras im südlichen Thüringen die Grenzsoldaten Klaus-Peter Seidel und Jürgen Lange. Er tötete sie heimtückisch und aus niedrigen Beweggründen durch mehrere Schüsse in den Rücken. Danach flüchtete der Doppelmörder in die BRD.

Dort wurde Weinhold mit offenen Armen als „politischer Flüchtling“ empfangen und von der Presse im ganzen Land als Freiheitsheld gefeiert. Doch Proteste der DDR zwangen die BRD-Justiz, eine „Untersuchung“ einzuleiten und dem Verbrecher den Prozeß zu machen, um ihn nicht nach internationalem Recht ausliefern zu müssen. Die Verhandlung fand ein Jahr später in Essen statt, wo ihn das Gericht freisprach. Weinhold wurde sogar noch eine „Entschädigung“ von 15 000 Westmark für die erlittene Untersuchungshaft gewährt. Ein großes Presseaufgebot und eine Meute von DDR-Feinden empfangen den Mörder danach vor dem Gerichtsgebäude mit Blumen. Angesichts der unwiderlegbaren Beweiserhebung durch die Staatsanwaltschaft Dresden mußte der Bundesgerichtshof das Essener Urteil gegen Weinhold jedoch aufheben. Am 1. 12. 1978 verurteilte ihn das Landgericht Hagen – drei Jahre nach der Tat – zu einer lächerlich geringen Freiheitsstrafe von fünfzehn Jahren. Die BRD-Klassenjustiz entließ Weinhold jedoch vorzeitig

Ein Held der westlichen Welt

aus der Haft. Geheimdienste verschafften ihm eine neue Identität.

Am 13. Januar 2005 meldete ein kleines ostdeutsches Regionalblatt – die Mitteldeutsche Zeitung –, daß Werner Weinhold in Marl (Nordrhein-Westfalen) verhaftet worden sei. Er habe am 8. Januar beim Streit in einer Gaststätte rücksichtslos um sich geschossen und einen Gast schwer

verletzt. Im Fernsehen, im Rundfunk und in den großen Blättern der BRD bin ich nicht auf entsprechende Meldungen gestoßen. Wieso auch? Man kann doch nun nicht überall publik machen, daß dieser „Held der westlichen Welt“ nach wie vor ein brutaler und vor nichts zurückschreckender Killer ist.

Günter Freyer

Doppel-Todesschütze erneut festgenommen

NVA-Deserteur Weinhold verletzt Bekannten

Marl/MZ/jaw. Werner Weinhold, der 1975 auf der Flucht in den Westen zwei DDR-Grenzsoldaten getötet hat, ist in Marl (NRW) nach einer Schießerei verhaftet worden. Wie die Polizei der MZ bestätigte, soll der 55-jährige am Sonnabend in einer Kneipe einen Bekannten nach einem Streit mit Schüssen schwer verletzt haben. Auf Anraten von Anwalt Siegmund Beneke verweigert Weinhold bisher die Aussage. Der Jurist hatte den Mörder bereits in den Pro-

Werner Weinhold auf einem alten Fahndungsbild.



Foto Archiv

Trotz seiner Behauptung, in Notwehr gehandelt zu haben, wurde der Todesschütze 1978 in der Bundesrepublik...

Brzezinski und die „Umwälzung des Ostens“

Die Konterrevolution zur Zerschlagung des Sozialismus war nicht etwa das Werk weniger Tage, Wochen oder Monate, sondern ein in Jahren und Jahrzehnten systematisch vorangetriebener Prozeß. Auf der Suche nach Beweisen für diese These bin ich kürzlich auf eine Reihe aufschlußreicher Materialien aus zurückliegender Zeit gestoßen.

Schon Ende 1970 veröffentlichte der Chefberater des USA-Präsidenten Jimmy Carter und führende „Ostexperte“ der Vereinigten Staaten Zbigniew Brzezinski in der Zeitschrift „Newsweek“ einen Grundsatzartikel, in dem es u. a. hieß, es gehe um die „Umwandlung“ der sozialistischen Länder „in etwas, was der Sozialdemokratie nahekommmt“. Darin müsse das Ziel der zwischen Washington und Bonn abgestimmten „Politik gegenüber dem Osten“ bestehen. Alles andere sei „zwangsläufig unbefriedigend“. Es müsse unbedingt verhindert werden, daß der „osteuropäische Status quo irgendwie eingefroren“ werde. Es gehe um die „Umwälzung des Ostens“.

Als ein entscheidendes Mittel dieser konterrevolutionären Politik bezeichnete Brzezinski die psychologische Kriegführung. Der Westen müsse all seine „technischen Mittel“ zu diesem Zweck mobilisieren. Wichtige Werkzeuge seien die Rundfunkstationen „Stimme Amerikas“, „Radio Liberty“ und „Freies Europa“.

Dieses Prinzip der Medienarbeit wurde schon 1962 in der offiziellen bundesdeutschen Zeitschrift „Außenpolitik“ präzise dargestellt. Dort hieß es wörtlich: „Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda einzuschleusen. Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen wie der Neugier, der weiblichen Eitelkeit, der Sehnsucht nach Vergnügen ist die Indifferenz zu den Zielen der kommunistischen Staatsführung zu fördern. Die Bevölkerung ist bis zum passiven Widerstand (Arbeite langsam!) und zur Sabotage zu bringen. Geht dann der kommunistische Staat gegen einzelne Abtrünnige vor, so sind seine Maßnahmen, die als ungerrecht erscheinen, möglichst allgemein bekanntzumachen, damit Mitleid und neue Abneigung gegen das kommunistische System erweckt werden.“

Im August 1998 teilte das am 1. Januar 1994 gegründete „Deutschland-Radio“ über seine Vorläufer lakonisch mit: „... im Westen gab es den von der Bundesregierung geschaffenen Deutschlandfunk und den ursprünglich von den Amerikanern, dann auch von der Bundesregierung finanzierten RIAs. Die beiden Sender hatten während der Zeit der Teilung den Auftrag, Informationen über Politik und Kultur nach Ostberlin und in die DDR zu transportieren, um im Äther ein an

westlichen Maßstäben orientiertes journalistisches Angebot gegen die Programme der DDR-Medien zu setzen. RIAs und Deutschlandfunk konzentrierten sich stärker auf Informationsgehalt und politische Inhalte als das im Osten ebenfalls zu empfangende West-Fernsehen. Das Fernsehen hatte auch schon vor dem Aufkommen der Privaten eine starke Unterhaltungsprägung. Deutschlandfunk und RIAs hingegen wurden genutzt wie eine Tageszeitung. Oppositionelle wie Erich Loest, Bärbel Bohley oder Wolf Biermann, ebenso wie Umweltgruppen, kirchliche Oppositionskreise oder Dissidenten innerhalb der SED bezogen ihre Informationen über Entwicklungen im Westen und über die Opposition in der DDR aus diesen beiden Sendern. Telefoninterviews oder herausgeschmuggelte Tonbänder vermittelten auch im Westen kritische Positionen aus der DDR.

Nun lag es nach der Wiedervereinigung nahe, gleich eine doppelte Abwicklung zu fordern – die der ‚Einrichtung‘ im Osten und die von RIAs und Deutschlandfunk im Westen nach dem Motto: Auftrag erfüllt, Einheit hergestellt, Leute entlassen.“

Mit scheint, daß die so freimütig geschilderten Vorgänge und Aufgaben mit dem konterrevolutionären Prozeß zur Zerschlagung der DDR jahrzehntelang in einem unmittelbaren Zusammenhang standen.

Dr. Hans Küstner

Was ist Terrorismus? (2 und Schluß)

Zunächst sollen an dieser Stelle die Konsequenzen der im ersten Teil genannten Terrorismusdefinition verdeutlicht werden. Danach ist der Überfall einer Guerilla-Gruppe auf eine Polizeistation ebensowenig Terrorismus wie die offene Feldschlacht der Armeen zweier Kriegsparteien. Auch die Vernichtung bewaffneter Untergrundkämpfer durch die Armee – so grausam sie auch ist – stellt keinen Terrorismus dar. Wenn andererseits eine Gruppierung mit Geislerschießungen, der Sprengung einer Schule mitsamt der Kinder oder gar mit der Zündung einer Massenvernichtungswaffe in einer Stadt droht, um Geld oder Wertgegenstände zu erpressen, ist dies ein gewöhnlicher, wenn auch ungeheuerlicher krimineller Akt. Die Handlungen einer solchen Gruppe ergeben sich nicht aus einer Konfliktsituation, sondern aus dem Drang nach skrupelloser Bereicherung (worin sie sich allerdings kaum von den Herrschenden der kapitalistischen Welt unterscheidet). Werden jedoch mit derartigen Handlungen politische Forderungen verbunden, so lassen diese auf eine Konfliktsituation schließen und sind damit, da sie sich bewußt gegen unbeteiligte Dritte richten, in der Regel terroristische Aktionen.

Auf diese Weise kann man auch weltpolitische Vorgänge einordnen. Die spätestens seit der Sprachregelung der Nazis als Terroristen verunglimpften Partisanen, die in nationalen Befreiungskämpfen gegen Okkupationstruppen operieren – z. B. während des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, Griechenland, Italien, Frankreich und anderen Ländern oder aktuell in Afghanistan oder in Irak –, bekämpfen einen politisch-militärischen Konfliktgegner und üben daher keinen Terror aus. Zumindest so lange nicht, wie sie die Zivilbevölkerung der gegnerischen Seite verschonen. Demgegenüber ist das Bombardieren ziviler Ziele wie Wohnhäuser, Krankenhäuser, Kindereinrichtungen durch militärische Kräfte eindeutig Terror (durch die NATO in Jugoslawien und Afghanistan, durch die USA und Großbritannien in Irak, durch Israel in Palästina, aber auch die amerikanischen Atombombenabwürfe über Japan 1945 waren das). Es handelt sich ebenfalls um Terror, wenn von einer Regierung gegen ein Land ein Lebensmittel- oder Medikamentenembargo verhängt und durchgesetzt wird, um durch das Leiden der Bevölkerung deren Regierung in die Knie zu zwingen. An aktuellen Beispielen mangelt es nicht (u. a. Irak, Kuba).

Aus dieser Sicht waren die Anschläge vom 11. September 2001 terroristische Handlungen, auf die die USA und ihre Verbündeten mit weltweitem Terror reagierten. Wobei in diesem Zusammenhang völlig ungeklärt ist, ob nicht Bush unter Vorschub Bin Ladens einen „Reichstag“ hat anzünden und einen „Sender Gleiwitz“ hat überfallen lassen, um seine terroristischen Macht- und Weltherrschaftspläne aus der Schublade holen zu können – wie seinerzeit Hitler in Deutschland. In orientalistisch berührten Ländern (Kosovo,



Schrecken im kaukasischen Beslan 2004

Bosnien, Tadshikistan, Afghanistan etc.) züchtet die CIA ganz offensichtlich islamistisch-faschistoide Oppositionsstrukturen, die ihr regelmäßig entgleiten und immer wieder als Bedrohung der Freiheit Amerikas (was das auch sein mag) herhalten. Man kann fast sagen, die amerikanischen Geheimdienste bauten in aller Welt moslemische Feinde auf, damit die USA aus Gründen des Machterhalts etwas zu bekämpfen haben.

Wie sollte sich nun die Linke zum Terrorismus positionieren?

Die Antwort muß in jedem Fall prinzipiell und unzweideutig sein. Die Grundlage einer wirklich linken Position ist ein, wie es Marx nannte, radikaler Humanismus. Und von Humanismus und Achtung vor dem Leben sollten auch immer die Ziele und Handlungen von Marxisten geprägt sein. In Worten und Taten hat Terror, im Sinne der von mir vorgenommenen Definition, nichts zu suchen. Lenin wandte sich vor der Oktoberrevolution konsequent gegen den Einsatz des Terrors als Mittel der revolutionären Kampfes. Allerdings rief er nach dem Putschversuch der Menschewiki und Sozialrevolutionäre sowie der Intervention der Entente (einem frühen Vorläufer der NATO) zum Roten Terror gegen den Weißen Terror auf. Er meinte damit die Niederhaltung der Konterrevolution.

Der bewaffnete Kampf darf nicht auf eine allgemeine Destabilisierung ausgerichtet sein. Eine solche Strategie trifft vor allem

die Schwächsten, letztlich potentielle Verbündete, und trägt inhumane Züge. Daß ein terrorfreier politischer und militärischer Kampf möglich ist, der sich mit humanistischen Grundsätzen vereinbaren läßt, beweisen heute z. B. die fest in der Bevölkerung verwurzelten Zapatisten in der Chiapas-Region Mexikos, aber auch die soziale Bewegung Venezuelas.

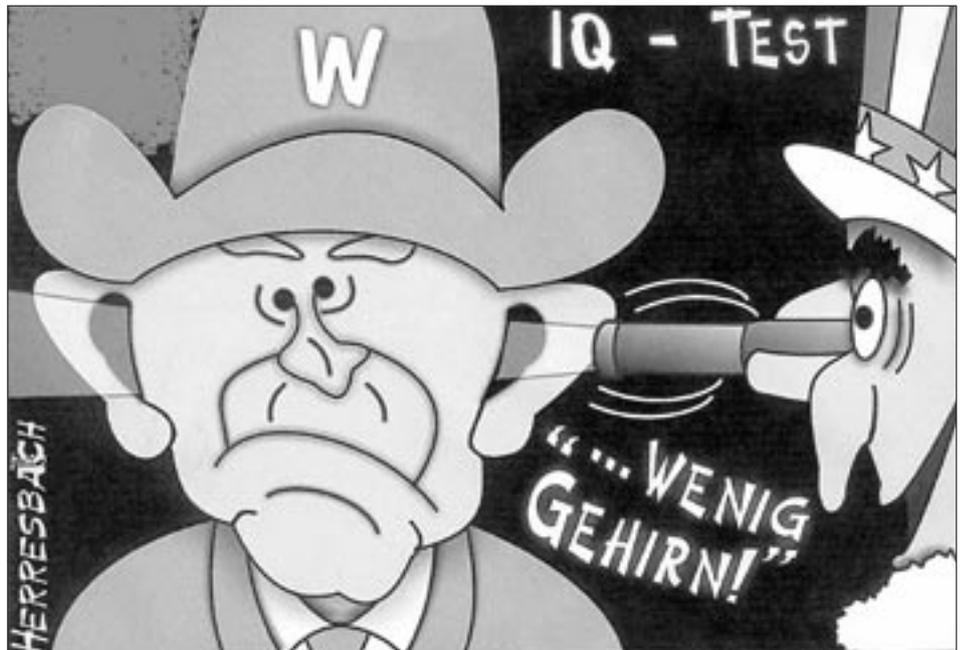
Wie dem Humanismus verpflichtete Bewegungen die wirklich terroristischen Mörderbanden der ganzen Welt auf den Plan rufen und schließlich nicht selten von ihnen im Blut erstickt werden, zeigte der faschistische Putsch in Chile 1973 gegen die Regierung Salvador Allendes. Dieser Staatsstreich war im wesentlichen von der CIA vorbereitet worden, wurde aber von allen Diktaturen Lateinamerikas und Veteranen der französischen Fremdenlegion, die im Algerienkrieg zu international führenden Spezialisten für das Foltern und Verschwindenlassen von „Terroristen“ wurden, tatkräftig unterstützt. Dennoch wird der Widerstand gegen jede Form des Terrors – vor allem auch des staatlichen – und die konsequente Ablehnung terroristischer Methoden, egal ob physisch oder psychisch, im politischen und militärischen Kampf der einzige Weg zu einer menschlicheren Gesellschaftsform sein. Oder, um es anders auszudrücken: Man kann das Paradies nicht mit den Mitteln der Hölle errichten.

Der Schwur

Der Weltgendarf feiert seinen Helden.
 Alle sind da, die von ihm Bestellten,
 der Papa, die Mama,
 die ganze Verwandtschaft,
 die eig'ne Familie, die Kinder, die Frau,
 denn die weiß genau,
 was in ihm wühlt, wie er sich fühlt
 als Größter der Großen.
 Die eitlen Deutschen,
 die geschlagenen Russen,
 die eingebildeten Franzosen,
 was wollen die schon erreichen?
 Mir kann keiner der anderen gleichen.
 Ich befreie die Welt von der Tyrannei,
 mein Land ist natürlich nicht dabei,
 im Gegenteil, ich habe den Auftrag
 vom Schöpfer, vom Herrgott erhalten,
 den ganzen Erdball umzugestalten.

Er hebt eine Hand zur Eidesformel,
 führt die andre zum Herzen und schwört:
 Die Welt fortan nur uns gehört.
 Die Schurken- und Tyrannenstaaten
 und andere dumpfe Potentaten,
 die werde ich zwingen, mich anzuerkennen
 und mich den Groß-Demokraten zu nennen.
 So wahr mir Gott helfe!

Rudolf Dix



RF-Satireseite

Warum nicht in Nürnberg?

Politische Beobachter fragen sich, warum USA-Präsident George W. Bush bei seinem jüngsten Deutschland-Besuch in Mainz statt in Nürnberg empfangen worden ist. Die „Stadt der Reichsparteitage“ und der Kriegsverbrecherprozesse zur Ahndung des dort Beschlossenen und danach Exekutierten wäre sicher der geeignetste Ort gewesen, um den Henker von Falludscha, der die Welt mit staatlichem Terrorismus überzieht, würdig zu begrüßen. Hat sich der Bundeskanzler die Möglichkeit etwa deswegen entgehen lassen, weil er selbst an Jugoslawien gedacht hat? **S. R.**



Es bestehen keine Zweifel, daß sich der Kapitalismus weltweit unaufhaltsam auf eine für die Menschheit folgenreiche Krise zubewegt. Hier handelt es sich um mehr als ein Hangeln von einem Krisenzyklus zum anderen. Die Statik des kapitalistischen Systems gerät dramatisch aus den Fugen.

Eingeweihte in den USA zeichnen keineswegs eine ökonomische und soziale Apokalypse, wenn sie von einer der schwersten Depressionen der „neuzeitlichen Zivilisation“ (gemeint ist natürlich das imperialistisch dominierte System) sprechen. Sie sind der Auffassung, daß die Lage schlimmer sei als in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Als Ursachen nennen sie vor allem den freien Fall des Dollars gegenüber dem Euro, die Zahlungsbilanzdefizite der USA, die u. a. die Abwertung des Dollars bewirken, die enorme Spekulation bei Rohstoffpreisen, die deren Ansteigen bedingt. Das Finanzsystem werde weltweit zusammenbrechen. Dieser Crash aber dürfte alle bisherige Vorstellungskraft übersteigen.

Der italienische Bankier und frühere Minister Paola Savona ist der Überzeugung, daß nach Bushs Wiederwahl ein „monetäres Hiroshima“ in greifbare Nähe gerückt ist“.

In ein solches Meinungsbild reiht sich Prof. Heiner Flassbeck, Chefökonom der UNCTAD, ein, der die Risiken für das Weltfinanz- und Wirtschaftssystem zwar ebenfalls im immensen amerikanischen Leistungsbilanzdefizit sieht, aber zugleich den Europäern die Schuld gibt, weil sie sich weigern, einen Beitrag zum Wachstum der Weltwirtschaft zu leisten. „Dadurch ist eine schwerwiegende Krise des Weltwährungssystems vorprogrammiert.“ Er spricht sich gegen eine restriktive Finanzpolitik und somit gegen einen deflationären Kurs aus, der Ausdruck eines primitiven monetären Nationalismus sei. Flassbeck warnt davor, daß die USA zu protektionistischen Maßnahmen greifen werden, anders könne das Leistungsbilanzdefizit nicht aufgefangen werden.

Interessant ist, daß auch „Der Spiegel“ angesichts des Aufschwungs in den Konzerne und der Lähmung in der Fläche, also im gesamtwirtschaftlichen Maßstab, Unbehagen empfindet. Das Nachrichten-Magazin stellt die Frage, was mit den Rekordgewinnen der Topkonzerne (E.on, Siemens, BASF) geschehe. Kritisch wird die paradoxe Situation registriert, die darin besteht, daß die Gewinne der Großunternehmen explodieren und das Land stagniert. Sie dienen vor allem dazu, Milliarden Euro an die Kapitalanteileigner als Dividende auszuschütten, Umschau nach Übernahmeprojekten, nach Neuerwerbungen zu halten und Aktienrückkäufe vorzunehmen.

Rücklagen würden kaum aufgestockt, die Investitionsquote in der Realwirtschaft sei zu niedrig, dadurch bestünde die Gefahr, daß Maschinen und Anlagen veraltet und der Strukturwandel gehemmt werde. Innovationen werden nur dann vorgenommen, wenn schnelle Renditen eingefahren werden können. Durch die

Großunternehmen erfolge eine Abkoppelung von der Konjunktur im Lande, zumal sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit ins Ausland verlagere. „Der Spiegel“ beklagt die Schwächung der Binnenkonjunktur durch Kostendruck, insbesondere durch Personalkosten. Ein Konzept zur Lösung der Widersprüche gibt er ebensowenig wie eine Sichtweise auf weltwirtschaftliche Auswirkungen.

Welche Strategien werden nun zur Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft angeboten? Prononciert tritt Flassbeck gegen die deflationäre Politik innerhalb der EU auf. Dieser Konzeption folgend kritisiert er den Maastricht-Vertrag, der seiner Meinung nach die entscheidende Option der Marktwirtschaft zerstöre, nämlich Wirtschaftskrisen und andere strukturelle Verwerfungen mit Hilfe einer

beseitigen und die Arbeitslosigkeit durch die Intervention des Staates grundlegend aus der Welt zu schaffen. Das Beziehungsgeflecht zwischen dem Mehrwertgesetz als dem ökonomischen Grundgesetz der kapitalistischen Produktionsweise, dem Gesetz der kapitalistischen Akkumulation sowie dem Gesetz der Anarchie und Konkurrenz, wobei die letztgenannten Gesetze zwangsläufig zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals führen, steht einem gesellschaftlichen Optimum entgegen.

Marxisten dürfen sich keineswegs an Systemreparaturen des Kapitalismus beteiligen, sei es durch Vorschläge für kleine oder größere Bierdeckel Merzcher Prägung über ein angeblich ausgewogenes steuerrechtliches Konzept oder um Detailanregungen zur Verbesserung von

Strategiedebatte des Kapitals: ein Zug ohne Bremsen

expansiven Kreditpolitik zu überwinden. Der Ruf nach einem tragfähigen „Neuen Bretton-Woods-Abkommen“ wird laut, um das auf den Dollar gestützte internationale Finanzsystem durch ein multilaterales Währungssystem mit festen Wechselkursen zu sanieren. Der Staat müsse eingreifen, so lautet die Forderung, um die Wirtschaft durch großdimensionierte Infrastrukturprojekte anzukurbeln. Flassbeck beruft sich hier auf Wilhelm Lauterbach, der das keynesianische Denken 1931 mitten in der Weltwirtschaftskrise belebte. Ziel dieser Strategien ist es, der Selbstzerstörung des Kapitalismus entgegenzuwirken. Der Zug ohne Bremsen soll aufgehalten werden. Nicht zu übersehen ist, daß die Vertreter des Keynesianismus noch einsame Rufer in der Wüste sind. Ihre Wegmarken haben sie jedoch in Konfrontation zur heutigen Wirtschaftspolitik geprägt, ohne daß ihre harsche Kritik die kritische Masse erreicht hat. Es bedarf keiner tiefschürfenden Argumentation, um zu erkennen, daß auch dieser gedankliche Ansatz der Vertreter des Kapitals ins Leere gehen muß, denn sie vermögen nicht, die Krisen und sozialen Deformationen des Kapitalismus zu

Hartz IV oder der Agenda 2010. Es darf nicht um die Erledigung von Hausaufgaben zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus gehen, schon gar nicht um eine Regierungsbeteiligung, die einer solchen Zielsetzung dient. Für uns geht es darum, das kapitalistische System zu überwinden, da dieses inhuman ist und der Menschheit keine Zukunftsperspektiven bietet. Auf dem Weg hierzu sind Übergangslösungen unabdingbar, deren Formen auch von der Strategie des Kapitals abhängen. Sie müssen vor allem in Forderungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Lohn- und Sozialabhängigen münden.

Front zu machen gilt es gegen die Privatisierung staatlicher und kommunaler Aufgaben. Übergangslösungen müssen politische, ökonomische, soziale und kulturelle Alternativen zum Inhalt haben und dürfen das Ziel einer grundlegenden sozialistischen Umgestaltung des Gesellschaftssystems nicht aus den Augen verlieren. Es wäre illusionär zu glauben, daß diese ohne Kampfaktionen größten Ausmaßes zu haben wäre.

Prof. Dr. Werner Roß

Wir gratulieren

Zwei hochverdiente Mitarbeiter des „RotFuchs“ begehen große Jubiläen.
Am 13. März wird der bekannte Journalist und ausgewiesene Ökonom **Walter Florath** aus Berlin **80 Jahre** alt.

Er gehörte jahrelang zu unseren profiliertesten Autoren.

Am 10. März begeht **Dr. Hans-Dieter Krüger** aus Halle seinen **75. Geburtstag**.

Er hat sich als Chefredakteur der SED-Bezirkszeitung „Freiheit“ und als Verfasser wichtiger „RotFuchs“-Beiträge einen Namen gemacht.

Beiden Jubilaren gehören unsere Sympathie und unser Respekt. Herzlichen Glückwunsch!

Im Januar „RotFuchs“ kann man zu der bei Manfred Nauendorf aufgeworfenen Thematik Zutreffendes lesen. Jedoch vereinfacht die Bestimmung von Karl Polak diese Frage. Das zeigt sich auch im angeführten Beitrag. Es wird zwar festgestellt, daß das Recht von Marx und Engels historisch-materialistisch gefaßt wurde. Überhaupt sind der bürgerliche Staat und das bürgerliche Recht der BRD heute imperialistisch wahrnehmbare Erscheinungen. Warum aber dann die „Abhebung“ und „Verklammerung“ von Recht und Staat zum „Rechtsstaat“, wenn bereits fundierte marxistische Aussagen vorliegen? Diese Frage bedarf auch deshalb einer Antwort, weil Rechtsstaatsprobleme oft als My-

zu begrenzen – ohne allerdings eine „Herrschaft des Rechts“ zu begründen.

2. Die Rechtsstaatlichkeit ist heute in eine historisch-dialektische Betrachtungsweise einzubeziehen. Wie? Der Rechtsstaat ist nichts Überirdisches; gebunden an einen bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstand verkörpert er als Produkt des Kapitalismus eine zivilisatorische Errungenschaft, die allerdings keinesfalls gegen Deformationen und Beseitigung gefeit ist. In seiner historisch-konkreten Erscheinungsform ist der gegenwärtige deutsche Rechtsstaat ein bürgerlicher, der als optimale rechtlich-staatliche Form einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft fungiert; und zwar gefaßt als Beziehung

wicklung des Kapitals; und zwar unter Nutzung geschichtlich-zivilisatorischer Errungenschaften. Der Rechtsstaat kann also niemals ein Staat der „Gerechtigkeit“, der „Gleichheit“, der „Menschlichkeit“ und des „Friedens“ sein, wie sich Harry Milke („RotFuchs“/August 04) diesen Staat als Matrix für seine Ablehnung wünscht; und zwar mit Argumenten, die für den Rechtsstaat als eine Erscheinung des bürgerlichen Klassenstaates völlig zutreffen.

3. Der Rechtsstaat befindet sich somit im Spannungsverhältnis von zivilisatorischem Fortschritt und bürgerlich-kapitalistischer Existenz. Deshalb ist es auch möglich, daß er als eine optimale und zweckmäßige politische und rechtliche Form für die Herausbildung eines neuen historischen Subjekts zwecks Aufhebung des Kapitalismus und sozialistischer Gesellschaftsentwicklung fungieren könnte. Artikel 15 des Grundgesetzes der BRD schreibt den Kapitalismus nicht fest; er ist vielmehr die verfassungsrechtliche Legalisierung einer echten Alternative gegenüber der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft. Der Kampf der Linken für die Realisierung dieser juristischen Möglichkeit ist deshalb verfassungsgemäß.

4. Die historisch-konkrete Betrachtung des Rechtsstaates zeigt allerdings gleichfalls an, daß es nicht nur dessen Bejahung gibt, sondern auch eine Verneinung: eine generelle als abstrakte oder reale Möglichkeit, die sich in die Wirklichkeit verwandeln kann und eine punktuelle und partielle Negierung und Begrenzung durch Abbau und Deformation bedeutet. Und im Rechtsstaat BRD zeichnet sich schon seit langem ein solcher Deformationstrend ab: Machtverschiebungen vom Parlament zur Exekutive sowie die verselbständigte Funktion des Bundesverfassungsgerichts mit deutlichen Tendenzen, jenseits parlamentarischer Entscheidungen eine Super-Legalität zu begründen. Mit der faktischen und juristischen Eroberung und Unterwerfung der DDR wurde in erheblichem Umfang „rechtsstaatliches Unrecht“ gesetzt. Der Neofaschismus erfährt eine zunehmende staatlich-juristische Begünstigung. Die gegenwärtige soziale Konterrevolution erschüttert den Rechtsstaat bis ins Mark. Und. Alles, „was der Rechtsstaat anfaßt, wird Recht, auch wenn es gegen noch so viele Gesetze verstößt. Ob er Gespräche zwischen Inhaftierten und deren Verteidigern abhört, Beweismittel unterdrückt, illegal Daten speichert oder – um den Gesetzgeber zu schärferer Gangart anzuspornen – sogar ‚terroristische Gewaltakte‘ verübt ... in den Händen des Rechtsstaates wird notfalls mit dem rechtfertigenden Notstand des § 34 StGB alles zu Recht.“ (Helmut Ridder)

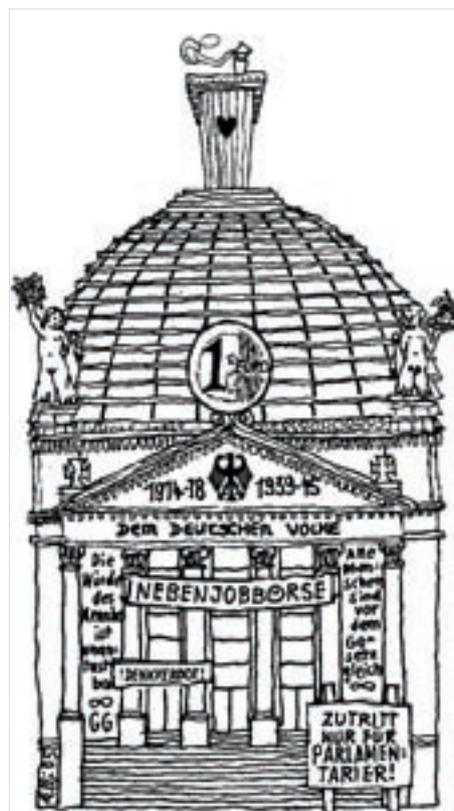
5. Ein sich am historischen Horizont abzeichnender Nach-Rechtsstaat ist also nicht auszuschließen. Deshalb ist Verteidigung des Rechtsstaates angesagt. Auch der bürgerliche Rechtsstaat muß als Gesellschaft begriffen, erfahren und verändert werden; er ist ein Kampffeld von eigener Art. Er ist Widerstand und hierzu äußerst geeignet, als Form längst nicht erschöpft. **Prof. Dr. Ingo Wagner**

Rechtsstaat BRD: Legende und Wirklichkeit

then oder substanzlose Blankettaussagen abgetan werden. Deshalb hierzu einige Anmerkungen.

1. Obwohl die BRD den Rechtsstaat als verfassungsrechtliche Kategorie festgeschrieben hat: die oder eine wissenschaftliche Bestimmung des Rechtsstaates gibt es nicht. Die diesbezüglichen philosophisch-politischen und rechtstheoretischen (sowie juristischen) Schöpfungen sind niemals in der geforderten Form verwirklicht worden. Allerdings: Im Unterschied zu Überlegungen von Marx im 19. Jahrhundert zum Zeitablauf der sozialistischen Revolution hat sich heute – zugleich durch die Niederlage des realen Sozialismus – das Zeitfenster für die Aufhebung des Kapitalismus weiter geöffnet. Deshalb sind verstärkt die Errungenschaften der menschlichen Zivilisation für den gesellschaftlichen Fortschritt und die sozialistische Sache zu nutzen. Hierzu gehört auch der Rechtsstaat als eine fortschrittliche Komponente im welthistorischen Prozeß der Entwicklung der staatlich-rechtlichen Organisation der menschlichen Gesellschaft. Er stellt gegenüber dem Feudalstaat, in dem monarchistische und polizeiliche Willkür herrschte, einen gesellschaftlichen Fortschritt dar. Aber nicht nur das. In der (Natur-)Philosophie von Grotius (1583–1645), Pufendorf (1632–94), Locke (1632–1704), Hobbes (1588–1679), Spinoza (1632–77), Montesquieu (1689–1755), Rousseau (1712–78), Wolff (1679–1754) und Thomasius (1655–1728) lassen sich bereits solche Facetten rechtsstaatlicher Ideen finden, in denen das Individuum mit seinen Rechten in den Mittelpunkt des Universums gerückt wird – verbunden mit der sich aus der kulturellen Komponente ergebenden Möglichkeit des Rechts, auf Politik und Staat zurückzuwirken, die Staatsgewalt

zwischen dem rechtlich-staatlichen Leben insgesamt und den historisch-konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen als „Inhalt“. Mit anderen Worten: Er ist in die Dynamik der kapitalistischen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise und des ihr entsprechenden politischen Systems eingeordnet. Sein Zweck besteht also in der historisch-optimalen Regulierung von sozialen, individuellen und gesellschaftlichen Gegensätzen in Form des politischen Menschenrechtsschutzes im Interesse der „naturgesetzlichen“ Ent-



Grafik: Karlheinz Effenberger

Verfassungsrecht – Rentenrecht – Rentenstrafrecht – Wertneutralität sind Begriffe, die in jüngster Zeit erneut für Schlagzeilen und Diskussionen gesorgt haben. Wir fragten Dr. Wolfgang Stuchly, Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins und Pressesprecher von ISOR e.V., nach den Gründen für solche Aktualität.

Im Juni/Juli 2004 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Beschlüsse gefaßt, mit denen wesentliche Veränderungen im Rentenrecht für ehemalige DDR-Bürger und damit auch für das Wirken von ISOR verbunden sind.

Hinter dem Kürzel ISOR verbirgt sich der lange Name Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V., ein Verein, der seit 1991 existiert, gegenwärtig rund 25 000 Mitglieder zählt, die in 181 Territorialen Initiativgemeinschaften (TIG) organisiert sind und vorrangig die sozialen Interessen ehemaliger Angehöriger der Versorgungssysteme der NVA, des MdI, des MfS und der Zollverwaltung der DDR vertritt.

ISOR ist wie der „RotFuchs“-Förderverein Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände (OKV) und kämpft wie seine Partner gegen Sozialabbau in ganz Deutschland und fortwährende Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Ausgrenzung ehemaliger DDR-Bürger, vor allem aber gegen verbliebenes Rentenstrafrecht und Versorgungsungerechtigkeiten.

Im Juli vorigen Jahres überraschte die Pressestelle des Bundesverfassungsgericht die Öffentlichkeit mit der Information, daß das BVerfG am 23. Juni 2004 einen lange erwarteten Beschluß dazu gefaßt hat. Im Ergebnis von drei Musterverfahren erklärte der Erste Senat des BVerfG die Entgeltbegrenzung für hohe und höchste DDR-Verantwortungsträger (sogenannte E-3-Gehaltsempfänger – über 31800 M im Jahr bzw. über 2650 M monatlich) auf den Durchschnitt aller Versicherten (1,0 EP - § 6 AAÜG) für verfassungswidrig.

Im Urteil wird der Gesetzgeber aufgefordert, bis zum 30. Juni 2005 eine entsprechende Regelung zu treffen. Von dieser Entscheidung sind hohe Offiziere und Dienststellungen der NVA, des MdI und der Zollverwaltung, darunter auch viele ISOR-Mitglieder, aber auch verantwortliche Leiter aus den sogenannten staatsnahen Zusatzversorgungssystemen der DDR betroffen. Wir freuen uns über diese Befreiung vom Rentenstrafrecht, ist sie doch

Ergebnis eines langjährigen, solidarisch geführten Kampfes.

Aber die 3. Kammer des gleichen Ersten Senats des BVerfG hatte einen Tag zuvor – sicher nicht zufällig – einstimmig beschlossen, die Verfassungsbeschwerde eines ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS der DDR gegen den § 7 AAÜG (Begrenzung der Rentenansprüche auf den Versichertendurchschnitt = Rentenstrafrecht) mit einer geradezu gegenläufigen Begründung nicht zur Entscheidung anzunehmen, also praktisch zurückzuweisen.

Knapp drei Wochen später, am 27. Juli 2004, wurden auch alle anderen diesbe-

zogen, Bestrahlungen, Psychopharmaka, Elektroschocks usw. lösten sich in Luft auf. Von den 20 MfS-Mitarbeitern wurden verurteilt: 12 zu Geldstrafen und 7 zu Freiheitsstrafen auf Bewährung. Wo war denn da die angeblich schwerwiegende Kriminalität? Das MfS ist juristisch rehabilitiert! Trotzdem werden Verleumdung und Ausgrenzung fortgesetzt. Nun müssen nicht nachgewiesene „überhöhte Einkommen“ und „Privilegien“ sowie überhaupt die bloße Zugehörigkeit zum MfS zur „Begründung“ herhalten. Der Gesetzgeber wurde vom Gericht nicht verpflichtet, entsprechende Überprüfungen durchzuführen. Frau Birthler weigert sich immer noch, die

Wofür steht eigentlich ISOR?

züglichen Verfassungsbeschwerden per Beschluß nicht zur Entscheidung angenommen, Vorlagebeschlüsse der Sozialgerichte wurden zurückgeschickt. Laufende Klage- und Widerspruchsverfahren gegen Entgelt- und Rentenbescheide haben für überschaubare Zeiträume keine Aussicht auf Erfolg, weil das BVerfG ausdrücklich die gesetzliche Regelung vom 27. Juli 2001 (2. AAÜG-ÄndG, 1,0 Entgeltpunkte) als verfassungskonform erklärt hat.

Also, das Rentenstrafrecht für Ostdeutsche bleibt erhalten! Wenn auch – von vielen Ungerechtigkeiten gegenüber Gruppen von DDR-Bürgern abgesehen – in dieser Form „nur“ noch gegenüber ehemaligen Angehörigen des MfS, unabhängig von Dienstalter, Dienststellung, Dienstgrad und Qualifikation, unbeschadet der Einzahlung von je 10 % des Bruttolohnes durch die Mitarbeiter und ihre Dienststelle in das Versorgungssystem!

Das ist natürlich politisch gewollte Willkür, eine hinterhältige Form sozialer Ausgrenzung und Ungleichbehandlung. Mit Wertneutralität des Rentenrechts hat das nichts zu tun.

Nachdem von über 100 000 gegen „staatsnahe DDR-Bürger“ eingeleiteten Ermittlungsverfahren (EV) – darunter viele gegen MfS-Mitarbeiter – nur 289 Verurteilungen, davon 20 gegen ehemalige Angehörige des MfS, übrigblieben, beendete Chefankläger, Generalstaatsanwalt Christoph Schaeffgen, resigniert seine Ermittlungstätigkeit. Die vorher öffentlich verkündeten schwerwiegenden Tatbestände wie Folter, Wasser-

vorhandenen Unterlagen der Finanzabteilung des MfS herauszugeben.

Diese Situation war dem ISOR-Vorstand Veranlassung, für den 8. Oktober 2004 eine außerordentliche Vertreterversammlung mit gewählten Delegierten aus den TIG, dem Vorstand, dem Beirat und zahlreichen Gästen einzuberufen. Die Versammlung bestätigte einmütig die Lageeinschätzung durch den Vereinsvorsitzenden Horst Parton, die „Konzeption zur Fortsetzung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht“ und die Entschliebung.

Als wichtigste Aufgaben wurden festgelegt: die Bewahrung der Einheit, Geschlossenheit und Solidarität nach innen und außen; die Fortsetzung des juristischen Kampfes auf der Grundlage der nunmehr weitgehend selbst zu erarbeitenden Datenbasis für die nahezu 200 000 Betroffenen (Rentner, Hinterbliebene, Anwärter); die massenhafte Absendung von Petitionen an den Deutschen Bundestag mit dem Ersuchen, zur Beseitigung verbliebener sozialer Ausgrenzung und Ungleichbehandlung beizutragen, in die vom BVerfG angewiesene gesetzliche Regelung die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS mit einzubeziehen; die Birthler-Behörde zu veranlassen, die benötigten Unterlagen zur Klärung der Einkommenssituation im MfS endlich herauszugeben.

Mitglieder, Verwandte, Freunde, Sympathisanten von ISOR – darunter auch „RotFuchs“-Leser – werden gebeten, die „Petitionsaktion“ persönlich und aus ihrer Sicht zu unterstützen.



1. März 2005: Gruß und Glückwunsch all unseren Genossen, die in der NVA – der einzigen deutschen Armee des Friedens – gedient haben!

Nach der Bibel hat Judas Ischariot, Jünger und Apostel Jesu, seinen Herrn und Meister aus Habgier oder politischer Enttäuschung verraten. Daraufhin wurde Jesus von Nazareth ans Kreuz geschlagen. Judas erhielt für seinen Verrat 30 Silberlinge – viel Geld in der damaligen Zeit. Aber er wurde mit seiner Missetat nie fertig und erhängte sich schließlich. Betrachtet man die Menschheitsgeschichte, dann hat es Verrat und Verräter in allen Epochen gegeben. Geliebt und bezahlt wurde immer nur der Verrat, nie der Verräter. Allerdings schien es vor 15 Jahren, als würde es bei dieser Regel eine

Regionspartei-Komitees, ist ein großer Schwätzer, Du hast ja gesehen, wie er Kossygin einen Knoten in den Kopf redet. Kaum taucht hier ein großer Natschalnik auf, schon ist er da und kratzt sich ein'... Wie viele Menschen meines Berufs vertraute ich meinem ersten Eindruck von Gorbatschow, und der war gleich null. Anfangs schienen seine Handlungen (als höchster Repräsentant der UdSSR) die allgemeinen Erwartungen zu erfüllen ... Was mißtrauisch stimmte, war die absurde Antialkoholkampagne. Zweifellos wurde im Volk stark getrunken ... Die Flasche war eine zugängliche Freude, eine

mächtige UdSSR und andere sozialistischen Länder Europas schnurstracks in Richtung Restauration des Kapitalismus. Doch er redete und redete und ergötzte sich an den „Gorbi-Gorbi-Rufen“ der Verblendeten.

Auch Alexander Jakowlew, eine der widerlichsten Figuren aus dem Sumpf zum Antikommunismus konvertierter „Sowjetführer“ befaßt sich in seiner Autobiographie „Abgründe meines Jahrhunderts“ mit Gorbatschows Charakter. Er schreibt über seinen Politbüro-Kollegen und einstigen Vorgesetzten: „Er konnte, falls es notwendig wurde, jede Frage in Worten ertränken und diese geschickt aneinander reihen ... Geschickt verbarg er hinter einem Wortzaun seine tatsächlichen Gedanken und Absichten ... Als geborener und begabter Schauspieler düsterte es ihn ständig nach Resonanz, Lob, Unterstützung, Anteilnahme und Verständnis ... Liebediener inspirierten ihn, er fing an, von sich selbst in der dritten Person zu sprechen: ‚Gorbatschow denkt‘, ‚Gorbatschow sagte‘, ‚man möchte Gorbatschow etwas aufdrängen‘, um sich dabei unentwegt auf die Meinung des Volkes zu berufen.“

Welches Doppelspiel dieser politische Scharlatan betrieb, verdeutlichen zwei authentische Äußerungen Gorbatschows im Abstand nur weniger Jahre. Am 16. 4. 1986 schrieb er beim Besuch der Staatsgrenze zu Westberlin in das Gästebuch des Stadtkommandanten der Hauptstadt der DDR: „Am Brandenburger Tor kann man sich anschaulich davon überzeugen, wieviel Kraft und wahrer Heldenmut der Schutz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden vor den Anschlägen des Klassenfeindes erfordert. Die Rechnung der Feinde des Sozialismus wird nicht aufgehen. Das Unterpfand dessen sind das unerschütterliche Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR sowie das enge Zusammenwirken der Bruderländer im Rahmen des Warschauer Vertrages.“

Als er diese Eintragung vornahm, handelte er als höchster Repräsentant des sozialistischen Lagers und zugleich oberster Befehlshaber der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages. Nur wenige Jahre später gab sich Gorbatschow ganz anders. Am 20. 12. 2004 erklärte er vor Schülern der Hildegard-Wegschneider-Oberschule in Berlin-Wilmersdorf: „Wenn ich mich an die Mauer in Berlin erinnere, spüre ich heute noch Entsetzen über dieses Bauwerk.“

Gorbatschow ist der erste und einzige Generalsekretär, der seine Unterschrift unter das Dekret über das Verbot der von ihm geführten Partei gesetzt hat. Er ist auch der einzige Präsident in der Weltgeschichte, der den von ihm repräsentierten Staat eigenhändig zerschlug. Es ist unerheblich, ob er nur ein prinzipienloser Karrierist oder ein Verräter von Anfang an gewesen ist. Ein Judas war er allemal. Die „Sunday Times“ vom 15. Dezember 1991 berichtete, daß er sich vor seinem Auditorium mit den Worten verneigte: „Mein Lebenswerk ist getan.“

Ernst-Otto Christalle

Ein Judas namens Gorbatschow

Ausnahme geben: M. S. Gorbatschow. Als er am 11. März 1985 zum Generalsekretär der KPdSU und später zum Präsidenten der UdSSR gewählt wurde, glaubten viele zunächst an einen neuen Messias. Gorbatschows frühe Reden erzielten Wirkung.

Der Schriftsteller Anatoli Rybakow schildert in seinen als „Roman der Erinnerungen“ bei Aufbau erschienenen Memoiren, daß alle Vorgänger Gorbatschows Gefängnis und Verbannung hinter sich hatten oder zu den Kriegsteilnehmern zählten. „Gorbatschow hingegen war ein wohlversorgter, erfolgreicher Parteiapparatschik, der zur herrschenden und privilegierten Machtspitze gehörte.“ Dann schildert er seine erste Begegnung mit dem Blitzaufsteiger.

„Einmal bekam ich vom Literaturfonds einen Kurscheck für das Sanatorium ‚Rote Steine‘. Die Mitglieder des Politbüros bewohnten hier Datschen, nur Kossygin (der damalige sowjetische Ministerpräsident) wohnte im allgemeinen Gebäude.

Im Kislowodsker Stadtsowjet arbeitete ein Regimentskamerad vom 4. Garde-Schützenkorps, der besuchte mich manchmal. Einmal gingen wir beide hinunter in die Halle. Da saß Kossygin und bei ihm ein mittelgroßer, gutgenährter Mann, der, das sah man sofort, an seinen Sessel, seine Sonderkantine und seine Sonderrationen vom Gebietspartei-Komitee gewöhnt war ... Draußen sagte mein Freund über ihn: ‚Gorbatschow, der Sekretär unseres

erlaubte Freiheit. Aber statt die Ursachen zu beseitigen, beschritt Gorbatschow den üblichen Weg der Verbote. Läden und Brennereien wurden geschlossen, Weinberge gerodet. Nun brannten die Menschen selber – war Moskau eine englische oder amerikanische Stadt geworden? Reklame für Ferienorte auf den Bahamas – für wen, für unser bettelarmes Volk? Unzählige Kioske mit Wodka und Cognac – amüsiert euch, Jungs! Supermärkte mit ausländischen Lebensmitteln. Nichts Eigenes – Rußland produzierte nicht mehr. Überall Dollars, Dollars, Dollars.“ Und Rybakow schlußfolgerte: „Der russische Mensch hat nie nach Luxus gestrebt, sondern nach einem ruhigen, würdigen, geistigen Leben, nach Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Die kapitalistische Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Ausprägung wird nie eine russische Idee werden ...“ Hatte Gorbatschow nicht wiederholt in Gesprächen auch mit Repräsentanten der DDR versichert, seine Doppelpolitik aus Glasnost und Perestrojka ziele darauf ab, den Sozialismus zu erneuern, ihn zu stärken und seine unerschöpflichen Potentiale freizusetzen? Er hat schlicht und einfach gelogen. Unter ihm marschierten die einst

Die noch an der Wende der Jahre 1936/37 umstrittene Umbildung der Parteimilizen zur spanischen Volksarmee war überlebenswichtig. Im Laufe der knapp drei Kriegsjahre wurden auf Francos Seite nach und nach annähernd 230000 erstklassig ausgebildete und bewaffnete ausländische Militärs eingesetzt. Deutschland steuerte 25000 Spezialisten bei, darunter viele Kampfflieger, Mussolinis Italien war insgesamt mit vier kriegsstarke Divisionen und zwei gemischten Brigaden präsent, dazu starken Luftwaffen- und Marineverbänden, alles in allem mehr als 120000 Mann, Marokko entsandte an eigenen Staatsbürgern und Fremdenlegionären etwa 85000 Mann, hinzu kamen rund 10000 Salazar-Portugiesen. Der Republik eilten freiwillig etwa 40000 ausländische Antifaschisten aus 53 Staaten zu Hilfe. Wieviel Hingabe, doch auch was für ein Ungleichgewicht! Aus kurzem Bürgerkrieg und Revolution hatte sich ein regulärer Krieg zwischen Staaten entwickelt. Mit Milizen konnte die Republik in Schlachten auf freiem Terrain nicht mehr gehalten werden. Die PCE hatte den Mut, unter Hintanstellung von Eigeninteressen mit der Umstrukturierung ihrer Milizen auf militärische Erfordernisse zu beginnen. Das paßte nicht in das Bild der Anarchisten, Liberalen und Sozialdemokraten. Diese hegten Zweifel. Barcelona, eine hochwichtige Industriestadt, lag im Hinterland der Aragon-Front. Die Fabriken waren beschlagnahmt und unterstanden zum überwiegenden Teil der Gewerkschaft CNT. Doch die Möglichkeiten für Waffenproduktion und Versorgung der eigenen Front wurden völlig unzureichend genutzt. Wie aus Geschichtsbüchern zu entnehmen ist, blieb es an der Aragon-Front über Jahre ruhig. Eine Ausnahme bildete die Belchite-Offensive im August 1937 unter Beteiligung der Internationalen Brigaden.

Ich stand damals im abgeschnittenen und erbittert berannten Baskenland in den Reihen des sozialistischen Jugendbataillons Thomas Meabe, hart bedrängt von hitlerdeutschen und italienischen Kampfflugzeugen sowie verschiedenen Divisionen. Wir hofften, die ausgeruhte Aragon-Front würde uns entlasten. Da erreichte uns plötzlich die zuerst unwahrscheinlich klingende Nachricht: Hinterlandputsch der trotzkistischen POUM in Barcelona! Kümmerliche Ausrede, man wolle die Revolution weiter voranbringen ... Alle waren bei uns empört: Verrat! Am 3. Mai 1937 war geputscht worden. Am dritten Abend des Aufstandes riefen die anarchistischen Mitglieder der Republikregierung ihre Anhänger auf, den „verheerenden Bruderkrieg einzustellen!“ Und was dann? Wer hatte angeordnet, gegen die Putschisten vorzugehen? Der bürgerliche britische Historiker Thomas schrieb in „Der Spanische Krieg“, der

rechtssozialdemokratische damalige Kriegsminister Prieto sei es gewesen. Und wer hatte das Kommando der Guardia de Asalto inne? Oberstleutnant Emilio Torres Iglesias, der zuvor das Anarchistenbataillon „Tierra y Libertad“ befehligt hatte (auf englisch: „Land and Freedom“), soll es gewesen sein. Über die verfälschte Geschichtsdarlegung seitens des an und für sich hochbegabten britisch-trotzkistischen Filmemachers, der den gleichnamigen Streifen produzierte, habe ich in meiner Broschüre „Die kurzen Beine des Ken Loach“ das Notwendige gesagt.

angeklagten Exponenten aber im Oktober 1938 ein nicht zu beanstandender Prozeß gemacht wurde. Die POUM-Führer kamen mit geringen Strafen davon. Damit gelange ich zum Schluß: Der Aufstand gegen die Republik begann mit Verrat und endete mit Verrat. Großbritanniens Premier Chamberlain hatte Ende 1938 mit Hitler, Mussolini und Daladier das fatale Münchener Abkommen geschlossen. Österreich wurde geopfert, die Tschechoslowakei, aber auch Spaniens Republik. Und auf Juden wurde jetzt seitens der Westmächte kaum Rücksicht genommen, nicht einmal die Zufahrten

Erinnerungen des Spanienkämpfers Fritz Teppich (2 und Schluß)



Verteidiger der Spanischen Republik gehen an die Front

Nach wenigen Tagen war der POUM-Putsch bei großen Opfern beider sich bekämpfender Seiten beendet. Lange habe ich mich gefragt, weshalb es heute gewagt werden kann, diesen Verrat gewissermaßen als Hauptereignis des Spanienkrieges hinzustellen. Die Ermordung des POUM-Führers Nin, die bei den Verdrehungen eine große Rolle spielte, paßte sicher nicht in das Konzept der Landes- und Republikregierungen, die harte Gegenmaßnahmen vermieden. Bekannterweise wird in jedem Staat der Erde, voran den USA bis hin zu Frankreich mit seinem Wüten nach den Soldatenrevolten bei Verdun 1917, gegen Teilnehmer und gar Einpeitscher von Putschen im Rücken kämpfender eigener Truppen mit Erschießungen nicht gezeigt. Doch weitgehend verschwiegen wird nun, daß unter Ministerpräsident Dr. Negrin die POUM in der Folge zwar verboten, ihren

nach Auschwitz und anderen Vernichtungslagern unterbrachen sie später durch Luftbombardements. Chamberlain wollte nicht zufällig den spanischen Krieg schleunigst beenden. Er nutzte Fäden zum Kommandeur der republikanischen Madridfront, dem Berufsoffizier Casado. Sein Vorhaben einer Kapitulation vor Franco fand Zustimmung bei einem Flügel der Sozialisten und einer Mehrheit der Anarchosyndikalisten. Deren Gewährsmann war u. a. Gipriano Mera, Befehlshaber des IV. Armeekorps in Madrid. Er versetzte der Sache des spanischen Anarchismus einen schweren Schlag, von dem sich diese Bewegung nie erholen konnte. Nachdem Frankreich der spanisch-republikanische Rückhalt derart genommen war, konnte Hitler knapp sechs Monate später den Zweiten Weltkrieg auslösen. Der sollte insgesamt über 50 Millionen Menschen das Leben kosten.

Vor 20 Jahren wurde in Managua, im Nordosten der Hauptstadt Nicaraguas, ein Krankenhaus mit dem Namen Carlos Marx gegründet. Am 24. Januar 2005 besuchten 36 Veteranen der ehemaligen FDJ-Brigaden das Hospital und nahmen an einer zweitägigen internationalen Konferenz teil, die Fragen der lebenswichtigen Gesundheitsversorgung durch das heutige Hospital Aleman Nicaraguense (HAN) und den Möglichkeiten einer künftigen deutschen Unterstützung für das Krankenhaus gewidmet war. Dr. Abraham Villanueva, Direktor des Krankenhauses, hieß die Gäste willkommen, fand herzliche Worte der Dankbarkeit für die einstige Solidaritätsbrigade aus der DDR und betonte: „Der Samen, der damals gesät wurde, bleibt unvergänglich.“ Zu alle Teilnehmer bewegenden Szenen kam es während des Vortrags von Dr.

und dem Ministerium für Gesundheitswesen Nikaraguas ein Vertrag unterzeichnet. Bereits am 30. Juni traf das Motorschiff „Quedlinburg“ mit 18 Zelten, 3 OP-Containern, 1 Apotheke, 1 Labor, 1 Gerät für Radiographie, 1 Sterilisator und 63 freiwilligen DDR-Bürgern an Bord ein. Unter den Helfern befanden sich Ärzte, Krankenschwestern und medizinisch-technisches Personal. Nur sieben Wochen später stand das „Zelt-Krankenhaus“. Dr. Wolfgang Jülich erinnert sich heute: „Die Nikaraguaner bewunderten uns, wie wir uns trotz der Hitze ins Zeug legten.“ Dr. Jutta Dörfel, jetzt Kinderärztin in Berlin, betonte: „Wir waren hier mit all unserer Solidarität.“ Am 23. Juli 1985 öffnete das Krankenhaus seine „Pforten“. Auch 13 nikaraguanische Krankenschwestern gehörten zum Personal. Operiert wurde zunächst in drei

ten auch augenärztliche Untersuchungen und die Bereitstellung von Brillen. 1989 kamen die ersten nikaraguanischen Fachkräfte (darunter auch einige nach einem Studium in der DDR) ans Krankenhaus. Seit 1986 erfolgte auch die Facharztzubereitung zum „Integralmediziner“ oder „Familienarzt“, vergleichbar mit unserem Facharzt für Allgemeinmedizin. Inzwischen kann das Hospital, das den Status eines Universitätskrankenhauses erhielt, 13 Jahrgänge dieser Qualifizierung ausweisen.

Die Veränderungen, die dann eintraten, beschrieb die Zeitung „La Prensa“ in ihrer Ausgabe vom 25. Januar 2005 mit folgenden Worten: „1989 fiel die Mauer in Berlin, und die DDR hörte auf zu existieren. Die Freiwilligen mußten sich um ihr eigenes Schicksal kümmern und nach Deutschland zurückkehren. Die Einrichtungen in Managua gingen an die GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) über, und die Büste von Carlos Marx kam ins Museum des Krankenhauses ... Der politische Wechsel traf auch den Direktor Dr. Freddy Meynard und dessen multiples System der Selbstversorgung, das er gemeinsam mit seinen Kollegen ausgearbeitet hatte.“ Um den öffentlichen Sektor wenigstens zum Teil zu erhalten, bot man dem privaten Sektor verschiedene Dienstleistungen an. Das Krankenhaus stand vor finanziellen und strukturellen Problemen, wurde jedoch trotzdem 1992 zum „Modell für den öffentlichen Sektor“ erklärt. 1993 erhielt es eine Auszeichnung für die beste medizinische Versorgung in diesem Bereich auf nationaler Ebene. Unter der Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro erfolgte 1993 die Namensänderung in „Hospital Aleman Nicaraguense“ (HAN = Deutsch-Nikaraguanisches Krankenhaus). Dennoch kennt man es auch heute noch unter dem Namen Carlos Marx.

1997–1999 konnte sich das Krankenhaus selbst unterhalten. Es untersteht dem Ministerium für Gesundheitswesen. Das Hospital hat ein großes Arbeitspensum unter schwierigen Bedingungen zu bewältigen. So registrierte allein die Notfallaufnahme-Abteilung 30000 Patienten. 13000 Patientinnen wurden von der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe im Jahr betreut. In der Chirurgie wurden im Zeitraum Januar bis November 2004 insgesamt 1173 Patienten stationär, darunter 1160 operativ behandelt. Es fehlt trotz vorhandener Fachkräfte immer noch eine Abteilung für Intensivmedizin.

Der Aufenthalt der deutschen Veteranen des Krankenhauses bestätigte nicht nur, daß ihr Einsatz bis heute Früchte trägt, sondern auch eine Tatsache, die Dr. Michael Funke, einer der Organisatoren der Reise, so ausdrückte: „Nicaragua hat ... unsere Herzen geformt. Der Aufenthalt hier hat die meisten von uns in ihrem Leben geprägt.“ Man kann den Worten von Arno Ring voll glauben, der bemerkte: „Wir sind gekommen, um die Verbindung, die in den letzten Jahren verlorengegangen ist, wiederherzustellen.“

Bruno Mahlow aus Managua

Carlos Marx in Managua

Marlon Lopez, einem langjährigen Chirurgen und „leibhaftigen Inventar“ des Krankenhauses, zum Thema „Visite in der Vergangenheit – das Hospital Carlos Marx“. Die Ausführungen, die Dias und Fotos weckten Erinnerungen, man erkannte sich darauf, fiel sich nach vielen Jahren der Trennung in die Arme, brach in Freudentränen aus.

Zwei Jahrzehnte sind nun schon seit Gründung des Krankenhauses vergangen, sehr vieles hat sich in beiden Ländern grundlegend verändert, neue Generationen wachsen heran. Sie haben das Recht, die wahre Geschichte dieses Krankenhauses zu erfahren. Nach entsprechenden Vereinbarungen der Staatsführungen wurde im März 1985 zwischen der FDJ

OP-Containern der Nationalen Volksarmee der DDR. Die erste Operation galt einem Leistenbruch. Sie mußte wegen der geringen Containerhöhe und sehr niedrig angebrachter OP-Lampen in gebückter Haltung erfolgen.

Nach sechs Monaten begann die zweite Etappe. Es wurde mit dem Bau von Bungalows aus Fertigteilen begonnen, wobei auch die medizinischen Mitarbeiter Hand anlegten. Die diagnostische und therapeutische Qualität der Leistungen sowie die große Herzlichkeit aller im Hospital Tätigen sprachen sich sehr schnell im Land herum. Seit 5 Uhr früh bildeten sich Warteschlangen von Patienten, denen eine kostenlose medizinische Versorgung garantiert wurde. Zur Betreuung gehör-

Grüß unseren verdienten Veteranen!

Am **13. März** wird Genosse
Helmut Kühne aus Berlin
90 Jahre alt

Am **16. März** begehen
Werner Beetz aus Rostock
und am **21. März**

Helga Archut aus Berlin
ihren **80. Geburtstag**.

Sie fühlen sich dem „RotFuchs“
ebenso eng verbunden wie

Siegfried Serfling aus Jena,
der am **16. März**
sein **75. Lebensjahr** vollendet.

Natürlich grüßen wir auch
die Nachwuchs-Jubilare:

Dieter Burghagen aus Berlin
(**19. März**),

Günter Erdner aus Schwerin
(**28. März**) und

Margarete Schwock aus Berlin
(**31. März**) werden **65**.

Allen Genossinnen
und Genossen gratulieren wir in
fester Verbundenheit.

Kaum jemand zweifelt heute noch an den wirtschaftlichen Erfolgen der VR China. Auch 2004 betrug das Wachstum wiederum 9,5 %. In diesen Dimensionen entwickelt sich das Land bereits seit über 25 Jahren. Hinsichtlich der Gesamtwirtschaftskraft steht China heute bereits auf dem 7. Platz in der Welt. Analytiker der USA rechnen damit, daß die VR in 20 Jahren die größte Volkswirtschaft der Welt hat, größer als die der USA (Anteil an der Weltwirtschaft zu jenem Zeitpunkt: China 26 %, USA bleiben bei 22 %). Damit würde eine geostrategische Veränderung eintreten.

Immer wieder wird die Frage diskutiert, auf welchem gesellschaftlichem Weg sich diese Entwicklung vollzieht. Die KP Chinas erklärt dazu, daß das Land den sozialistischen Weg beschreitet. Die Gründung der VR China 1949 markierte das Ende halbfeudaler, halbkolonialer

die Armut überwinden. Obwohl wir jetzt davon sprechen, daß wir den Sozialismus schaffen, haben wir in Wirklichkeit noch keine Berechtigung dazu. Erst wenn wir Mitte des nächsten (des 21.) Jahrhunderts das Niveau der mittleren entwickelten Länder erreicht haben, können wir davon sprechen, daß wir tatsächlich den Sozialismus errichten.“

Am Ende der Kulturrevolution gab es auch Auffassungen, den sozialistischen Weg zu verlassen. Auf dem XV. Parteitag der KP Chinas 1997 sprach der Generalsekretär des ZK, Jiang Zemin, von dem damals aufgetretenen „irrigen Ansinnen, daß wir das Grundsystem des Sozialismus aufgeben sollten“.

Ein chinesischer Wissenschaftler erläuterte: Wir haben noch keinen Sozialismus, aber was wir machen, ist Sozialismus, kein Kapitalismus; China befindet sich am Anfang der sozialistischen Entwick-

lassen ist und gefördert wird. Dazu wird ausdrücklich betont, daß es hier um die Anfangsphase des Sozialismus geht, daß das Privateigentum eine aktive Rolle nur unter der Bedingung der dominierenden Rolle des Gemeineigentums spielen kann. *Zweitens:* Festhalten an der Diktatur des Proletariats in ihrer chinesischen Form, der demokratischen Diktatur des Volkes (d.h.: sozialistischer Staat, sozialistische Ordnung, kein „libertärer Sozialismus“, keine Verunglimpfung als „Etatismus“, als „Staatsfixiertheit“ des Sozialismus), *Drittens:* Festhalten an der führenden Rolle der KP Chinas (d.h. auch: keine Abwählbarkeit der Kommunistischen Partei durch eine bürgerliche Partei, was Systemwechsel bedeuten würde).

Viertens: Festhalten am Marxismus-Leninismus und den Ideen Mao Zedongs als der leitenden Ideologie.

Diese vier Grundprinzipien zu verlassen würde bedeuten, die Richtung zu ändern. Die Reform der Struktur des Wirtschaftssystems, so schätzten führende chinesische Politiker ein, ist wirtschaftlich schwierig und politisch riskant. Sie muß politisch und ideologisch abgesichert sein. Entsprechend der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus muß das Gemeineigentum die Basis der Wirtschaftsordnung bilden. Wenn das verlorengeht, verliert die Arbeiterklasse die wirtschaftliche Basis ihrer führenden Rolle. Mitunter wird die Restauration in der UdSSR und anderen ehemals sozialistischen Ländern fälschlicherweise als Niederlage des Sozialismus generell betrachtet. Auch China soll auf den Weg der Verwestlichung gezerrt werden. Erst unlängst hat Schröder dort eine Privatisierungspolitik wie in Ostdeutschland empfohlen. Die Antwort darauf gab der

Generalsekretär des ZK der KP Chinas bereits 1999. Er erklärte: „Im Ausland, teilweise auch in China, gibt es Forderungen nach Privatisierung. Wenn das staatliche Eigentum in großem Umfang in private Hände gehen würde, fiel es in die Hände einer kleinen Minderheit. Damit wäre die Basis für die sozialistische Gesellschaftsordnung liquidiert.“ Deng Xiaoping hat mehrfach erklärt, wenn China den kapitalistischen Weg einschlagen sollte, würde es ins Chaos fallen und könne Armut und Rückständigkeit nicht überwinden. Er hat auch betont, wenn manche Menschen befürchten, daß China kapitalistisch werden könnte, ist diese Befürchtung nicht ganz unbegründet. Der Schlüssel dafür liegt im Lande selbst, in der Fähigkeit von Partei und Regierung, den sozialistischen Weg zu sichern und damit eine bürgerliche Liberalisierung zu verhindern. Dies sei, betonte Deng Xiaoping, eine sehr langfristige Aufgabe.

Rolf Berthold

Chinas Weg zum Sozialismus (1)

naler Verhältnisse; es begann die Periode der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas 1956 wurde beschlossen, den Sozialismus in China zielstrebig aufzubauen. Es folgte aber eine Periode linker Fehler und gesellschaftlicher Zerrüttung: Großer Sprung, Volkskommunen, Kulturrevolution. Das führte zu einer tiefen gesellschaftlichen Krise. Es bestand die Gefahr des Verlustes der Errungenschaften der Revolution. Diese verhängnisvolle Entwicklung wurde mit der Tagung des ZK der KP Chinas im Dezember 1978 gestoppt. Der Kurs der Partei orientierte auf gesellschaftliche Stabilität und sozialistische Modernisierung. Eine Politik der Reformen und der Öffnung nach außen wurde eingeleitet, die wirtschaftliche Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt.

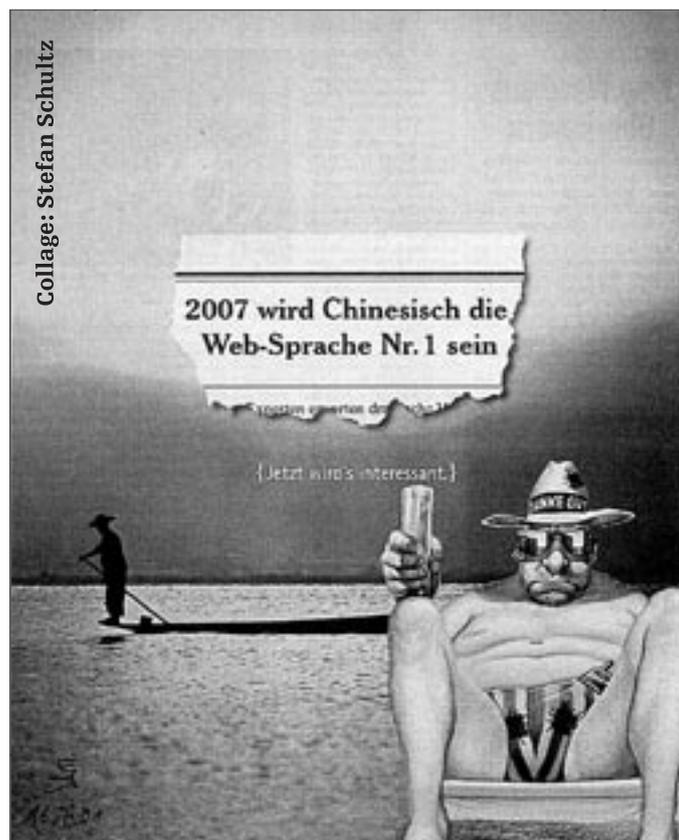
China ist ein sozialistischer Staat, befindet sich aber in der Anfangsphase des Sozialismus. In allen Dokumenten der KP Chinas wird ausdrücklich betont, daß diese Anfangsphase eine lange Periode sein wird. Das Land geht den sozialistischen Weg, in China existiert aber noch kein ausgereifter Sozialismus. (Angriffe gegen die Politik der KP Chinas in dieser Frage reihen sich in die heutige bürgerliche Propaganda ein, daß das „Kapitel Sozialismus“ abgeschlossen sei.)

Deng Xiaoping äußerte dazu: „Wir halten am Sozialismus fest. Um einen dem Kapitalismus überlegenen Sozialismus aufzubauen, müssen wir zuerst

lung, aber nicht auf dem Wege weg vom Sozialismus.

1979 wurde die sozialistische Richtung der Politik der Reformen und der Öffnung nach außen durch die Formulierung der „vier Grundprinzipien“ fixiert:

Erstens: Festhalten am sozialistischen Weg. Das heißt vor allem: Das sozialistische Gemeineigentum an Produktionsmitteln ist die Grundlage des sozialistischen Wirtschaftssystems – obwohl auch Privateigentum an Produktionsmitteln zuge-



Collage: Stefan Schultz

Diplom aus Übersee

Die in den USA erscheinende Wochenschrift „Russkaja Amerika“ (Russisches Amerika) und die dort ansässige Radiostation „Nasche Slowo“ (Unser Wort) haben Alexandr Lukaschenko als „besten Politiker des vergangenen Jahres“ gekürt. In einem Diplom, das dem Präsidenten Belorußlands als Auszeichnung verliehen wurde, heißt es, er sei dessen würdig, da er sich „für die Stärkung der Prinzipien guter Nachbarschaft und Partnerschaft in Europa“ eingesetzt und in diesem Zusammenhang den Kampf gegen neue Bedrohungen, für die Garantie der Stabilität in Staat und Gesellschaft geführt habe. Wochenschrift und Radiostation wurden von dem bekannten Schriftsteller Arkadij Mar, Autor von 12 Büchern und einer Fülle von Erzählungen, gegründet. Er lebte in Taschkent und emigrierte nach der „demokratischen“ Zerstörung der UdSSR in die USA. Dank freundschaftlicher und künstlerischer Verbindungen mit seinen Landsleuten in ehemaligen Sowjetrepu-

bliken kennt er sich im Leben der „neuen souveränen Staaten“ gut aus. Übrigens trägt das in den USA recht verbreitete Journal „Russkaja Amerika“ den Untertitel „Unabhängige Zeitung für unabhängige Meinungen“. In der belorussischen Presse wird der Standpunkt vertreten, das Blatt rechtfertige diese Devise. Es spiele den imperialen Ambitionen Washingtons nicht in die Hände und treibe mit dem Gewissen keinen Schacher. Alexandr Lukaschenko dankte den Mitarbeitern der russischsprachigen Medien in den USA für die Bewertung seiner Tätigkeit. „Dieser Beschluß“, erklärte er, „bestätigt, daß es in den Vereinigten Staaten viele Menschen gibt, die objektiv denken und nüchtern die reale gesellschaftspolitische und ökonomische Situation in der Republik Belarus einschätzen.“

**R. F., gestützt auf
„Prawda“, Minsker Büro
Übersetzung: Eberhard Bock**

Vor 100 Jahren: Petersburgs „Blutiger Sonntag“

Die Niederlage des kaiserlichen Rußlands im Krieg 1904/1905 mit dem Verlust von Port Arthur und der Versenkung seiner Baltischen Flotte in der Straße von Tsushima durch die japanische Marine unter Admiral Togo hatte das Image der russischen Autokratie, sie sei unbesiegbare, ernsthaft angeschlagen und gab den aufsteigenden revolutionären Kräften Hoffnung und Ermutigung.

Streikwellen, von den Ölfeldern Bakus bis zu den riesigen Putilow-Stahlwerken in St. Petersburg, führten zu der Besorgnis, Arbeiterunruhen könnten sich ausbreiten. 1903 hatte der Priester Georgi Gapon eine Gewerkschaft „Versammlung Russischer Arbeiter“ ins Leben gerufen, die offiziell autorisiert worden war. Organisierte politische Gruppen hegten den Verdacht, die Initiative des Popen sei ein Komplott, um die Streikenden zu spalten und unter Kontrolle zu bringen. Nichtsdestotrotz folgten am 9. Januar 1905 etwa 150 000 Arbeiter sowie deren Frauen und Kinder Vater Gapon auf dem Weg zum Winterpalast, um Zar Nikolaus II. eine Petition für niedrigere Steuern und bessere Arbeitsbedingungen zu unterbreiten.

Im voraus über die sich nähernde Menge informiert, gerieten die Behörden in Panik. Sie entsandten Eliteeinheiten der Armee und der Polizei. Großherzog Nikolaus gab Befehl, auf die unbewaffnete Menge zu schießen. Berittene Kosakenverbände mit blanken Säbeln wurden eingesetzt.

Kreuze und Ikonen lagen zerschmettert im blutgetränkten Schnee. Die Petition „An unseren Vater, den Zaren“ wurde diesem nie übergeben.

Anschließend war von schweren Verlusten die Rede. Daten aus nachsowjetischer Zeit gehen davon aus, daß die Krankenhäuser von knapp 1000 Getöteten berichteten. Hinzu kamen außerordentlich viele Verletzte.

Die unmittelbare Reaktion waren Streiks in allen größeren Städten, einschließlich des Textilzentrums Iwanowo. Im Juni 1905 meuterte die Mannschaft des Schlachtschiffes „Potemkin“ im Hafen von Odessa. Sie widersetzte sich den Angriffen zarentreuer Schiffe und ergab sich schließlich im rumänischen Hafen Constanza. Im September fanden Massenrevolten der Bauern in der Wolgaregion und im baltischen Raum statt. Landbewohner übernahmen Güter, brannten Schlösser nieder und plünderten sie, fällten die Wälder der Grundherren. Es war der Beginn der Revolution und des späteren Sturzes des zaristischen Regimes.

Was hundert Jahre danach verblüfft, ist die Tatsache, daß die Russisch-Orthodoxe Kirche kürzlich Zar Nikolaus II. (den Blutigen) und seine Familie seliggesprochen hat. Seine despotische Tradition lebt weiter: Am 3. Oktober 1993 gab Boris Jelzin Befehl, auf unbewaffnete Demonstranten vor dem „Weißen Haus“ zu schießen.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Hollands Polizei-Partei

Am 3. Dezember 2004 enthüllte „The Wall Street Journal“ – das Selbstverständigungsorgan des USA-Monopolkapitals –, daß der Führer der „Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande“, die jahrelang die dortige Linksszene mit scheinradikalen Appellen überflutet hatte, ein Polizeiaгент war. In dem Artikel heißt es: „Als Generalsekretär seiner Partei reiste Chris Petersen während des Kalten Krieges um den Erdball, wobei er kommunistische Führer mit seinem revolutionären Eifer und seinen antikapitalistischen Tiraden für sich einzunehmen versuchte.“ Sein wirklicher Name sei Pieter Boevé und er gebe zu, daß seine Partei nur ein Scheindasein geführt habe, schrieb das New Yorker Blatt. Der musikliebende Mathematiklehrer, der niemals Maoist war, habe als Informant für den holländischen Geheimdienst BVD gearbeitet. Der „Aufbau“ seiner Partei sei als „Operation Roter Hering“ verspottet und durch seine Auftraggeber als „Projekt Mongol“ bezeichnet worden.

Im September 2004 veröffentlichte der frühere Staboffizier der niederländischen Sicherheit Frits Hoekstra ein Buch, in dem das erwähnte „Projekt“ und andere Aktivitäten detailliert geschildert wurden. Der Innenminister ordnete daraufhin eine Untersuchung wegen Geheimnisverrats an. Boevé erklärte unterdessen, er sei empört, daß seine Maskerade aufgefliegen sei. Nach Auffassung vieler Leute habe er zwar nichts Berückendes vollbracht, aber immerhin ein großes Abenteuer bestritten. Allein 25mal habe er China besucht und verschiedene Reisen nach Albanien unternommen. Nach jedem Trip sei er in ein „sicheres Haus“ in Amsterdam gebracht worden, um Bericht zu erstatten. Die 1969 etablierte „Partei“ gab ihre „eigene“ Zeitung „De Kommunist“ heraus, die von der Geheimpolizei geschrieben, redigiert und gedruckt wurde. Außer dem „Generalsekretär“ waren auch zahlreiche „ZK-Mitglieder“ Agenten des BVD. Die Kontakte zu Boevé reichten bis in die 50er Jahre zurück, als er seinen Auftraggebern erstmals einen Bericht lieferte: über die Teilnahme am Moskauer Jugendfestival (1957).

Unter Ausnutzung des Konflikts zwischen Moskau und Peking sollte er später für den BVD und andere Stellen die chinesische Politik erkunden. In den 60er Jahren nahm er an einem 6-Wochen-Kurs über die Gedanken Mao Tse-Tungs teil. Anschließend verkündete er die Gründung der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande, die der Geheimpolizei dazu diente, Hollands kommunistische Bewegung zu spalten.

R. F., gestützt auf People's Voice

Fast unbekannt ist die Tatsache, daß es mit Finnland für über drei Monate neben dem Sowjetland 1918 noch einen zweiten sozialistischen Staat in Europa gab. Die gut organisierte finnische Arbeiterklasse hatte 1916 einen spektakulären Sieg errungen. Ihre sozialdemokratische Partei sicherte sich im Parlament die Mehrheit (51 %), doch die reformistische Führung verzichtete auf eine Machtübernahme. Im Gefolge der russischen Februarrevolution und nach Massenstreiks konnten soziale Forderungen wie der Achtstundentag und die Demokratisierung der örtlichen Selbstverwaltung durchgesetzt werden. Davon alarmiert, organisierte die Bourgeoisie im Frühjahr 1917 bewaffnete Abteilungen („Schutz-

besetzte Regierungsgebäude und Banken, und einen Tag später wurde die erste Volksregierung Finnlands durch Sozialdemokraten gebildet. Unter den Ministern befanden sich die späteren kommunistischen Führer Otto Kuusinen und Yrjö Sirola. Im dichtbesiedelten Südfinnland mit seiner starken Arbeiterklasse konnte die Revolution schnell siegen und revolutionäre Maßnahmen durchsetzen. Bauern wurde der von ihnen gepachtete Boden als Eigentum überlassen, Industriekomitees sorgten für eine Arbeiterkontrolle, Reiche wurden besteuert und die Ärmsten von der Abgabepflicht entbunden, Kirchensteuern aufgehoben und Streikgeld eingeführt. Die bewaffnete Arbeiterklasse in Form der Roten Garde bildete die Grund-

der Bauern, Studenten und Wehrpflichtige, die von der rechten Regierung eingezogen worden waren. Zu ihnen stießen finnische Soldaten, die in Deutschland gegen Rußland formiert worden waren und bewaffnete schwedische Freiwillige. Insgesamt verfügten die Weißen über 70000 Mann, die von erfahrenen Offizieren geführt wurden. Die Rote Garde kam auf etwa 80000 schlecht ausgerüstete Kämpfer. Mitte März griffen die Weißen die Arbeiterstadt Tampere an und eroberten sie nach dreiwöchiger Belagerung und schweren Kämpfen. Damit hatten die Konterrevolutionäre ihren bisher größten militärischen und politischen Erfolg errungen. Infolge eines geheimen Militärabkommens mit den Weißfinnen fielen am 3. April deutsche Truppen von See her im Süden den Rotgardisten in den Rücken und stießen auf Helsinki vor. Zudem hatten deutsche Spezialeinheiten nach einer Landeoperation östlich von Helsinki die Bahnlinie nach Petrograd unterbrochen. Damit waren die Roten von Sowjetrußland abgeschnitten. Weißfinnische und deutsche Truppen drangen nun koordiniert auf Helsinki vor, das nach mehrtägigem hartem Kampf am 14. April fiel.

Zu dieser Niederlage hatte auch ein Appell des rechten Sozialdemokraten Väinö Tanner beigetragen, der – die finnische Revolution und Sowjetrußland verleumdend – in Absprache mit den Deutschen dazu aufgerufen hatte, die Waffen niederzulegen. Die Revolutionsregierung zog sich nach Viipuri (Wyborg) zurück, das am 29. April aufgegeben werden mußte. Die verbliebenen roten Hauptkräfte nördlich Helsinkis wurden zwischen Lahti und Hämeenlinna eingeschlossen und in einer mehrtägigen Entscheidungsschlacht am 2. Mai zur Kapitulation gezwungen. Die Kämpfe in Südfinnland zogen sich noch bis zum 15. Mai hin.

Der Sieg der Konterrevolution war nur mit deutscher Hilfe möglich. Sie nahm furchtbare Rache. Etwa 90 000 Menschen wurden verhaftet, in Gefängnisse und Lager gebracht und oft grausam mißhandelt. 35000 Revolutionäre fielen dem weißen Terror zum Opfer. Nun glaubten die Rechten, die finnische Arbeiterbewegung vernichtet zu haben. Doch diese Rechnung ging nicht auf. Die linken Sozialdemokraten zogen aus ihrer niedergeschlagenen Revolution Schlußfolgerungen und schufen im August 1918 eine der ältesten kommunistischen Parteien der Welt. Sie blieb bis 1944 illegal, war aber immer in der finnischen Gesellschaft präsent und erlangte mit den Linkssozialisten dominierenden Einfluß in den Gewerkschaften. 27 Jahre nach der Niederlage der ersten sozialistischen Revolution saßen in Finnland Linkssozialdemokraten und Kommunisten als Minister in einer bürgerlich-demokratischen Koalitionsregierung. Die KP Finnlands zählte über Jahrzehnte zu den bedeutendsten politischen Kräften des Landes und war mehrfach Regierungspartei. Der auf Frieden, Neutralität und Annäherung an die UdSSR gerichtete außenpolitische Kurs Helsinkis war auch ihr Verdienst. **Dr. Bernhard Majorow**

Helsinki unter roten Fahnen

korps“) gegen die revolutionäre Bewegung und terrorisierte sie. Daraufhin stellten Arbeiter die Rote Garde auf. Kurz nach der Oktoberrevolution brach in Finnland ein Generalstreik aus. Der von den Linken geschaffene Zentrale Revolutionsrat verzichtete jedoch trotz günstiger Bedingungen auf die Macht und brach den Ausstand in der Illusion ab, so die Billigung der Rechten für eine sozialdemokratische Regierung zu erhalten.

Bei den Oktoberwahlen 1917 hatten die Bürgerlichen nämlich eine knappe Mehrheit erlangt. Die wollten sie nicht mehr hergeben und begannen mit der Vorbereitung zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung. Dazu wurden der Regierung im Januar 1918 diktatorische Vollmachten erteilt, das „Schutzkorps“ wurde vom Staat übernommen und der rechte General Mannerheim mit der Aufstellung einer „weißen“ Armee beauftragt. In der nordwestfinnischen Stadt Vaasa formierte sich die Hauptkraft der Konterrevolution, die über den Seeweg von den Deutschen ausgerüstet wurde. Hier gab es wenig Arbeiter, dafür aber eine breite Schicht von Großbauern. Auch die meisten Bauern Mittel- und Nordfinnlands waren für konterrevolutionäre Propaganda empfänglich. Ihnen wurde suggeriert, daß die Linken für einen Anschluß an Rußland, die Weißen hingegen für die nationale Unabhängigkeit kämpften.

Am 23. Januar eröffneten diese ihre regulären militärischen Operationen gegen die Rote Garde.

Am Abend des 27. Januar begann die proletarische Revolution. Die Rote Garde

lage der Machtausübung, war Volksarmee, Polizei und Sicherheitsorgan in einem. Zudem wurden revolutionäre Gerichte geschaffen, der bürgerliche Staatsapparat wurde weitgehend zerschlagen.

Obwohl so die Diktatur des Proletariats errichtet worden war, zeigten sich die Sozialdemokraten unschlüssig und uneins über weitergehende revolutionäre Maßnahmen. Gerade in diesem Moment fehlte eine marxistisch-leninistische Partei mit einem klaren Programm. Daher wurde im Verfassungsentwurf nicht die Diktatur des Proletariats proklamiert, sondern die „reine Demokratie“ mit Privatbesitz an Produktionsmitteln und Grund und Boden. Damit glaubte man, vor allem die kleinbürgerlichen Kräfte und Teile der Bourgeoisie an die Revolution zu binden und deren friedlichen Verlauf zu sichern. Zugleich wurde auch nicht die militärische Initiative gegen die noch schwachen Weißen ergriffen. Mit dem Vormarsch der Konterrevolution erkannte man den Trugschluß und ging politisch weiter: Bürgerliche Zeitungen und Organisationen wurden verboten, Betriebe und Güter bei Sabotageakten oder Flucht ihrer Besitzer den Werkträgern übergeben und die Nationalbank verstaatlicht.

Am 1. März 1918 schloß Sowjetrußland mit der Finnischen Sozialistischen Arbeiterrepublik einen Freundschaftsvertrag. Auch das stachelte die Weißen an, die bislang nicht in den revolutionären Süden hatten einbrechen können. Inzwischen waren sie im Norden bestens bewaffnet, ausgerüstet und ausgebildet. Die Masse der Weißfinnen stellten Söhne besitzen-

Die USA haben über Kuba de facto den Belagerungszustand verhängt mit dem Ziel, das Land wieder „einzugemeinden“. Zehn aufeinanderfolgende Präsidenten der Vereinigten Staaten waren angetreten, den Sturz der kubanischen Regierung herbeizuführen. Ohne Erfolg – bis heute. Doch jetzt ist es Bush, der, wie seine Vorgänger, alles daran setzt, „die Überlebensstrategien des Castro-Regimes zu unterminieren“ und „Kubas Übergangszeit zu beschleunigen“.

Horst Schäfer, einer der profundesten Kenner US-amerikanischer Außenpolitik

tentatsversuche auf Fidel Castro (unter aktiver Beteiligung der Mafia) und viele Sabotage- und Terrorakte gegen Kuba bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung 1975 werden in allen Einzelheiten dokumentiert. Inzwischen geht die Zahl der erwogenen Anschläge allein gegen Castro in die Hunderte.

Seine gründlichen Recherchen hat Schäfer in einem neuen hochaktuellen, mehr als 300 Seiten starken Buch zusammengefaßt. Herausgekommen ist ein geschichtlicher Abriß staatsterroristischer Politik der USA, wie er anderswo in dieser

sondern Glieder einer Kette, die durch die USA jetzt noch fester um das karibische Land gelegt werden soll.

Schäfers Buch mit dem Titel „Im Fadenkreuz: Kuba“ dokumentiert, welche Kräfte in den Vereinigten Staaten das Sagen haben, es hellt Zusammenhänge auf, nennt Akteure mit Namen und Adresse. Dabei sei nicht vergessen: „Der Krieg gegen Kuba wird nicht nur von Washington, sondern vom Hauptquartier in Miami, der größten CIA-Station der Welt, geführt.“ Seit 1959 muß sich Kuba gegen Überfälle, Sabotageakte und Mordunternehmen verteidigen. Auch wenn nach 1965 so gut wie keine geheimen Dokumente durch US-Regierungsstellen freigegeben wurden, die über Planung und Durchführung solcher Terrorakte Auskunft geben, sind diese nicht verschwunden. Eine Schlüsselrolle nimmt das seit 1995 geltende Helms-Burton-Gesetz ein, mit dem nicht nur Embargo, Boykott und Druck auf Drittstaaten „geregelt“ werden. Die USA nutzen es praktisch auch als Drohung mit einer erneuten Intervention. Dazu spielt der Krieg aus dem Äther rund um die Uhr die „Begleitmusik“. Doch Kuba trotz bereits seit über einem halben Jahrhundert dieser Vernichtungspolitik. Es braucht mehr denn je unsere Solidarität! Das Buch von Horst Schäfer kann dazu beitragen, immer mehr Menschen dafür zu aktivieren.

Bruni Steiniger

Horst Schäfer. Im Fadenkreuz: Kuba. Der lange Krieg gegen die Perle der Antillen, Kai Homilius Verlag, 2004, 324 Seiten, 18 Euro, ISBN 3-89706-876-1

Die Mord-GmbH

und elf Jahre lang DDR-Journalist in den Vereinigten Staaten, hat in akribischer Arbeit früher streng geheime Originaldokumente aus US-Regierungsarchiven durchforstet und unzählige Akten von CIA, Außenministerium und Weißem Haus studiert. Einen besonderen Stellenwert nehmen bei seinen Sichtungen Untersuchungsberichte des US-Kongresses ein, darunter der sogenannte Mordreport, der einen abgrundtiefen Einblick in durchgeführte Morde und Mordversuche an ausländischen Staatsmännern gestattet. Nicht weniger als acht CIA-At-

Systematik und Ausführlichkeit kaum zu finden sein dürfte. Dabei geht es dem Autor nicht allein um Kuba. Er stellt das Land in den Kontext der Weltmachtspolitik der USA und läßt den Leser nachvollziehen, „wie US-Geheimdienste ihre gegen das sozialistische Kuba angewandten Terrormethoden schon zuvor ausprobierten, so 1953 in Iran und insbesondere 1954 in Guatemala“. Horst Schäfer spannt den Bogen bis in unsere Tage. Mehr als 230 militärische Auslandseinsätze, die Washington allein zwischen 1978 und 1993 durchführte, sind nicht Geschichte,

Antikommunismus als Grundkonsens

Einen schönen Einblick in das verfestigte Grundmilieu der Alt-BRD, das immer noch nicht im vereinten Deutschland angekommen ist (und wohl nie ankommen wird), lieferte der ob des Verlusts seiner Würde als Kultur- und Wissenschaftssenator frustrierte CDU-Sprecher Stölzl bei der Vereidigung des SPD-PDS-Senats im Januar 2002 im Berliner Abgeordnetenhaus: Er warnte kassandrisch, jetzt werde dem Kommunismus in Deutschland wieder das Tor zur Macht geöffnet ... Das Ritual der Satanisierung jedes alternativen Gesellschaftskonzepts gehört seit jeher zum Grundkonsens der bürgerlichen Gesellschaft. Es zum Grundbestandteil des implantierten Selbstverständnisses eines Staatsvolkes in einem kunstvoll geschaffenen Teil-Staat zu machen, blieb der Alt-BRD vorbehalten: Der Antikommunismus als Gründungsmythos und Grundkonsens hielt das fragile Staatsbürgerbewußtsein an der Leine. Naiven Gemütern mag scheinen, Antikommunismus als Gegenpol zum Kommunismus sei heutzutage obsolet, konnte doch die Zerschmetterung des letzteren gefeiert werden. Aber Antikommunismus ist – dank hundertjähriger Indoktrination zutiefst verinnerlicht – doch noch immer nützlich zur Diskriminierung jener, die Protest gegen den Turbo-Ka-

pitalismus nicht am Verhandlungstisch vorbringen, sondern ihn auf der Straße hinausschreien.

Der Hamburger Journalist Klaus Körner hat jetzt einen kurzen, aber instruktiven Überblick zur Wesensart des Antikommunismus über die gesamte Bis-dato-Geschichte der Bundesrepublik vorgelegt. Der Abriß beweist, daß die Einschwörung auf die latente Bereitschaft zur Abwehr eines der Einfachheit halber von Farbe bestimmten drohenden Übels 1947 nach der Proklamierung des Kalten Krieges für die Masse der Deutschen nicht erst erfunden werden mußte: Seit 1872 lebte man hier mit solch beschworener Gefahr – erst war es die schwarz-violette, dann die gelbe, ab 1917 dann die rote. Und die Experten in deren agitatorischer Bekämpfung, die schon in der Weimarer Republik, dann aber mit ganz ungebremster Kraft im NS-Regime ihre Gehirnwäsche betrieben hatten, waren auch nach 1947 wieder im Schwange. Sie wurden finanziell reich versorgt – und nicht danach gefragt, wo sie vor 1945 gedient hatten. Der Autor schildert das schön am Beispiel von Eberhard Taubert: 1931 Antibolschewismus-Experte der NSDAP, bei Goebbels Ministerialrat, bei Freisler Beisitzer – seit 1950 Empfänger hoher Zuwendungen von

CIA und Bonner Ministerien für seine obskure Propagandazentrale, die im alten Stil mit den alten Kadern weitermachte; selbst eine jüdische Intervention gegen die Finanzierung eines solchen Alt-Nazis prallte im Gesamtdeutschen Ministerium ab: Für die antikommunistische Arbeit sei Taubert unentbehrlich!

Körner stellt dar, daß Antikommunismus nicht an kommunistische Machtausübung gekoppelt ist. Der heute in deutschen Ländern gepflegte Antikommunismus findet sein Geschäft darin, alles zu delegitimieren, was 1945–1989 im zweiten deutschen Staat geschah. Die dafür verwandten Stereotype sind nahe bei dem simplen Antikommunismus des Experten Taubert und seiner Federn, kommen aber jetzt im Gewande quellenbelegter Studien daher, verteilt auf viele gut finanzierte Kostenträger – an deren Spitze sich ein spezielles Amt für Denunziation und Säuberung befindet. Da war die Wissenschaft in der Alt-BRD während zweier Jahrzehnte, in denen pragmatische Untersuchungen vorherrschten, schon einmal weiter!

Klaus Körner, „Die rote Gefahr“. Antikommunistische Propaganda der Bundesrepublik 1945–2000. Hamburg, Konkret Literatur Verlag 2003, 208 S., ISBN 3-89458-215-4 Dr. Kurt Wernicke

Bei Effi zu Gast



Der Maler und Grafiker **Karlheinz Effenberger** leitete in DDR-Tagen die Schweriner Bezirksorganisation des Verbandes Bildender Künstler. In Stadt und Umland genoß und genießt der standhafte Sozialist hohes Ansehen. (Auf unserem Foto erläutert er Mitgliedern der Schweriner Regionalgruppe des RF-Fördervereins – er trägt zu jeder Ausgabe der Zeitschrift aktiv bei – in seiner Werkstatt die Herstellung von Grafiken.) Das Aquarell entstand in den späten 70er Jahren. Der „RotFuchs“ entbietet mit dieser Seite Effi einen besonders herzlichen Gruß. ■



Der Rote Reporter Pelle Igel



Namen wie Adam Scharrer, Ludwig Turek, Jan Koplowitz usw. Es gibt auch ein Buch mit dem Titel „Die Unverbesserblichen“, Geschichten und Gedichte erzählt von sechs „roten Großvätern“ aus der BRD und Westberlin. Erschienen im Verlag Tribüne Berlin, 1. Auflage 1982. In diesem Buch ist Pelle Igel u. a. mit zwei seiner stärksten Gedichte vertreten. So mit „Und der uns befehligte – der hieß Wenck!“ Sein Gedicht „Das gibt erst das richtige Fahnentuch!“ habe ich vor 45 Jahren in mein Studenten-Kabarett eingebaut, als ich noch Leiter des Instituts für Lehrerbildung in Kyritz war. Ich weiß, ich weiß: Agitprop im Stile Weinerts ist heute nicht mehr so gefragt.

Warum eigentlich nicht?

Übrigens, um Ihnen eine „Kostprobe“ zu bieten, hier der Gedichtanfang:

Uns erreichte folgender Brief des engagierten Berliner „RotFuchs“-Lesers Helmuth Hellge.

Heute schicke ich mich an, Ihnen meinen langjährigen Freund Pelle Igel vorzustellen. Ich habe mich doch sehr über mich geärgert, daß ich seinen 100. Geburtstag nirgendwo öffentlich gemacht habe. Der Mann hat es ob seiner politischen Lebensleistung durchaus verdient, posthum gewürdigt zu werden. Aus meiner Sicht gehört er durchaus in die Reihe jener „roten Großväter“ mit solchen bedeutenden

Den Frieden erringen wir nicht im stillen, der Friede erfordert den ganzen Willen! Lernen und lernen! Und mahnen und mahnen! Ausdauer steht auf den Friedensfahnen. Lernen und mahnen! Und Beispiele geben. Faden um Faden ins Wissen weben. Blatt um Blatt und Buch um Buch: Das gibt erst das richtige Fahnentuch!

Näheres zur Person des treuen Freundes der DDR, dessen literarisch-politischer Nachlaß im Archiv unserer Akademie der Künste lagerte, erfährt an aus dem

Begleittext des Buches „Die Unverbesserblichen“:

Pelle Igel (eigentlich Hans Peter Voile), geboren am 2. Januar 1905 in Trier. Gestorben am 13. Dezember 1981 in Ottenhöfen (BRD). Sohn eines Schauspielerehepaars. Nach der Scheidung der Eltern bis zu seinem 14. Lebensjahr bei der Mutter aufgewachsen, danach bei seinen Großeltern in Bremen. Häufiger Schulwechsel infolge der Tätigkeit der Mutter an einer Wanderbühne. In Bremen Besuch der Oberrealschule. Malerlehre. Besuch der Kunstschule in Bremen. Tätigkeit als Zeichenlehrer und Karikaturist. Arbeiterkorrespondent und seit 1930 Redakteur bei der Bremer „Arbeiter-Zeitung“. 1927 Gründung und Leitung der Agitpropgruppe „Rote Reporter“. Seit 1928 Mitglied der KPD und des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller (BPRS), Leiter der Sektion Bremen-Oldenburg. 1933 Verhaftung und Einlieferung in das Konzentrationslager Mißler bei Bremen, im August 1933 wieder entlassen. Berufsverbot als Journalist und Zeichenlehrer. Zeitweiliger Aufenthalt in Holland. 1938 Meisterprüfung im Malerhandwerk, Betrieb eines Malergeschäfts in Bremen. In der Illegalität Arbeit an einem Karikaturen-Band zu Hitlers „Mein Kampf“, erschienen 1947. 1940 zum Kriegsdienst eingezogen, 1941 Strafbataillon 999. 1943 als hundertprozentig kriegsbeschädigt entlassen. 1945 bis 1949 Bürgermeister der Gemeinde Ottenhöfen im Schwarzwald. Mitarbeit an verschiedenen demokratischen Zeitungen und Zeitschriften. Mitbegründer des Demokratischen Kulturbundes der BRD. 1958 Veröffentlichung der antimilitaristischen Satirensammlung „Stiefel bleibt Stiefel“, Verbot dieser Schrift und Anklage wegen Staatsgefährdung und Landesverrats. 1966 Einstellung des Verfahrens. Teilnahme am Friedenskampf.

Umfrage

Wer war Ernst Busch?

Wer hat ihn gekannt? Wer weiß Anekdoten über ihn zu erzählen? Wer hat Erinnerungen, die mit Ernst Busch zusammenhängen? Wer nennt uns sein liebstes Busch-Lied oder einen Song, den er weniger mag? Auch Ihre Meinung über das Image des Künstlers ist gefragt: Wie war sein Bild in der Öffentlichkeit? Wo stand er politisch? Wie war seine Stellung in der Gesellschaft?

Ihre Antworten auf diese und andere Fragen interessieren uns. Wir bereiten eine wissenschaftliche Arbeit über den berühmten Sänger und Schauspieler vor. Wir – das ist der **Freundeskreis Ernst Busch e.V.** Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie sich bei uns melden würden: egal, ob schriftlich oder mündlich.



Geschichten, Eindrücke und Meinungen gesucht!

Kontakt: **Jochen Voit**
Paul-Robeson-Str. 17
10439 Berlin
Telefon 030/44 71 97 23
jochen.voit@t-online.de



Zur Frage „Zusammengebrochen oder besiegt?“ im „RotFuchs“ Nr. 85 möchte ich als ehemaliger Leiter der HVA, des Auslandsnachrichtendienstes im Ministerium für Staatssicherheit der DDR, feststellen: Wir wurden besiegt, weil wir kapituliert haben. Was aber waren die Ursachen für die Kapitulation? Die Veränderungen in der Partei- und Staatsführung der DDR im Spätherbst 1989 hatten für uns zur Folge, daß wir systematisch in die Isolation geführt wurden. Zwar wurden bis in den Dezember 1989 hinein sowohl von Gregor Gysi als Vorsitzender der SED-PDS als auch von Hans Modrow als Ministerpräsident Informationen von uns entgegengenommen, wenn wir sie ihnen zustellten. Es gab von dort aber weder Anfragen noch Aufträge. Die von uns an Modrow gesandten Informationen wurden jeweils umgehend zurückgeschickt, kommentarlos und ohne erkennen zu können, ob sie überhaupt zur Kenntnis genommen wurden. Ein deutlicheres Zeichen dafür, daß wir schon zu diesem Zeitpunkt abgeschrieben waren, brauchten wir wohl nicht. Genauso erging es dem Abwehrbereich des MfS.

Diese Haltung uns gegenüber war nicht zuletzt auch Folge der bewußt von in- und ausländischen Kräften inszenierten und von vielen ehemaligen Funktionsträgern im Partei- und Staatsapparat mitgetragenen Stasi-Hysterie. Unter dem Motto „Haltet den Dieb, ich war's nicht!“ verabschiedeten sie sich von ihrer eigenen Verantwortung. Die Verfehlung und die gegen das MfS gerichtete Hetze erfaßten alle gesellschaftlichen Bereiche in der DDR und führten zur totalen Isolation.

Von sowjetischer Seite gab es zwar weiterhin großes Interesse an Informationen, sowohl aus dem Ausland als auch zunehmend über die Entwicklung in der DDR. Gleichwohl wurde uns deutlich, daß es hinsichtlich unserer Existenz keinerlei Bemühungen gegenüber der DDR-Staatsführung gab. Hinzu kam, daß man uns verstehen ließ, daß bei einer eventuellen Situation sicherheitsmäßiger Zuspitzung in der DDR die sowjetischen Panzer in den Kasernen bleiben würden. Angesichts einer solchen Lage war für uns das Ende dieser DDR absehbar und kalkulierbar für die Zeit nach der Wahl im Frühjahr 1990.

Als HVA standen wir, wie auch die Mitarbeiter der Verwaltung Aufklärung im Ministerium für Nationale Verteidigung, vor der Aufgabe, unsere über Jahre und Jahrzehnte treu tätigen Kundschafter im Ausland zu schützen. Deshalb begannen wir mit Aktenvernichtung bereits im Oktober/November 1989 und forcierten diese besonders im Dezember 1989 und im Januar/Februar 1990. Spätere Forderungen und Angebote nach Offenlegung unserer Quellen lehnten wir strikt ab. Eine bedingungslose, totale Kapitulation kam für uns nicht in Frage. Leider konnten wir Verrat und damit Schaden für betroffene Kundschafter nicht gänzlich verhindern.

Die auch öfter im nachhinein gestellte Frage, warum wir uns als Waffenträger nicht anders verteidigt haben, ist nur so zu beantworten, daß dies ein unverantwortliches, falsches Märtyrertum gewesen wäre. Es hätte niemandem geholfen und vielen DDR-Bürgern sowie an der Entwicklung in der DDR Unschuldigen wie unseren Kundschaftern nur noch größeren Schaden zugefügt.

Generaloberst a. D. Werner Großmann, Berlin

Ihr, die unermüdete, tapfere und dem „RotFuchs“ ergebene Truppe! Seid herzlichst und kämpferisch aus Bulgarien begrüßt.

Neulich war ich zu Besuch bei den Genossen der Warneer Bezirksorganisation der BKP. Im Wartezimmer, das zugleich als Leseraum dient, fand ich unter Tageszeitungen und sonstigem Lesestoff auch den RF vom November. Der Bezirksvorsitzen-

de hat mir gesagt, daß meine Übersetzungen aus dem „RotFuchs“ vielfältig und an die Basisorganisationen versandt worden sind. Der eifrigste Leser ist der RF-Abonnent Genosse Zankow. Er läßt grüßen und bedankt sich für die Zusendung. Er ist ein alter Freund von mir aus der Armeezeit.

Euer treuer RF-Genosse Dr. med. Ratscho Ratschew, Oberst a. D., Warna

Am 8. Mai wird es am Ehrenmal in Berlin-Treptow Gedenkveranstaltungen geben, und vielleicht taucht ja auch wieder die „Geschichte“ des Denkmals-Soldaten auf. Ich hatte anlässlich des 25. Jahrestages der Befreiung Gelegenheit, den Mann, der für das Monument Modell gestanden hat, und seine Mutter persönlich kennenzulernen. Die Redaktion der „BZ am Abend“, bei der ich seinerzeit arbeitete, hatte die beiden eingeladen. So erfuhr ich die Bedeutung und die Geschichte dieses Denkmals.

Der Bildhauer Wutschetitsch hatte den Auftrag dafür erhalten. Er entschloß sich, die Rote Armee durch eine monumentale Figur darzustellen, die den Faschismus zerschlägt und damit die Zukunft rettet. Zunächst suchte er ein Modell und fand es bei einer Sportparade in dem Soldaten Iwan Stepanowitsch Odartschenko. Die Figur des Denkmals zerschlägt das Hakenkreuz – den Faschismus – mit dem Schwert und rettet so die Zukunft, symbolisiert durch das Kind, das sie auf dem Arm trägt. (Modell war die Tochter von General Kotikow.) Odartschenko erhielt zur Erinnerung einen Gipsabdruck des Kopfes, den er dem Museum seiner Heimatstadt Tambow übergab.

Das ist die wahre künstlerische Aussage dieses eindrucksvollen Denkmals. Später entstand dann die Geschichte, daß ein Soldat dargestellt sei, der ein Kind rettet. Eine solche Story verwässert die wahre Aussage des Kunstwerkes.

Gisela Tews, Berlin

Die Diskussion über den objektiven Charakter der Kehrtwende – gekennzeichnet als Sieg der Konterrevolution – ist ja nun abgeschlossen. Ich kann mich der Meinung der meisten Diskussionsbeiträge nur anschließen. Das ändert nichts daran, daß ich nach wie vor zorn erfüllt bin hinsichtlich des Versagens von Regierungs- und Politbüromitgliedern, die leichtfertig den ersten Sozialismus-Versuch auf deutschem Boden verspielten. Natürlich drängt sich die Frage auf, wie es nun weitergehen soll. Stephan Hermlin formulierte als auch 80jähriger: „Ich nehme zur Kenntnis, daß ich einer Generation angehöre, deren Hoffnungen sich nicht erfüllten. Aber damit haben sich die Hoffnungen nicht erledigt.“ Immer wieder bewegt mich die Frage: Wer wird die Erfüllung dieser Hoffnungen – eben den Aufbau einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit – nun in die Hand nehmen? Mich erschrecken immer wieder Fernsehbilder, wo auf der einen Seite „Grauköpfe“ stehen und auf der anderen Seite relativ junge Gesichter, die sich kuhdampf hinter einfältigen, haßerfüllten Losungen verstecken. Wo sind die jungen Menschen, die „Flagge zeigen“, sich zu einer sozialistischen Gesellschaft bekennen wie wir seinerzeit, als wir uns nach Faschismus, Krieg und Gefangenschaft sofort für deren Aufbau engagierten?!

Helmut Heilige, Berlin

Wir – die Jugendbibliothek Gera – möchten uns bei der Redaktion des „RotFuchs“ bedanken, daß sie uns jeden Monat Exemplare der Zeitschrift zum Auslegen schickt. Wer von unserer Jugendbibliothek noch nichts gehört hat, dem möchten wir sie kurz vorstellen. Wir haben in Gera eine sozialistische Bibliothek und einen dazugehörigen Verein gegründet. Wir stellen den Raum linken Organisationen für Veranstaltungen zur Verfügung. Außerdem dient die Bibliothek als Lesecafé und Begegnungsstätte für Antifaschisten. Wir würden uns freuen, Genossen und Leser des „RotFuchs“

bei uns begrüßen zu dürfen. Unser Sitz ist in der Keplerstraße 34–36.

Eure Jugendbibliothek Gera

Ich bin 63 Jahre alt und habe die erblich bedingte Augenkrankheit Retinitis Pigmentosa (RP – Tunnelblick), die bei einer Nichtbehandlung zur völligen Erblindung führt. Als RP-Betroffener habe ich in der Bundesrepublik, in der EU, ja selbst in den USA nach einer geeigneten Heil- oder Behandlungsmethode gesucht. Ohne Erfolg. Durch mehrere Artikel, eigene Studien und andere Informationen erfuhr ich von einer Therapiemöglichkeit in Kuba.

Nach den notwendigen medizinischen und technischen Vorbereitungen flog ich im September 2002 in Begleitung meiner Frau für drei Wochen in die Internationale Klinik „Camilo Cienfuegos“ nahe Havana. In dieser Zeit lernten wir, d. h. die weiteren RP-Patienten aus Deutschland, Holland, Spanien, Italien, Angola, Mexiko und Venezuela das medizinische Können und die freundliche Betreuung der Ärzte, der Krankenschwestern und Pfleger, des gesamten Klinikpersonals sowie unserer Dolmetscher kennen.

Nach einer gründlichen allgemeinmedizinischen Untersuchung entschied das Ärzteteam über den Zeitpunkt der Operation und die entsprechende Therapie. Die durch Prof. Orfilio Peleaz Molina (leider 2001 verstorben) entwickelte wissenschaftliche Behandlungsmethode kann den Erblindungsprozeß aufhalten. Ich bin kein Mediziner, aber ein RP-Betroffener, dem die kubanischen Augenärzte wie vielen anderen durch die Anwendung ihrer Therapie geholfen haben. Auch meine Gespräche mit RP-Patienten, für die der Kuba-Aufenthalt die letzte Chance war und die sich bereits vor über zehn Jahren in der Klinik befanden, bestätigen den Erfolg.

Klaus Fettig, Wolfen

Eure jüngste Ausgabe hat mich zu einigen Gedanken angeregt. Daß Klaus Steiniger für sein Produkt die Trommel rührt, das ist klar. Ich fand darin eine These, die ich auch schon in der UZ vertrat (...), daß nämlich die DDR die höchste Errungenschaft der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war. Ich habe aber dazu gesagt, daß dies so nur die halbe Wahrheit ist – denn diese Errungenschaft ist ja nicht mehr vorhanden, und das muß zur Analyse über den Grund oder die Gründe hierfür veranlassen. In dem Beitrag „A und O der Niederlage – Zustand der Parteien“ wird dieser Frage nachgegangen. (...)

Schaut man in den Beitrag hinein, so wird eine ganze Reihe von Genossen, deren Verhalten angeführt. (...) Es wird beispielsweise bei dem berühmten Ideologie-Papier zwar Otto Reinhold erwähnt, aber daß es dazu Politbüroberatung und -zustimmung gab, auch durch Gen. Honecker, das wäre doch erwähnenswert gewesen. Oder nicht?

Immerhin, der führende Kern der SED hat sich doch – von einer einzigen Kreatur abgesehen, deren Namen an ein Ungeziefer erinnert – nicht dem Gegner angedient oder ist zum Räuber-Kapitalismus übergelaufen, wie das in so ziemlich allen anderen Parteien der ehemals sozialistischen Länder der Fall war. Es hat sich beim Führungskern der SED eben überwiegend um im direkten Kampf mit dem Feind erprobte, durch Lager und Zuchthäuser hindurchgegangene Genossen gehandelt, nicht um bloße Bürokraten und „Fettaugen“ (die schwimmen immer oben). Und das wiederum sollte uns zu der Frage führen, wieso dennoch der in dem Beitrag dargestellte Zersetzungsprozeß erfolgte. Und dieser Frage wird nicht nachgegangen, aber sie ist doch die entscheidende. Es ist keineswegs so, daß es dazu nicht Antwortversuche gäbe – aber sie wurden recht oft, auch wenn es nicht so war, dem Revisionismus-Verdacht preisgegeben – nicht unbedingt im „RotFuchs“, es gibt ja auch noch „offensiv“.

Es geht mir nicht um Gejammere und sich dem Gegner durch Mea-culpa-Getue andienen. Wir wollen schon auf dem Boden der Verteidigung unserer Geschichte, die sich tatsächlich von jener aller anderen deutschen Parteien rühmlich abhebt, auch selbstkritisch das prüfen, was wir falsch ge-

macht haben, und womöglich auch klären, warum wir's falsch gemacht haben. Denn wir wollen nicht unanalysiert gelassene alte Fehler wiederholen – wir werden dafür sicher neue machen, vielleicht sogar solche lehrhafter Art.

Robert Steigerwald, Eschborn

Seit 15 Jahren zahlt der Staat jährlich Hunderte Millionen Euro zur Unterhaltung der Bundesbehörde für die „Stasi“-Unterlagen. In Anbetracht der katastrophalen wirtschaftlichen Situation wäre es an der Zeit, Aufwand und Nutzen dieser Einrichtung zu bilanzieren.

Ein Kosten-Nutzen-Denken scheint der Leiterin dieser Behörde, Frau Birthler, fremd zu sein. Sie spekuliert darauf, aus der Rekonstruktion zerschnittener Unterlagen des MfS der DDR brisante Funde zu machen. Im bayerischen Zirndorf setzen noch immer ein Dutzend Mitarbeiter der Birthler-Behörde die Papierschnipsel aus 16 000 Säcken per Hand mühselig zusammen. Welche Funde hat man denn aus der bisherigen Puzzelei aufzuweisen? Jetzt spekuliert Frau Birthler darauf, der Bund möge ihr für 2006 rund 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen, damit die Handarbeit aufhört und die Zusammensetzung der Akten mit dem Computer erfolgen kann. Welche Erwartungshaltungen knüpft Frau Birthler an die Bereitstellung dieser Mittel? Erhofft sie für die in den Medien unterstellten Wasserzellen, Strahlenkanonen, Foltereinrichtungen usw. oder für die Existenz von Killerkommandos und Psychiatriemißbrauch durch das MfS Beweise zu erbringen? (...) Sinnloser kann man die Staatsgelder kaum verpulvern. (...)

Aus Anlaß des 15. Jahrestages der „Erstürmung“ der „Stasi“-Zentrale wurde im Geraer Rathaus drei Wochen lang eine Ausstellung der Birthler-Behörde gezeigt. An einigen Tagen konnte man die Besucher beinahe an einer Hand abzählen.

Dr. Dieter Lehmann, Gera

Kürzlich war wieder einmal in der Presse zu lesen, daß die Zahl der Antragsteller, die Einsicht in die „Stasi“-Unterlagen nehmen wollen, ungebrochen sei. Dabei wurde von 160 000 Antragstellern gesprochen. Der Zeitpunkt, zu dem diese Meldung in die Medien lanciert wurde, ist nicht zufällig gewählt worden. Wird doch gerade jetzt immer stärker die Forderung erhoben, die Birthler-Behörde mit ihrem gigantischen Apparat 15 Jahre nach dem Ende der DDR zu schließen. Mit der oben genannten Zahl will deren Chefin die Notwendigkeit der weiteren Existenz des „Hauses“ unterstreichen.

Im übrigen ist die Ziffer ohnehin irreführend, da sie bei den Bürgern den Eindruck hervorruft, es gäbe genauso viele Vorgänge des MfS über diese Personen. Das ist natürlich glatter Unsinn. Um die angeblich „flächendeckende Überwachung“ bewerten zu können, ist es weit aufschlußreicher zu erfahren, bei wie vielen Antragstellern überhaupt ein Vorgang existiert. Dabei wird sich wahrscheinlich herausgestellt haben, daß ein Großteil der Betroffenen für das MfS völlig uninteressant war. (...) Allerdings war die Beobachtung in nicht wenigen Fällen berechtigt. Auch in der BRD (und nicht nur dort!) werden deren Gegner von den Geheimdiensten observiert.

Gottfried Fleischhammer, Leipzig

Trotz des Palast-Abrißbeschlusses des Bundestages bleibt es beim Protest gegen dieses kulturpolitische Verbrechen. Er wird von der Bürgerinitiative „Pro Palast“ und dem Sprecherrat der ehemaligen Palastmitarbeiter zusammengefaßt. Sein konzentrierter Ausdruck war die Ausstellung „Der Palast lebt“, die vom 7. 1. bis 31. 1. in Berlin gezeigt wurde. Zur Vernissage kamen mehr als 300 Interessierte. Über 1200 Besucher wurden insgesamt gezählt. In einem kulturellen Rahmenprogramm wirkten Regina Thoss, Heinz Draehn, Dr. Norbert Podewin und viele andere mit. Die Wanderausstellung wird im Jahresverlauf mehrmals zu sehen sein und greift in die aktuelle Debatte ein. **Rudolf Denner, Berlin**

Was ist „Frühsozialismus“? Nichts, weswegen man sich in die Haare geraten muß. Nichts, wes-

wegen man an ideologischer Lauterkeit zu zweifeln hätte. Es ist der Anfang, das Werden. Es ist kein entwickelter Sozialismus. Es ist ein Anfang besonderer Art, d. h. der Sozialismus, der es am schwersten hat, weil er sich Bedingungen, die im „reinen“ Kapitalismus des „Kapitals“ von Karl Marx schon vorgebildet sind, erst schaffen muß. Er ist also geschichtlich gewordener „realer“ Sozialismus, aber er ist Sozialismus.

Der „Frühsozialismus“ ist eine Mahnung an alle, die meinen, man könne hochmütig von der Warte des westeuropäischen Kapitalismus auf die Oktoberrevolution herabschauen. Er ist auch eine Mahnung an alle, die meinen, das mit der Staatswerdung der Arbeiterklasse wäre mal einfach nur so ein Gedanke gewesen, den man auch wieder vergessen kann.

Und nun sollte man fragen: Was ist „Spätkapitalismus“? Und man sollte fragen: Warum wurde aus dem „Frühsozialismus“ kein entwickelter Sozialismus; kein reifer Sozialismus, der aufgrund der Reife nicht etwa in Fäulnis übergeht, sondern dessen Früchte geerntet und weiterveredelt werden?

Herbert Münchow, Leipzig

Der Beitrag „Die Mär von Iraks Massenvernichtungswaffen“ (Februar-RF) entlarvt die plumpen Lügen und Fälschungen zur Begründung des völkerrechtswidrigen USA-Krieges. (...) Die Wahl am 30. 1. 2005 weckte offenbar bei vielen Irakern Hoffnungen auf eine souveräne und selbstbestimmte Entwicklung, die ihnen Washington versprochen hatte. Mit ihrer Teilnahme meldeten verschiedene ethnische und religiöse Volksgruppen ihren Anspruch auf die Teilhabe an der Macht und an den Reichtümern des Landes an.

Die US-Besatzungsmacht wollte indes lediglich die von ihr eingesetzte Regierung legitimieren, um mit deren Hilfe ihre eigenen Interessen in Irak zu verfolgen. Souveränität und Selbstbestimmung der Landesbürger sind dabei nicht vorgesehen. Wie die Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ in ihrer Nr. 1/2005 mitteilte, planen die Vereinigten Staaten in Bagdad die Errichtung der größten US-Botschaft der Region mit vorerst 1000 zivilen Mitarbeitern und 400 Militärs. Diese Vertretung soll mit weiteren US-Stellen „den Aufbau demokratischer Institutionen und die Wirtschaftsentwicklung fördern“. Die Bush-Administration sieht in der „Demokratisierung“ vor allem den ungehinderten Zugang des USA-Finanzkapitals zum Markt und zu den reichen Erdölvorräten Iraks. (...) Der Ausbau von US-Militärstützpunkten auf irakischem Boden wird zügig vorangetrieben. Um Kosten zu sparen und eigene Truppen für weitere Kriegsabenteuer freizusetzen, sollen die Europäer nach Washingtons Vorstellungen mehr Geld schicken und mehr Soldaten in das okkupierte Land entsenden.

Joachim Wolf, Strausberg

Die Schwimmhalle in Marzahn, am Helene-Weigel-Platz, hieß bis 1990 „Schwimmhalle Helmut Behrendt“. Denkmalsstürmer beseitigten den Namen und die vor der Halle aufgestellte Büste dieses Antifaschisten. Zwölf Jahre seines Lebens, während der gesamten Nazi-Zeit, war er hinter Gittern, überwiegend im Konzentrationslager Mauthausen. Trotz der erlittenen gesundheitlichen Schäden stellte sich Helmut Behrendt 1945 für den Neuaufbau des Sports in Berlin zur Verfügung. Er war erster Leiter des Berliner Hauptsportamtes. Dabei hatte er großen Anteil daran, daß der Sport in der schwer zerstörten Stadt wieder Fuß fassen konnte. Nach der Spaltung Berlins arbeitete er noch viele Jahre für die Entwicklung einer demokratischen Sportbewegung, u. a. als Generalsekretär der Nationalen Olympischen Komitees der DDR.

Am 5. September 2005 jährt sich Helmut Behrendts Todestag zum 20. Mal. Das wäre ein Anlaß, geschehenes Unrecht zu beseitigen. Wir, die Berliner Sport-Senioren, wenden uns deshalb an die BVV und die Berliner Bäderbetriebe mit der Aufforderung, die Rückbenennung der Schwimmhalle zu

beschließen. Der 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus wäre dazu ein würdiger Anlaß.

Erhard Richter, Berlin

In den vergangenen Jahren hatte ich oft gedacht, daß es im europäischen Kommunismus so etwas wie eine zweite „Iskra“ geben sollte; daß sie bereits existiert, ist deshalb eine nicht geringe Freude. Andererseits: nach 100 Jahren dort wieder anfangen zu müssen, wo wir schon einmal waren, zeugt nicht gerade von der politischen Reife der sozialistischen Bewegung. (...)

Manfred Lowey, Kamen

Vor wenigen Tagen hatte ich mit Bekannten ein interessantes Streitgespräch. Alle sind Hartz-IV-bedürftig und erhalten Stütze. Die fällt zwar geringer aus als die bisher gezahlte ALH, und darüber erregte man sich tüchtig. Erstaunt war ich allerdings, als wir auf andere soziale Ungerechtigkeiten – Billiglöhne, Studiengebühren, die Verschlechterung der Kinderbetreuung und der bezahlbaren Gesundheitsvorsorge, Miet- und Tarifwucher – zu sprechen kamen. Getreu bürgerlicher Medieneingebung wurden diese sozialen Grausamkeiten, sofern man selbst nicht betroffen ist, als notwendig und unabdingbar betrachtet. Der Staat müsse eben „sparen“, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, wurde frei nach BILD im Brustton der Überzeugung erklärt. Nur „die Kommunisten“ begriffen das nicht und erhöhen soziale Forderungen, die entweder unbezahlbar seien oder nur das Geld anderer verteilen wollten. Auch kämpferische Gewerkschafter bekamen ihr Fett weg. Die würden angeblich in „alten Klassenkampfbewegungen“ verharren und zu wenig an das Gemeinwohl denken. (...)

Wieder einmal wurde mir bewußt, daß soziale Verelendung nicht automatisch systemkritische Positionen, kämpferische Haltungen gegen kapitalistisches Unrecht und gegenseitige Solidarität hervorruft und wie wichtig daher die geistige Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Phrasen in unserer linken Presse ist. **R. Steinberg, Jena**

Je mehr der Tag der Befreiung näher rückt, tut sich Befremdliches in diesem Land der Täter. Schon mit dem 27. Januar wurde deutlich, daß hier nur einer Opfergruppe gedacht wurde, ohne zu berücksichtigen, daß „nicht alle Opfer Juden waren, aber alle Juden Opfer“, wie es Kofi Annan ausdrückte. Während man noch Sinti und Roma erwähnte, gedachte man nicht der Opfer unter den Kommunisten, die bekanntlich 1933 die ersten waren, die in die KZs verbracht wurden. Und man erwähnte, daß mit der Befreiung das Ende des Antisemitismus begann, ohne darauf zu verweisen, daß der Antikommunismus der Zwillingbruder des Nazi-Rassismus war (auch das ND „vergaß“ das). Und es gibt andere Anzeichen, den 8. Mai zu verfälschen. Man sollte sich an die Worte Richard von Weizsäckers erinnern. „Der 8. Mai 1945 ist nicht vom 30. Januar 1933 zu trennen.“ Daraus entstandene Leiden seien Folge und nicht Ursache gewesen. Diese Erkenntnis war in der DDR 40 Jahre lang Staatsdoktrin.

Gerhard Rosenberg, Berlin

1944 schrieb der von den Nazis ermordete Theologe Dietrich Bonhoeffer die folgenden Worte: „Es ist ein Erlebnis von unvergleichlichem Wert, daß wir die großen Ereignisse der Weltgeschichte einmal von unten, aus der Perspektive der Ausgeschalteten, Bergwöhnten, Schlechtbehandelten, Machtlosen, Unterdrückten und Verhöhnnten, kurz der Leidenden, sehen gelernt haben.“ Trifft dieser Satz nicht auch in gewisser Weise auf unsere heutige Situation zu?

Adolf Eduard Krista, Worbis

Seit gut einem Jahr bin ich Mitglied des Fördervereins und „RotFuchs“-Leser. Ich möchte diese Tribüne nicht mehr missen. Regelmäßig werte ich die Zeitschrift im Kreis von Genossen und mit unseren Ideen Sympathisierenden aus. (...) Als diplomierter Landwirt war mein Betätigungsfeld vor allem

die genossenschaftliche Großproduktion. In den ersten LPG-Jahren gab es erhebliche Probleme, hohe Ernteerträge und entsprechende Leistungen in der Viehwirtschaft zu erzielen. Doch mit der Zeit nahm das Produktionswachstum enorm zu. Die Bevölkerung der DDR konnte dann zu fast 100 % mit landwirtschaftlichen Nahrungsgütern aus heimischer Produktion versorgt werden. Es ging auch darum, soviel zu erzeugen, daß sich die Besucher aus dem Westen mit eingetauschter Mark der DDR bei uns in Gaststätten billig „durchfressen“ und auch noch einiges an Waren mitnehmen konnten. Unsere Leute schickten unterdessen schon Weihnachtspakete mit Nahrungsmitteln in die BRD und erhielten von ihren Verwandten dafür oft Sendungen, die bei Großhandelsketten in Auftrag gegeben worden waren. Aber nicht allein Nahrungsmittel und Lokalbesuche kamen für Gäste aus der BRD billig, sondern auch andere in der DDR subventionierte Waren wie Bücher und Schallplatten. Von Dienstleistungen und Theaterbesuchen ganz zu schweigen. Vor einigen Jahren erschien in der Magdeburger „Volksstimme“ der Bericht einer diplomierten Ökonomin, den diese als ABM-Kraft einer wissenschaftlichen Institution erarbeitet hatte. Darin wurde der hohe Wert der „Westpakete“ und Geschenke für die Versorgung der DDR dargestellt. Ich habe daraufhin in der Zeitung angeregt, eine weitere ABM-Kraft mit einer Untersuchung zu beauftragen, wie die DDR Einfluß auf die Versorgung in der BRD genommen hat. Zu meinem Leserbrief gab es bejahende und ablehnende Zuschriften. Eine Reaktion von Behörden blieb aus.

Werner Wild, Magdeburg

Durch Zufall bin ich im Januar Abonnent des „Rot-Fuchs“ geworden. Ich lese die Zeitung kritisch und finde darin viel Wissenswertes. Dieses Material nutze ich auch in meiner politischen Arbeit. Nach dem „Studium“ von drei RF-Ausgaben muß ich vielen Autoren ein hohes Lob ausstellen. (...)

Mich bewegt aber der Artikel von Dr. Norbert Paulig im Februar-Heft. Seine Aussage, die darin gipfelt, daß sich die Leipziger Demonstrationen ohne Mitwirkung von Funktionären der SED-Bezirksleitung und Duldung des amtierenden 1. Sekretärs nicht so hätten entfalten können, halte ich für falsch.

Im Auftrag des damaligen Chefs der BDVP war ich zur Beobachtung der Wirksamkeit polizeilicher Maßnahmen, aber auch als Einheitsführer tätig. (...) Bei den Demonstrationen (deren Teilnehmerzahl immer größer wurde) hatte ich das Gefühl: Das schaffen wir als Volkspolizei nicht mehr. Die Aggressivität der Teilnehmer (...) nahm in einem für uns wahrnehmbaren Umfang zu. Wenn hier nicht mit politischen Mitteln reagiert worden wäre, hätte es zu einem großen Blutvergießen kommen können. (...)

Der Einsatzbefehl lautete, die Demonstration aufzulösen. Der Vorschlag, sie aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihres bisher friedlichen Verlaufs gewähren zu lassen, kam vom Chef der BDVP. Innenminister Dickel bestätigte ihn nach wenigen Minuten (sicherlich nach Rücksprache mit Politbüromitgliedern). (...)

Es ist nicht auszudenken, was gewesen wäre, wenn man polizeiliche Gewalt angewendet hätte. Immerhin waren ca. 8000 Sicherheitskräfte mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen im Einsatz.

Klaus Pinkau, Leipzig

Der Themenkomplex Ausländerpolitik, Ausländerrecht und Asyl birgt viel Zündstoff. Rechte nutzen ihn für ihre Demagogie. Linke sehen die ausländischen Mitbürger und Asylantragsteller bisweilen als homogene Masse von Gutmenschen. Das verunsichert viele Leute, zumal die Rechten scheinbar einfache Lösungen anbieten. Wir Kommunistinnen und Kommunisten begehen oft den Fehler, Fragen offen zu lassen.

Fundamentalisten, Konservative und Reaktionäre unter den Zugewanderten und Antragstellern importieren religiös und kulturell bedingten gesellschaftlichen Rückschritt, wie z. B. die Unterdrückung von Frauen und Mädchen. Hinzu kommen

antikommunistische Vorbehalte. (...) Vertreter mafiiöser Strukturen, welche mit der legalen Wirtschaft und Politik verflochten sind, mischen sich unter die Ausländer.

Wie müssen wir uns verhalten? Natürlich sind wir Internationalisten, die jeglichen Nationalismus zurückweisen. Und natürlich lassen wir uns von humanitären Erwägungen leiten. Aber als Marxisten stellen wir vor der nationalen Frage zuerst die Klassenfrage. Sich mit Leuten zu solidarisieren, die nur das kapitalistische System stärken und stabilisieren wollen, kann nicht Sache von Kommunisten sein. Wir müssen die fortschrittlichen, antikapitalistischen Kräfte in und aus aller Welt unterstützen. Darin besteht das Wesen unserer Solidarität.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Bei uns ist die in der „jungen Welt“ veröffentlichte Position des Genossen Prof. Hans Heinz Holz „Richtungskämpfe müssen ausgefochten werden“ schon stark in der Diskussion, da sie auch für die Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins wichtige Aussagen enthält. Dieses Material sollte in allen marxistischen und kommunistischen Parteien, Gruppierungen und Vereinen studiert und debattiert werden.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Bezugnehmend auf den Leserbrief von Wolfgang Müller aus Bad Dübren darf ich den Hinweis geben, daß zum Thema Wilhelm Pieck das hochinteressante Buch „Ich war Mitarbeiter von Wilhelm Pieck“ von Kurt Andrä erworben werden kann. Es ist über den Verlag „Wilhelm Pieck“, PF 600145, in 10251 Berlin, zu beziehen.

Michael Junghans, KPD-Landesvorsitzender Sachsen, Rosenthal

Der „RotFuchs“ ist eine begehrte Informationsquelle für die Erweiterung des eigenen Wissensstandes in diesem so korrupten Staat. Mit meinen Fragen möchte ich dazu beitragen, Probleme dieser Zeit besser zu verstehen. Eurem großen Autorenkreis wird da sicher etwas einfallen. Hier meine beiden Fragen: Wie haben wir den Begriff „Demokratie“ heute national (BRD) und international (EU) zu verstehen? Welche Rolle spielen Vereine, Bewegungen und Parteien in der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung, im Parlamentarismus und in der EU?

Kurt Winfried Kramer, Erfurt

Allen Autoren unserer „RotFüchse“ möchte ich für ihre von Wissen getragene Herzlichkeit meinen persönlichen Dank sagen. Die Zeitschrift mehrmals durchzublättern bringt Gewinn und fordert zur Stellungnahme geradezu heraus. Man möge mir nachsehen, wenn ich es im Telegrammstil, der Sprache meines ehemaligen Berufs als Seefunker, tue. In der Kürze liegt die Würze. Zum Wunsch des Leitartiklers in der Februar-Ausgabe, unsere Tribüne möge ihre Leserzahl verdoppeln, will ich bemerken, daß die „Hamburger Morgenpost“ heute in der Rubrik „Weisheit des Tages“ das Erfolgsrezept des französischen Chemikers und Mikrobiologen Louis Pasteur veröffentlichte. Es lautet: „Meine ganze Kraft ist nichts als Ausdauer.“

Hans R. Müller, Hamburg

Der Bau der Mauer (DDR: antifaschistischer Schutzwall) war ein historischer Einschnitt, vor allem deutlich seh- und spürbar in Berlin. Ich habe die verstärkte Grenzsicherung stets als notwendig erachtet, nicht für die Ewigkeit, aber solange wie die NATO-Bedrohung anhält bzw. keine internationale Entspannung Lockerungen zuläßt. (...)

Die Mauer war da, und wenn sie nun abgebaut werden mußte (leider auch auf Druck der „kampfgestählten“ Arbeiter, die in Massen zum Klassengegner überliefen), kann man schon von einem „Mauerfall“ sprechen. (...)

Noch eine kurze Anmerkung zum hetzerischen und negativ besetzten Wort „Grenzregime“: Die BILD-Zeitung, aber auch FAZ, WAZ etc. waren die führenden, giftigen Meinungsbildner. Bis zum Grundlagenvertrag hieß es nicht die Regierung

der DDR, sondern die „Regierung in Pankow“, das „Pankower Regime“ in Ostberlin usw. (...)

Erschreckend ist die Heuchelei, wenn es um sogenannte Grenz-Opfer geht. Wer illegal durch die Sperrzone robbte und auf Warnruf nicht einhielt, der mußte mit den (auch tödlichen) Folgen rechnen. So ist es weltweit anerkannt.

Artur K. Führer, Bottrop

In Ergänzung des ausgezeichneten Beitrags „Ist der Marxismus überholt?“ (Februar-RF) verweise ich auf den in den USA vor sich gehenden Prozeß des historischen Niedergangs der kapitalistischen Produktionsweise, der von einer extremen Aggressivität der Politik begleitet wird. Er entspricht – was Ursachen und Erscheinungsformen betrifft – ganz der marxistischen Gesellschaftsanalyse. (...)

In den USA hat eine Entwicklung ihren Lauf genommen, bei der die Hauptproduktivkraft Mensch massenhaft vergeudet wird – nicht zuletzt für die Hochrüstung. Durch die Massenarbeitslosigkeit werden weite Bereiche der gesellschaftlichen Produktivkräfte brachgelegt. Das Bildungswesen bleibt weiter zurück. Schon während meiner New Yorker Zeit Anfang der 80er Jahre – ich war Resident der Hauptverwaltung Aufklärung in den USA – verließen mehr als 20 % der Schüler die Anstalten ohne Abschluß. Mehr als 20 Millionen erwachsene Amerikaner waren Analphabeten.

Der Grad der gewerkschaftlichen Organisiertheit betrug damals nur 18,8 %, heute liegt er noch niedriger. (...)

Zu den Haupttendenzen dieser sozialreaktionären Entwicklung gehören die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Profiten und Löhnen, der weitere Abbau ohnehin niedriger staatlicher Sozialausgaben und die zunehmende Verelendung im Alter.

Die öffentlichen Finanzen sind total zerrüttet. Das zeigt sich in der mehrere Billionen Dollar betragenden Staatsverschuldung. Außenpolitisch ist es das erklärte Ziel der Bush-Administration, die globale Kontrolle über alle Ressourcen zu erlangen. Dabei stehen den Vereinigten Staaten die EU und Länder wie Rußland, Japan und China im Wege.

Horst Joachimi, Berlin

Zu unseren Aufgaben als Marxisten gehört auch, daß wir um die Begriffe kämpfen.

Bekannt sind die Beispiele „Arbeitnehmer/Arbeitgeber“, „Reform“ und sogar „Solidarität“. Der Arbeiter gibt die Arbeit, der Kapitalist nimmt ihr Ergebnis, Reform ist etwas anderes als Hartz IV, und die „Solidaritätsabgabe“ ist eine Zwangssteuer.

In diese Reihe gehört auch der Begriff „Alternative“. ATTAC kann man es nachsehen, wenn sie unpräzise formulieren: „Eine andere Welt ist möglich!“ Wir aber müssen darauf bestehen, daß diese andere Welt nicht irgendeine, sondern eine sozialistische sein muß.

Es ist aber auch nicht richtig, wenn wir vom Sozialismus als unserer „Alternative zum Kapitalismus“ sprechen. Vielmehr ist der Sozialismus das gesetzmäßige Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung und der ihr zugrunde liegenden Widersprüche. Allerdings wächst er nicht wie frühere Formationen ökonomisch keimhaft in den alten Formationen heran; er muß sich in den Köpfen der Arbeiter durchsetzen, ehe er zur Wirklichkeit werden kann. Eine ewige Fortexistenz des Kapitalismus ist jedenfalls nicht möglich, auch wenn das den Kapitalisten und ihren Ideologen unbegreiflich bleibt.

Ebenso ist eine ewige Schwangerschaft nicht möglich, und die Geburt ist nicht die „Alternative“ zur Schwangerschaft. Die Alternative zur Geburt ist die Fehlgeburt. In diesem Sinne sind die Alternativen für die Menschheit Rosa Luxemburgs „Sozialismus oder Barbarei“.

Fritz Dittmar, Hamburg

Redaktionelles Anliegen

Wir bitten alle Leserbriefschreiber, uns keine Dubletten zu senden und machen darauf aufmerksam, daß wir nur solche Zuschriften abdrucken, die nicht schon in anderen Publikationen erschienen sind.



Die Weggucker und die Zugucker

Grafik: Klaus Parche

Am 11. März, um 16.30 Uhr,
spricht Botschafter a. D.
Rolf Berthold, frisch zurück von einer
Reise in die Sozialistische Republik
Vietnam, in der **Begegnungsstätte
der Volkssolidarität**, Torstr. 203-205,
über das Thema:

Vietnam heute

Gäste sind bei dieser Veranstaltung
der Regionalgruppe Berlin wie immer
herzlich willkommen.

**Die Regionalgruppe Thüringen
lädt für den 15. März, 17.00 Uhr
nach Jena, „Haus auf der Mauer“,
Johannesplatz 26,**
zu einer Veranstaltung mit
Dr. Klaus Blessing ein.

Der ehemalige Staatssekretär im
Ministerium für Metallurgie und
Abteilungsleiter Maschinenbau im
ZK der SED spricht über sein Buch
**Ist sozialistischer
Kapitalismus
möglich?**

Am 30. März, um 16.30 Uhr,
findet eine Veranstaltung der
REGIONALGRUPPE ROSTOCK
in der Begegnungsstätte der Volks-
solidarität, Bremerstr. 24, statt.

„RotFuchs“-Autor **Bernd Fischer**,
ein ausgewiesener Experte, spricht
über
**die Situation im Nahen
und Mittleren Osten**
(Irak, Iran, Palästina u. a.)

Interessierte sind eingeladen.

IMPRESSUM

**Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe
Berlin Nordost begründet, ist seit dem
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige
kommunistisch-sozialistische Publikation.**

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internetpräsentation:

WEBMASTER:
Dr. Hartwig Strohschein
AKTUELLE RF-AUSGABE:
Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki